



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

Schlaglichter der Wirtschaftspolitik

Monatsbericht März 2016



Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Öffentlichkeitsarbeit
11019 Berlin
www.bmwi.de

Redaktion

Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Redaktionsteam „Schlaglichter der
Wirtschaftspolitik“

Gestaltung und Produktion

PRpetuum GmbH, München

Redaktionsschluss:

26. Februar 2016

Druck

Bonifatius GmbH, Paderborn

Bildnachweis

Kick Images – Jupiter Images (Titel), BMWi/Maurice Weiss (S. 2),
Habicht – Fotolia (S. 5, Innenhafen Duisburg), Freepik (S. 8),
Thierry Hoarau – Fotolia (S. 11), Oli_ok – Fotolia (S. 13),
vege – Fotolia (S. 14), Photographee.eu – Fotolia (S. 17),
industrieblick – Fotolia (S. 19), igor – Fotolia (S. 21), Sondem –
Fotolia (S. 22), maxsim – Fotolia (S. 23), goodluz – Fotolia (S. 25),
nikkytok – Shutterstock (S. 26), Jorge Salcedo – Shutterstock
(S. 27), WathanyuSowong – Shutterstock (S. 28), RioPatuca
Images – Fotolia (S. 30)

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des
Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.
Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum
Verkauf bestimmt. Nicht zulässig ist die Verteilung
auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen
der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder
Aufkleben von Informationen oder Werbemitteln.



Das Bundesministerium für Wirtschaft und
Energie ist mit dem audit berufundfamilie® für
seine familienfreundliche Personalpolitik
ausgezeichnet worden. Das Zertifikat wird von
der berufundfamilie gGmbH, einer Initiative der
Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, verliehen.



Diese und weitere Broschüren erhalten Sie bei:
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Referat Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmwi.de

Zentraler Bestellservice:
Telefon: 030 182722721
Bestellfax: 030 18102722721

Inhalt

Editorial.....	2
I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen.....	4
Auf einen Blick.....	5
Überblick über die wirtschaftliche Lage.....	9
Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss in der Kritik.....	11
Startschuss für eine Modernisierungsoffensive im Gebäudebereich: das neue Anreizprogramm Energieeffizienz.....	26
Forschungsprojekt PEGASUS.....	30
II. Wirtschaftliche Lage.....	33
Internationale Wirtschaftsentwicklung.....	34
Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland.....	36
III. Übersichten und Grafiken.....	47
1. Gesamtwirtschaft.....	48
2. Produzierendes Gewerbe.....	56
3. Privater Konsum.....	64
4. Außenwirtschaft.....	66
5. Arbeitsmarkt.....	68
6. Preise.....	70
7. Monetäre Entwicklung.....	74
Erläuterungen zur Konjunkturanalyse.....	76
Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben.....	78

Editorial



Liebe Leserinnen und Leser!

Hightech, hohes Innovationstempo, exzellente Ausbildung: Die Industrie ist heute das Aushängeschild Deutschlands auf den Weltmärkten. 90 Prozent der deutschen Exporte gehen auf ihr Konto. Sie bietet acht Millionen attraktive und produktive Arbeitsplätze und bildet 260.000 junge Menschen aus. Deutschlands Wirtschaft ist stark, weil die Industrie stark ist.

Noch Anfang der 2000er Jahre war die Sicht vieler Experten eine andere. Sie haben dazu geraten, Deutschland solle sich von der alten Industrie verabschieden. Die Zukunft gehöre allein dem Dienstleistungsbereich.

Heute sind wir froh, dass wir damals nicht auf diese Experten gehört haben. Andere Länder haben auf Dienstleistungen gesetzt, insbesondere auf Finanzdienstleistungen. Das hatte in der Finanz- und Wirtschaftskrise schwerwiegende Folgen. In Deutschland hat hingegen die Industrie entscheidend dazu beigetragen, dass wir diese Phase schnell und ohne große dauerhafte Blessuren überwunden haben.

Doch wir sind heute erneut gefordert, die richtigen Weichen zu stellen. Steigender internationaler Wettbewerbsdruck, die demografische Entwicklung und der rasante digitale Wandel stellen die Betriebe vor große Herausforderungen. Damit die Industrie auch in Zukunft Wachstumsmotor für Deutschland und Europa sein kann, müssen die Unternehmen auch in Zukunft wettbewerbsfähig sein – und zwar nicht nur in Europa, sondern weltweit. Hierfür brauchen sie die geeigneten Rahmenbedingungen.

Was das konkret heißt, stand im Mittelpunkt der Industriekonferenz „Zukunftsperspektive Industrie 2030“, die am 18. Februar 2016 im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie stattgefunden hat. Die High-Level Group des Bündnisses „Zukunft der Industrie“ hat zu diesem Anlass eine gemeinsame Erklärung vorgelegt. Darin formulieren die 15 Partner des Bündnisses aus Politik, Gewerkschaften, Arbeitgeber- und Industrieverbänden – mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie – konkrete Forderungen für einen investitionsstarken und innovativen Industriestandort Europa.

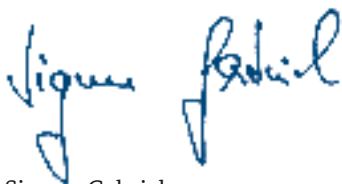
Dabei geht es den Bündnispartnern und mir insbesondere um die richtige Ausrichtung der europäischen Industriepolitik. Das Ziel, den Anteil der Industrie am Bruttoinlandsprodukt in Europa auf 20 Prozent zu erhöhen, gehört ganz oben auf die politische Agenda. Es muss den gleichen Stellenwert erhalten wie das europäische Ziel, die Treibhausgasemissionen um mindestens 20 Prozent zu senken. Wir können beide Ziele erreichen: Je moderner die Industrie in Europa produziert, desto schneller können auch die Klimaschutzziele erreicht werden.

Doch auch die nationale Industriepolitik steht weiter im Mittelpunkt. Wir müssen die Grundlagen dafür schaffen, dass die Industrie in den wichtigen Zukunftsfeldern ihre internationale Führungsposition behält und ausbaut. Ein wichtiges Feld ist die Elektromobilität. Für die neuen Antriebstechnologien gibt es viele gute Gründe – den Umweltschutz, die Emissionsminderung und die Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen. Aber auch handfeste industriepolitische Argumente sprechen dafür. Heute ist die deutsche Automobilindustrie beim Verbrennungsmotor weltweit führend. Sie bietet 775.000 Arbeitsplätze. Wenn wir diese Industrie auch in Zukunft sichern wollen, müssen wir unsere Wettbewerbsposition auch bei den neuen Antrieben ausbauen. Ein starker heimischer Markt ist dabei wichtig. Hierfür brauchen wir den zügigen Ausbau der Infrastruktur, aber auch finanzielle Anreize wie etwa eine Kaufprämie. Die Bundesregierung wird noch in diesem Frühjahr eine industriepolitische Strategie hierzu vorlegen.

In dieser Ausgabe der „Schlaglichter der Wirtschaftspolitik“ finden Sie unter anderem Beiträge zum vielfach diskutierten Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands und zum neuen Anreizprogramm Energieeffizienz für den Gebäudebereich.

Ich wünsche Ihnen viel Freude bei der Lektüre!

Ihr



Sigmar Gabriel

Bundesminister für Wirtschaft und Energie

I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen

Auf einen Blick

Regionalpolitik im „Pott“ – die Ruhrgebietsinitiative



Die „Zukunft der Regionalpolitik im Ruhrgebiet“ sorgte am 10. Februar 2016 für angeregte Diskussionen unter den eingeladenen Expertinnen und Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes Nordrhein-Westfalen und die Wirtschaftsförderung metropol Ruhr GmbH luden zum Workshop nach Gelsenkirchen ein.

Das Ruhrgebiet steht für den Strukturwandel wie kaum eine andere Region in Deutschland. „Die Menschen im Pott haben diesen Wandel aufgenommen und gestaltet – immer im engen Schulterschluss mit Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften“, stellte Dr. Rainer Sontowski, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, in seiner Rede fest. Landeswirtschaftsminister Garrelt Duin stimmte ihm zu und erklärte: „Das, was hier im Ruhrgebiet bisher geleistet wurde, kann hilfreiche Blaupause für andere Regionen sein.“

Eine Initiative von Bund und Land für das Ruhrgebiet

Der Workshop in Gelsenkirchen ist ein Teil der so genannten Ruhrgebietsinitiative, die Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel zusammen mit der nordrhein-westfälischen Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und dem Initiativkreis Ruhr angestoßen hat. Die Ruhrgebietsinitiative soll dem Strukturwandel in der Region zusätzliche Impulse geben. Sie wird von drei Säulen getragen:

Die erste Säule der Ruhrgebietsinitiative ist die Unterstützung der Investitionstätigkeit der Kommunen durch den Bund. Im kommunalen Investitionspaket werden finanzschwache Kommunen besonders berücksichtigt, wovon unter anderem das Ruhrgebiet besonders profitiert.

Die zweite Säule der Ruhrgebietsinitiative besteht aus konkreten Projekten des Bundes für Infrastruktur, Energie und Innovationen. So fördert beispielsweise die Bund-Länder-

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) betriebliche Investitionen, vor allem von kleinen und mittleren Unternehmen, und den Ausbau der Infrastruktur. Die GRW unterstützt zum Beispiel die Revitalisierung des Opel-Geländes in Bochum und den Ausbau des Radschnellwegs Ruhr. Weitere durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie geförderte Projekte mit großer regionalwirtschaftlicher Bedeutung sind das Digitale Kompetenzzentrum für Mittelstand 4.0 in Dortmund und das Schaufenster intelligente Energie – Digitale Agenda für die Energiewende (SINTEG).

Die dritte Säule der Ruhrgebietsinitiative bilden die Empfehlungen des im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie erstellten Gutachtens zu den „Lehren aus dem Strukturwandel im Ruhrgebiet für die Regionalpolitik“. Die Gutachter von Prognos AG und InWIS an der Ruhr-Universität Bochum stellten ihre Ergebnisse beim Workshop in Gelsenkirchen vor.

Gutachten zu den Lehren aus dem Strukturwandel

Die Handlungsempfehlungen für das Ruhrgebiet gehen über regionale Wirtschaftsförderung hinaus und beinhalten unter anderem eine zukunftsorientierte Ausrichtung des regionalen Innovationssystems, die Stärkung des Bildungs- und Forschungsstandorts, die konsequente Fortführung des Stadtumbaus und die Unterstützung interkommunaler Kooperation.

Für die Weiterentwicklung der regionalpolitischen Instrumente des Bundes empfehlen die Gutachter, erstens den Strukturwandel in Richtung Wissensgesellschaft fortzusetzen, zweitens den digitalen Wandel zu steuern und drittens die Infrastruktur zu sichern. Die zukünftige Regionalpolitik solle interdisziplinär und politikfeldübergreifend ausgerichtet werden. Denn die Wirksamkeit von regionaler Wirtschaftspolitik sei umso höher, je stärker sie in ein Gesamtsystem ineinandergreifender Politiken eingebettet sei.

Weiterentwicklung der Regionalpolitik

Die Ergebnisse des Ruhrgebietsgutachtens und des Workshops in Gelsenkirchen gehen in den Prozess zur Weiterentwicklung der Regionalpolitik ein. Die Bundesregierung hat sich im Koalitionsvertrag zu einem gesamtdeutschen Fördersystem für strukturschwache Regionen nach Auslaufen des Solidarpaktes 2019 verpflichtet.

Der Bund hat im Mai 2015 erste Eckpunkte aufgestellt, um die Regionalpolitik zu einem integrierten gesamtdeutschen System weiterzuentwickeln. Das neue Fördersystem könnte sich auf Maßnahmen zur Stärkung des Wachstums- und Innovationspotenzials und zur Förderung der Infrastruktur und der Daseinsvorsorge stützen. Der Workshop in Gelsenkirchen ist der Auftakt zu einer breiten Diskussion über die Zukunft der Regionalpolitik, die das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie in den nächsten Monaten bundesweit führen will.

Kontakt: Dr. Verena Mertins
Referat: Regionale Wirtschaftspolitik

Wirtschaftspolitische Termine des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

März 2016	
07.03.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Januar)
07./08.03.	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
08.03.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Januar)
11.03.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
17./18.03.	Tagung Europäischer Rat in Brüssel
Ende März 2016	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
April 2016	
05.04.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Februar)
06.04.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Februar)
11.04.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
11.04.	Informeller Energierat in Amsterdam
22./23.04.	Eurogruppe und informeller ECOFIN-Rat in Amsterdam
Ende April 2016	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
Mai 2016	
09.05.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (März)
10.05.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (März)
13.05.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
13.05.	Rat für Auswärtige Angelegenheiten (Handel)
24./25.05.	Eurogruppe und ECOFIN-Rat in Brüssel
26.05.	Rat für Verkehr, Telekommunikation und Energie (Telekommunikation)
26./27.05.	Wettbewerbsfähigkeitsrat
Ende Mai 2016	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)

In eigener Sache: Die „Schlaglichter“ als E-Mail-Abonnement

Der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ist nicht nur als Druckexemplar, sondern auch im Online-Abo als elektronischer Newsletter verfügbar. Sie können ihn unter der nachstehenden Internet-Adresse bestellen:
<https://www.bmwi.de/DE/Service/abo-service.html>



Darüber hinaus können auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie auch einzelne Ausgaben des Monatsberichts sowie Beiträge aus älteren Ausgaben online gelesen werden:
<http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht.html>

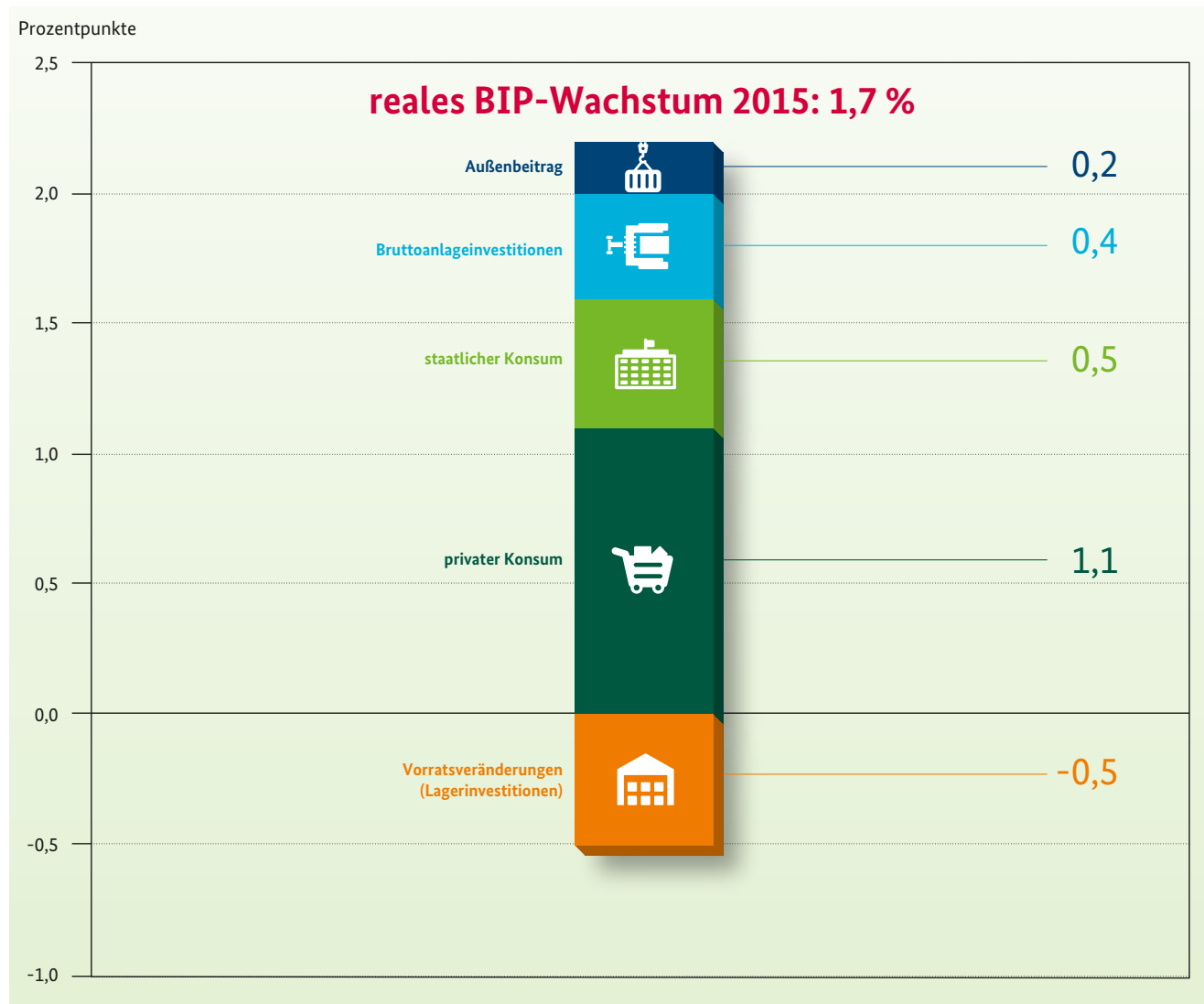


Grafik des Monats

Das Wachstum in Deutschland ...

... steht auf einem breiten Fundament. Im Jahr 2015 ging angesichts anhaltender Beschäftigungszuwächse und hoher Zuwächse der Reallöhne der stärkste Wachstumsimpuls vom privaten Konsum aus. Aber auch die Anlageinvestitionen und der staatliche Konsum lieferten wichtige Beiträge zu einer robusten Binnennachfrage. Zugleich behauptete sich die deutsche Exportwirtschaft in einem schwierigen weltwirtschaftlichen Umfeld, sodass der Außenbeitrag zum Wachstum (Exporte abzüglich Importe) ebenfalls positiv ausfiel. Ein Teil der hohen Nachfrage wurde nicht durch Produktion, sondern durch einen Abbau der Lagerhaltung bedient (negativer Wachstumsbeitrag durch Vorratsveränderungen).

Wachstumsbeiträge zum realen Bruttoinlandsprodukt 2015



Quelle: Statistisches Bundesamt (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Stand: 23. Februar 2016)

Überblick über die wirtschaftliche Lage

- ▶ Die deutsche Wirtschaft ist auf moderatem Wachstumskurs, aber das fragilere weltwirtschaftliche Umfeld hinterlässt Spuren.
- ▶ Die Industriekonjunktur erfuhr im zweiten Halbjahr 2015 eine Abschwächung. Die Auftragseingänge deuten jedoch auf eine leichte Belebung hin.
- ▶ Die stärker binnenwirtschaftlich ausgerichteten Dienstleistungsbereiche befinden sich weiter im Aufwärtstrend.
- ▶ Der Arbeitsmarkt entwickelt sich nach wie vor positiv.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich auf moderatem Wachstumskurs. Die wirtschaftliche Leistung wurde im Schlussquartal des Jahres 2015 preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,3% ausgeweitet.¹ Der im Januar gemeldete solide Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um real 1,7% im Jahr 2015 wurde damit bestätigt. In der deutschen Wirtschaft überwiegen nach wie vor die Auftriebskräfte, obwohl aus dem außenwirtschaftlichen Umfeld seit einigen Monaten gemischte Signale kommen. Die Industrieproduktion war im Dezember 2015 im Vergleich zum Vormonat merklich rückläufig.² Auch die Auftragseingänge gaben im Dezember leicht nach, verbesserten sich im Schlussquartal zusammengenommen jedoch deutlich gegenüber dem dritten Vierteljahr. Die Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten zu Jahresbeginn – unter anderem ausgelöst durch den niedrigen Ölpreis und die Verunsicherung über die weitere Entwicklung in China – führten zu einer schlechteren Stimmungslage in den deutschen Unternehmen. Die Geschäftserwartungen gingen im Januar deutlich zurück. Die aktuelle Lageeinschätzung befindet sich nach wie vor auf einem hohen Niveau, hat sich aber seit Dezember leicht abgeschwächt. Die Bauproduktion konnte im Schlussquartal 2015 merklich Fahrt aufnehmen. Auch in den kommenden Monaten dürfte sich die Belebung insbesondere im Wohnungsbau fortsetzen. Die Konjunktur in den stärker binnenwirtschaftlich ausgerichteten Dienstleistungsbereichen ist – gemessen an der weiter steigenden Beschäftigung – klar aufwärtsgerichtet. Durch die günstige

Entwicklung am Arbeitsmarkt und solide Einkommenszuwächse nimmt die Kaufkraft der privaten Haushalte weiter zu. Die hohe Zuwanderung von Flüchtlingen löst, wenngleich in überschaubarer Größenordnung, ebenfalls Nachfrageimpulse aus.

Die Weltwirtschaft entwickelt sich gegenwärtig mit mäßiger Dynamik. Im laufenden Jahr ist eine geringe Beschleunigung zu erwarten. Damit setzt sich die schwunglose Entwicklung der vergangenen Jahre fort. Die Wachstumsperspektiven der Vereinigten Staaten werden für das laufende Jahr grundsätzlich positiv eingeschätzt. Auch in der japanischen Wirtschaft und im Euroraum dürfte sich die moderate konjunkturelle Erholung fortsetzen. In China dagegen verlangsamt sich das Wachstum. Dies beeinträchtigt die chinesischen Handelspartner vor allem in Asien. Rohstoffexportierende Länder wie Russland oder Brasilien werden durch die niedrigen Öl- und Rohstoffpreise belastet. Aktuelle Konjunkturindikatoren deuten nicht auf eine Belebung der globalen Wirtschaft hin. So ist die weltweite Industrieproduktion im November 2015 etwas gesunken und der weltweite Composite Einkaufsmanagerindex von Markit ging im Januar ebenfalls geringfügig zurück. Die jüngst gestiegene Volatilität an den Kapitalmärkten spiegelt auch die konjunkturellen Risiken wider.

Trotz der gedämpften Weltkonjunktur konnten die deutschen Exporteure im Jahr 2015 Waren im Wert von knapp 1.200 Mrd. Euro exportieren. In der Tendenz waren die Ausfuhren seit Jahresmitte vor allem wegen einer geringeren Nachfrage aus den großen Schwellenländern leicht abwärtsgerichtet. Im Dezember gingen die Ausfuhren in jeweiligen Preisen nach der Zahlungsbilanzstatistik um 1,4% und im vierten Quartal zusammengenommen um 1,2% zurück.³ Die nominalen Einfuhren blieben im Berichtsmonat Dezember nahezu unverändert (-0,1%). Der Überschuss der Handelsbilanz im Gesamtjahr 2015 von knapp 250 Mrd. Euro ist vor allem auch wegen der preiswerteren Ölimporte deutlich höher als im Jahr zuvor.

Das Produzierende Gewerbe konnte seine Schwächephase zum Jahresende noch nicht überwinden. Die Produktion ging im Dezember gegenüber dem Vormonat erneut zurück. Im Jahresschlussquartal wurde damit insgesamt ein Minus verzeichnet. Grund sind rückläufige Produktionszahlen in

1 Schnellmeldung des Statistischen Bundesamts zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts im vierten Quartal 2015 vom 12. Februar 2016.
 2 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 15. Februar 2016 vorlagen.
 3 Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsdaten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA kalender- und saisonbereinigter Daten.

der Industrie (-0,9%) sowie bei der Energieerzeugung (-2,9%). Lediglich der Bausektor (+1,2%) konnte ein Plus verbuchen. Innerhalb der Industrie ging die Erzeugung von Investitions- und Konsumgütern zurück. Die Produzenten von Vorleistungsgütern konnten ihr Produktionsvolumen leicht ausweiten. Die Auftragseingänge in der Industrie sind trotz eines leichten Rückgangs im Dezember nach einem verhaltenen dritten Quartal im Jahresschlussquartal wieder angestiegen (+1,0%). Nachfrageimpulse kamen dabei aus dem Inland und dem Nicht-Euroraum, die Bestellungen aus dem Euroraum waren rückläufig. Das wirtschaftliche Umfeld hat auch die aktuellen Lagebeurteilungen etwas eingetrübt. Sie befinden sich aber weiterhin auf einem hohen Niveau. Auch die Umfrage des DIHK zu Jahresbeginn erbrachte ein positives Stimmungsbild der Wirtschaft. Dies und die leichte Erholung der Auftragseingänge sprechen für eine allmähliche Belebung der Industriekonjunktur.

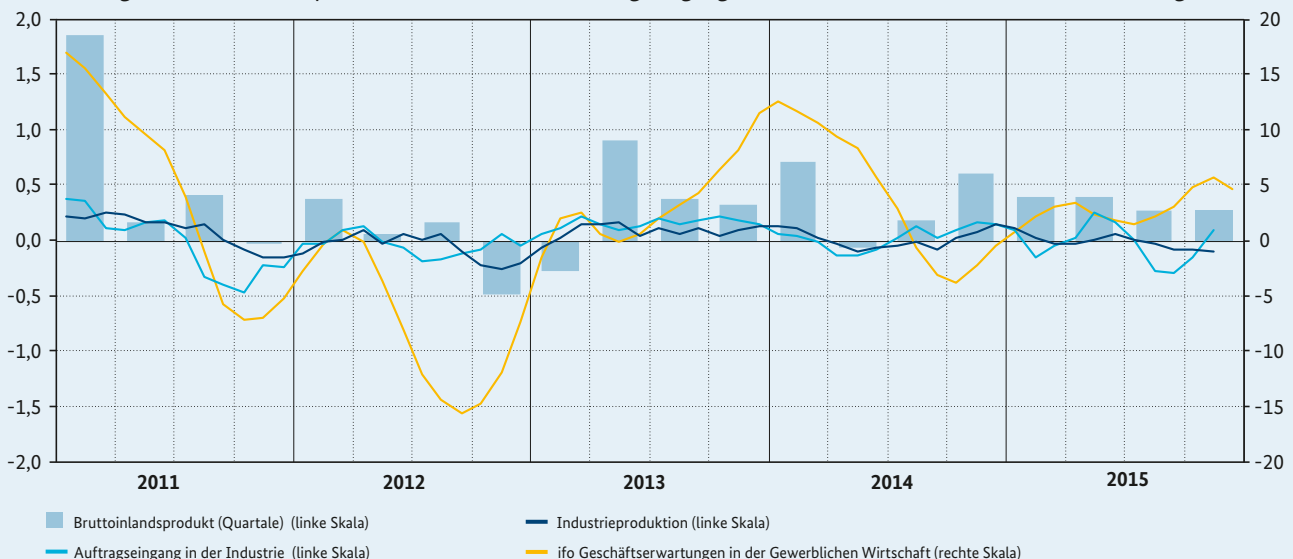
Der private Konsum hat die Konjunktur in Deutschland auch im vierten Quartal gestützt. Fundamentale Faktoren wie der geringe Inflationsdruck aufgrund niedriger Rohölpreise sowie die günstigen Beschäftigungs- und Einkommensaussichten wirken sich positiv auf den privaten Kon-

sum aus. Am aktuellen Rand zeichnen die Indikatoren ein gemischtes Bild. Das Konsumklima hat sich nach leichten Rückgängen im Herbst 2015 seit November auf hohem Niveau stabilisiert. Die Stimmung der Einzelhändler hat seit September etwas nachgegeben. Die Umsätze im Einzelhandel ohne Kraftfahrzeuge konnten im vierten Quartal nur leicht ausgeweitet werden. Die weiteren Perspektiven für den privaten Konsum bleiben zum Jahresbeginn 2016 angesichts moderater Preisniveausteigerungen und einer dynamischen Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung nach wie vor günstig.

Die vom Arbeitsmarkt ausgehenden positiven Impulse auf die konjunkturelle Entwicklung halten an. Die Erwerbstätigkeit stieg bis Jahresende 2015 weiter deutlich. Auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung erhöhte sich noch stärker bis zum aktuellen Rand. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung stiegen im Januar deutlich weniger als saisonal üblich. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich aus saisonalen Gründen auf 6,7%, saisonbereinigt nahm sie weiter ab. Die steigende Nachfrage nach Arbeitskräften ist ungebrochen. Die kräftige Flüchtlingsmigration ist in ihren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt noch begrenzt.

Konjunktur auf einen Blick*

Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt, Produktion und Auftragseingang in der Industrie sowie ifo Geschäftserwartungen



* zentrierte gleitende 3-Monatsdurchschnitte bzw. Quartale, saisonbereinigt, Veränderungen gegenüber Vorperiode in v. H. bzw. Salden bei ifo

Quellen: StBA, BBk, ifo Institut

Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss in der Kritik

Ursachen und wirtschaftspolitische Handlungsmöglichkeiten

Die deutsche Leistungsbilanz weist seit vielen Jahren deutliche Überschüsse auf, die regelmäßig Gegenstand von Kritik, vor allem seitens des Internationalen Währungsfonds, der OECD und der Europäischen Kommission¹, sind. Im vergangenen Jahr hat der Überschuss mit über acht Prozent des Bruttoinlandsprodukts einen Rekordwert erreicht, dürfte in den kommenden Jahren allerdings wieder langsam sinken. Dieser Artikel erläutert die Gründe für die Kritik am deutschen Leistungsbilanzüberschuss und diskutiert, ob und inwieweit aus deutscher Perspektive wirtschaftspolitische Handlungsoptionen bestehen. Es zeigt sich, dass wirtschaftspolitische Maßnahmen vorstellbar sind, die das Wachstum im Inland und zugleich die inländische Nachfrage stärken; deren kurzfristige Wirkungen im Hinblick auf eine Reduzierung des Leistungsbilanzüberschusses sollten aber nicht überschätzt werden.

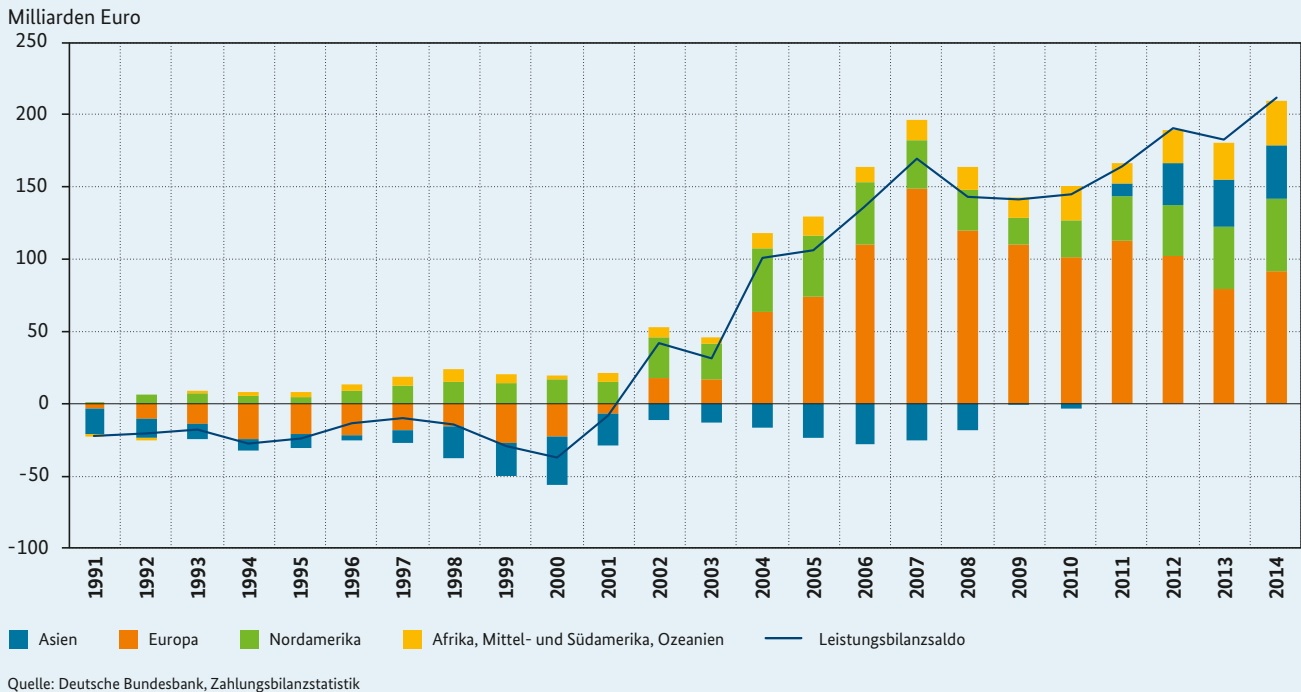


Deutschland seit längerem mit Leistungsbilanzüberschüssen

Die deutsche Leistungsbilanz weist seit mehr als zehn Jahren einen positiven Saldo aus. Im Jahr 2014 erreichte der Leistungsbilanzüberschuss (LBÜ) eine Rekordhöhe von 212 Milliarden Euro bzw. 7,3 Prozent im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP). Nach der Jahresprojektion der Bundesregierung vom 27. Januar 2016 dürfte der LBÜ im Jahr 2015 abermals deutlich auf 8,1 Prozent vom BIP gestiegen sein. Für die kommenden Jahre wird jedoch mit einem leichten Rückgang gerechnet (2016: 7,8 Prozent, 2017: 7,4 Prozent des BIP). Deutschland hat damit, gemessen an der Wirtschaftsleistung, einen der größten LBÜ aller OECD-Länder². Aufgrund seiner volkswirtschaftlichen Größe erzielte Deutschland im Jahr 2014 sogar den weltweit größten absoluten LBÜ.

Die Überschüsse gehen maßgeblich auf den Warenhandel zurück. Zudem erzielt Deutschland per Saldo Primäreinkommen aus dem Ausland, d.h. grenzüberschreitende Zahlungen aus Erwerbstätigkeit und Vermögensanlagen. Die Dienstleistungsbilanz (maßgeblich Reiseverkehr und Transportdienstleistungen) sowie der Saldo der Sekundäreinkommen (regelmäßige Zahlungen ohne Gegenleistung, z.B. Heimatüberweisungen) sind dagegen seit Jahren defizitär. In regionaler Differenzierung erzielt Deutschland rund ein Viertel seiner Überschüsse mit Ländern des Euroraums (insbesondere mit Frankreich). Auch mit anderen Ländern Europas wie dem Vereinigten Königreich werden Überschüsse erzielt. Außerhalb Europas bestehen hohe LBÜ vor allem gegenüber den Vereinigten Staaten. Der Anstieg des Leistungsbilanzsaldos seit 2001 um etwa 220 Milliarden Euro geht vor allem auf den gestiegenen Saldo gegenüber Europa

- 1 Der Artikel wurde am 15. Februar 2016 abgeschlossen. Er geht daher nicht auf den Deutschland-Bericht der EU-Kommission ein, der voraussichtlich am 24. Februar 2016 veröffentlicht wird.
- 2 Im Jahr 2014 wiesen lediglich die Niederlande und das ölexportierende Norwegen einen höheren Leistungsbilanzüberschuss in Relation zum nominellen BIP aus.

Abbildung 1: Deutsche Leistungsbilanz gegenüber verschiedenen Ländergruppen

(+98 Milliarden Euro), Asien (+59 Milliarden Euro) und Nordamerika (+35 Milliarden Euro) zurück (vgl. Abbildung 1). Gegenüber den Ländern Europas findet aber seit einigen Jahren ein Abbau des LBÜ statt. Insbesondere der Überschuss gegenüber dem Euroraum reduzierte sich deutlich von einem Höchststand von 105 Milliarden Euro im Jahr 2007 auf 39 Milliarden Euro im Jahr 2013 – ein Rückgang um über 60 Prozent. Im Jahr 2014 ist der Überschuss gegenüber dem Euroraum allerdings wieder auf 50 Milliarden Euro angestiegen und dürfte 2015 weiter zugenommen haben³.

Was ist ein Leistungsbilanzüberschuss?

Die Zahlungsbilanz eines Landes stellt eine umfassende und systematische Darstellung der wirtschaftlichen Transaktionen zwischen Inländern und Ausländern in einer bestimmten Zeitperiode dar. Sie liefert damit Informationen über die vielschichtigen außenwirtschaftlichen Verflechtungen einer Volkswirtschaft. Dabei werden in der Leistungsbilanz die laufenden Güter-, Leistungs- und Einkommensströme erfasst. Das sind im Einzelnen die Ex- und Importe von Waren

und Dienstleistungen sowie die so genannten Primär- und Sekundäreinkommen. In der Kapitalverkehrsbilanz werden die entsprechenden finanziellen Transaktionen gegengebucht. Ein Leistungsbilanzüberschuss bedeutet dabei, dass ein Land mehr produziert und Einkommen aus dem Ausland erhält, als es für Konsum und Investitionen selbst verwendet. Das bedeutet zugleich, dass die gesamtwirtschaftlichen Ersparnisse die Inlandsinvestitionen übersteigen. In der Kapitalverkehrsbilanz zeigt sich das darin, dass die „finanziellen Forderungen“ gegenüber dem Ausland per Saldo (das heißt abzüglich der „Verbindlichkeiten“) zunehmen. Finanzielle „Forderungen“ und „Verbindlichkeiten“ sind im Kontext der Zahlungsbilanz sehr allgemein zu verstehen und umfassen zum Beispiel auch Bargeld (als Forderung an ausländische Notenbanken) und Unternehmensanteile (Aktien, Direktinvestitionen). Die Zunahme von Forderungen an das Ausland wird auch als Kapitalexport bezeichnet, eine Zunahme von Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland als Kapitalimport. Ein Leistungsbilanzüberschuss ist daher immer mit einem entsprechenden Kapitalexport verbunden.

³ Die regionale Aufgliederung der Leistungsbilanz liegt erst für die ersten drei Quartale 2015 vor.

Warum der Leistungsbilanzüberschuss in der Kritik steht

Angesichts des neuen Höchstwerts steht der deutsche LBÜ wieder im Kreuzfeuer der Kritik. Der Überschuss liegt deutlich über der Schwelle von sechs Prozent des BIP, die im Rahmen des EU-Verfahrens zur Vermeidung makroökonomischer Ungleichgewichte als ein „kritischer Wert“ gilt und deren Überschreitung ggf. eine vertiefte Prüfung auslöst. Im Referenzrahmen der deutschen Wirtschaftspolitik stellt das außenwirtschaftliche Gleichgewicht im Rahmen des Stabilitätsgesetzes⁴ eine von vier wirtschaftspolitischen Zielgrößen des so genannten „magischen Vierecks“ dar. Dies impliziert aber nach allgemeiner Auffassung keinen konkreten Zielwert für den deutschen Leistungsbilanzsaldo. Außerdem gibt es in vielen Fällen durchaus berechnete Gründe für LBÜ, z. B. wenn sie Folge eines gewissen Entwicklungsstandes einer Volkswirtschaft bzw. in Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung das Ergebnis intertemporaler Entscheidungen sind. Außerdem sehen sowohl der Internationale Währungsfonds (IWF) als auch die EU-Kommission vor allem in (zu großen) Leistungsbilanzdefiziten mögliche makroökonomische Ungleichgewichte, welche die Krisenanfälligkeit der betroffenen Staaten erhöhen und über mögliche Spillover-Effekte auch ein Risiko für andere Länder darstellen können.

Gleichwohl können auch anhaltend hohe LBÜ sowohl aus inländischer Sicht als auch in einem länderübergreifenden Kontext problematisch sein. Aus länderübergreifender Perspektive könnten insbesondere in einer Währungsunion hohe Überschüsse eines Landes die Lösung wirtschaftspolitischer Probleme in Defizitländern erschweren. So wäre es zum Beispiel für Defizitländer bedeutend leichter, ihre Wettbewerbsfähigkeit in einem Umfeld mit schnell wachsender Nachfrage und steigenden Preisen und Löhnen zurückzugewinnen, als in einer deflationären Situation, in der möglicherweise sogar nominale Lohnsenkungen nötig wären, die wiederum zu einer Deflationsspirale führen könnten. Auf solchen Überlegungen beruht in erster Linie die Forderung der EU-Kommission zum Abbau des deutschen LBÜ. Nach diesen Vorstellungen würden höhere Investitionen oder stärkere Lohnzuwächse in Deutschland jenen Ländern – insbesondere in der Eurozone – helfen, die derzeit unter einer schwachen Binnenkonjunktur, hoher Arbeitslosigkeit und Deflationsdruck leiden. Gleichzeitig würde die EZB bei ihrer Aufgabe unterstützt, ihr Inflationsziel im Euroraum insgesamt wieder zu erreichen.



LBÜ in großen Ländern wie Deutschland könnten auch dann problematisch sein, wenn diesen Überschüssen hohe Defizite in wenigen Partnerländern gegenüberstehen. Starke kurzfristige Kapitalzuflüsse in diesen Ländern können dort Fehlallokationen von Kapital verstärken (z. B. Immobilienblasen fördern). Eine solche Entwicklung war im Zuge der Zinskonvergenz nach der Einführung des Euro (1999) bis zur Zeit unmittelbar vor der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise (2006–2007) zu beobachten. Derzeit ist dies aber nicht mehr der Fall. Ein Drittel des deutschen LBÜ besteht gegenüber Ländern, die selbst Überschüsse ausweisen, oder aber gegenüber stabilen Industriestaaten wie Frankreich, den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich.

Entscheidend für die Beurteilung von LBÜ sollte jedoch immer sein, ob sie das Ergebnis von Marktprozessen und damit von Entscheidungen der Vielzahl privater Akteure an den Güter-, Arbeits- und Kapitalmärkten sind, oder ob sie durch gezielte wirtschaftspolitische Eingriffe verursacht wurden. Denkbar sind zum Beispiel Manipulationen des Wechselkurses oder tarifäre und nicht-tarifäre Importschranken. Aber auch wenn LBÜ nicht das Ergebnis solcher gezielter Verzerrungen von Marktprozessen sind, bleibt zu prüfen, ob andere Formen wirtschaftspolitischer Fehlsteuer-

4 Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StabG).



rungen oder strukturelle Schwächen vorliegen, wie z. B. eine schwache Investitionstätigkeit, die ihrerseits wirtschaftspolitische Eingriffe erfordern. Eine Korrektur solcher Entwicklungen könnte dann – quasi als Nebenprodukt – auch zu einem Rückgang von LBÜ beitragen. Um vor diesem Hintergrund möglichen wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf überhaupt identifizieren zu können, ist allerdings eine detaillierte Analyse der Ursachen des deutschen LBÜ notwendig.

Vielfältige Ursachen für die hohen Leistungsbilanzüberschüsse

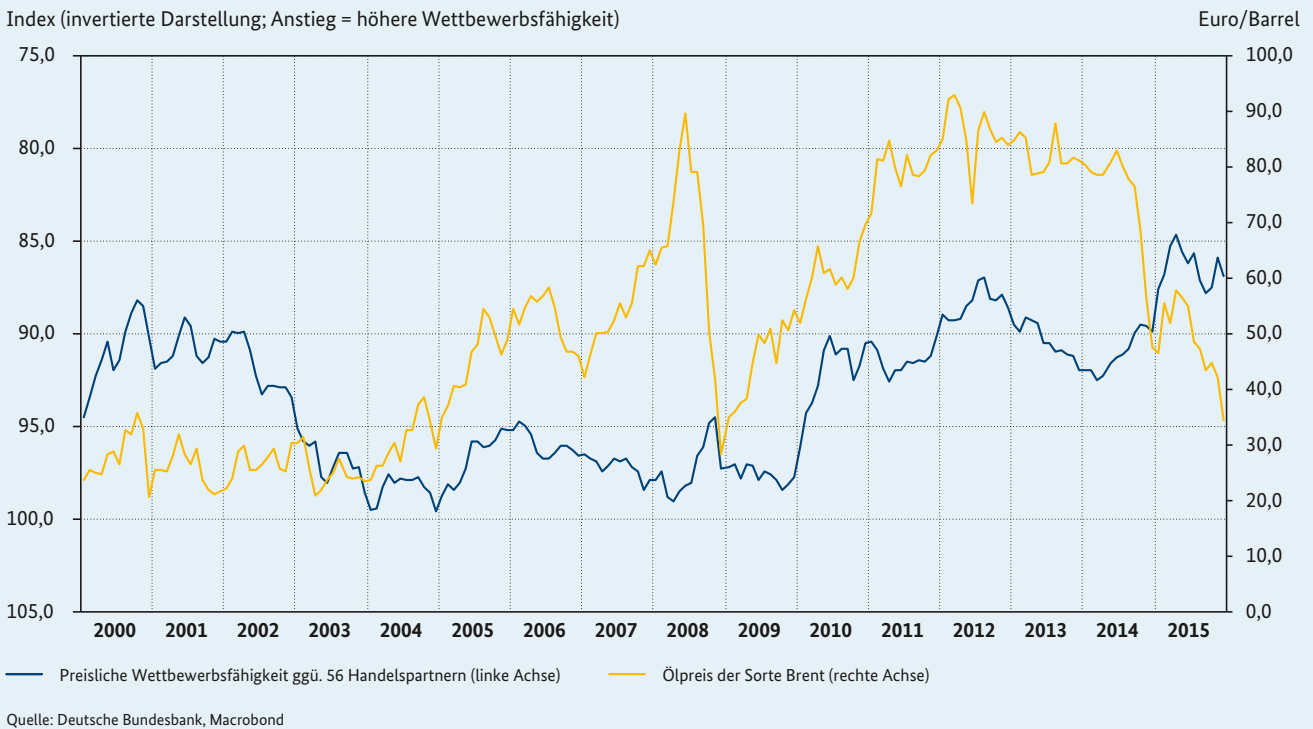
Überblick

Bei der Analyse des Leistungsbilanzsaldos bietet es sich an, zwischen kurzfristigen und temporären Entwicklungen einerseits und langfristigen strukturellen Faktoren andererseits zu unterscheiden.

Bei den kurzfristigen Effekten spielt beispielsweise die Position eines Landes im Konjunkturzyklus eine Rolle. Zudem gibt es weitere vorübergehende Faktoren wie den Wechselkurs des Euro, die schwankenden Rohstoffpreise oder auch den Entschuldungsprozess der heimischen

Unternehmen, die insbesondere nach der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ihre Eigenkapitalposition verbessert haben. Alles in allem dürften solche temporären Faktoren für etwa ein Drittel des aktuellen deutschen Leistungsbilanzüberschusses verantwortlich sein, wie in den folgenden Abschnitten im Einzelnen ausgeführt wird.

Darüber hinaus kann ein großer Teil der Überschüsse – etwa die Hälfte – durch fundamentale Faktoren erklärt werden. So trägt beispielsweise die demografische Entwicklung in Deutschland dazu bei, dass gesamtwirtschaftlich hohe Ersparnisse gebildet werden, die Leistungsbilanzüberschüsse begünstigen. Zudem tritt Deutschland als hochentwickeltes Industrieland in einer globalisierten Welt in aller Regel als Kapitalgeber auf, da aufstrebende Schwellenländer attraktive Investitionsmöglichkeiten mit höheren Renditen bieten. Diese Kapitalexperte erhöhen ebenfalls den Leistungsbilanzsaldo. Darüber hinaus spiegelt sich im Leistungsbilanzsaldo die erfolgreiche Globalisierungsstrategie der deutschen Unternehmen wider, die mit ihrer speziellen Güterstruktur die internationale Nachfrage nach Vorleistungs- und Investitionsgütern bedienen. Und nicht zuletzt sorgt das durch vergangene LBÜ angehäuften Auslandsvermögen dafür, dass Deutschland per Saldo erhebliche Vermögenseinkommen bezieht, die den Leistungsbilanzsaldo weiter nach oben treiben.

Abbildung 2: Entwicklung von Ölpreis und preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands

Die folgende Analyse zeigt, dass der weit überwiegende Teil des deutschen Leistungsbilanzüberschusses auf marktwirtschaftliche Prozesse und die Entscheidungen der Marktteilnehmer im In- und Ausland zurückzuführen ist. Demgegenüber haben Faktoren, die überhaupt wirtschaftspolitisch beeinflusst werden können, wie zu geringe öffentliche Investitionen und Rahmenbedingungen für private Investitionen, nur einen geringen Anteil am aktuellen Überschuss.

Vorübergehende Faktoren prägen derzeit die Entwicklung der Leistungsbilanz

Die konjunkturelle Entwicklung gehört zu den Einflussfaktoren, die den deutschen LBÜ derzeit tendenziell eher senken. Gegenwärtig befindet sich Deutschland mehr oder weniger in einer Situation der Normalauslastung. Viele der deutschen Handelspartner befinden sich hingegen in einer konjunkturellen Schwächephase und importieren daher weniger Güter aus Deutschland. Würden sich alle Länder in einer Phase der Normalauslastung befinden, fiel der deutsche LBÜ (noch) höher aus, wie es auch die Analyse des IWF nahelegt.⁵

Allerdings überwiegen derzeit die vorübergehenden Einflussfaktoren, die den LBÜ vergrößern. Deren Auslaufen bzw. Umkehr wird den LBÜ daher reduzieren. Kurzfristige Schwankungen des Wechselkurses können den Leistungsbilanzsaldo beeinflussen. Die Abwertung des realen effektiven (also handelsgewichteten) Wechselkurses des Euro seit dem Frühjahr 2014 beträgt etwa sechs Prozent, was mit einer entsprechenden Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen einhergeht (vgl. Abbildung 2). Eine Abwertung bewirkt eine Verteuerung der Importgüter bzw. Verbilligung der Exportgüter. Nachdem die Mengen auf die geänderten Export- und Importpreise reagiert haben, führt dies zu einer Erhöhung des Leistungsbilanzsaldos.

Wie stark Ex- und Importe auf eine Änderung des Wechselkurses reagieren, ist für jedes Land unterschiedlich. Empirische Untersuchungen der EU-Kommission ergeben für Deutschland zwar eine im Vergleich zu anderen Eurostaaten geringere Reaktion der Exporte auf Wechselkursänderungen (Exportelastizität). Eine plausible Erklärung dafür ist das deutsche Produktsortiment, welches einen größeren Anteil an spezialisierten, qualitativ hochwertigen, schwerer

5 IWF (2015): External Balance Assessment. Individual Country Estimates.

austauschbaren und damit weniger preispfindlichen Investitionsgütern enthält. Andererseits wirken sich der hohe Offenheitsgrad der deutschen Volkswirtschaft und der relativ große Anteil des Handels mit Staaten außerhalb der Währungsunion aber verstärkend auf die Wechselkursreaktion aus. Somit unterliegt die deutsche Leistungsbilanz insgesamt immer noch einem spürbaren Einfluss von Wechselkursänderungen. Modellbasierten Untersuchungen des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) sowie des BMWi zufolge dürfte die Euro-Abwertung seit Frühjahr 2014 rund 1 bis 1 ¼ Prozentpunkte des LBÜ erklären.

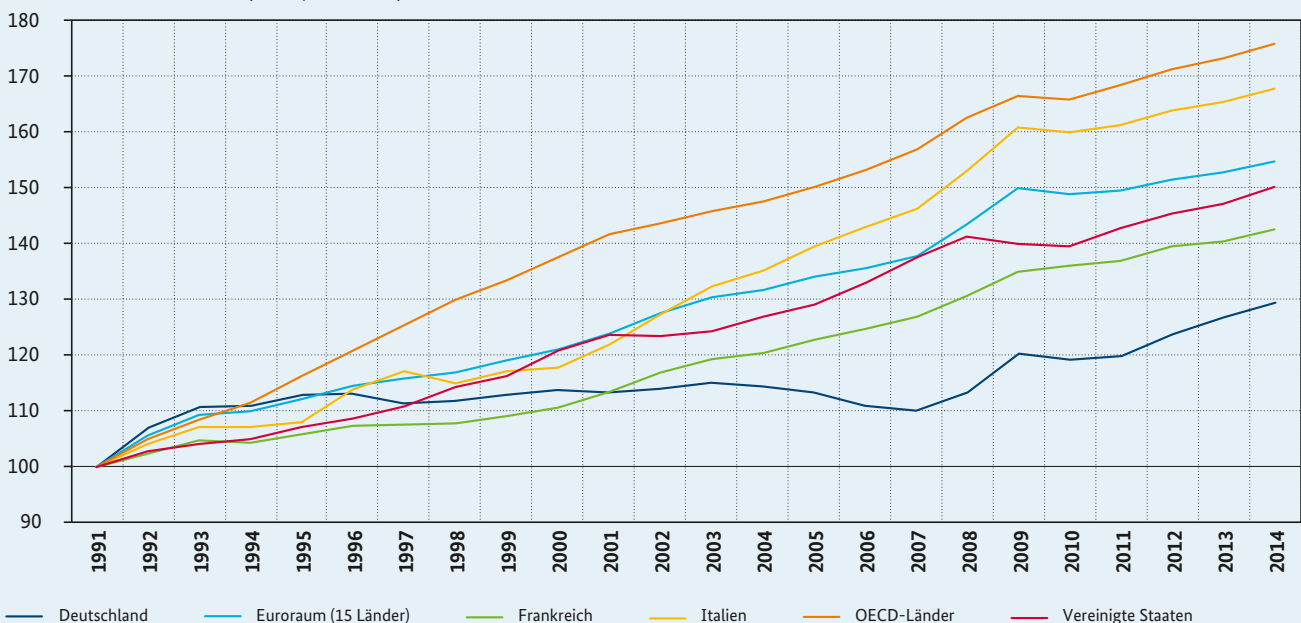
Die aktuell niedrigen Rohstoffpreise – insbesondere der drastische Verfall des Ölpreises – schlagen sich über so genannte Terms-of-Trade-Effekte in der deutschen Leistungsbilanz nieder. Von den gesunkenen Importpreisen für Erdöl und Gas profitiert Deutschland als Nettoimporteur durch das verbesserte Preisverhältnis von Export- zu Importpreisen. So dürfte die Ölrechnung für Deutschland – d.h. der Wert der gesamten Rohölimporte – im Jahr 2015 um ca. 16 Milliarden Euro bzw. um etwa ein Drittel niedriger ausgefallen sein als im Vorjahr. Das entlastet sowohl Produzenten als auch Konsumenten. Bei einem Ölpreis von 35 US-Dollar je Barrel und dem derzeitigen Wechselkursniveau könnte die Ölrechnung im aktuellen Jahr um weitere zehn Milliarden Euro sinken. Simulationen des BMWi

auf Grundlage des Global Economic Model (GEM) ergeben, dass eine Absenkung des Ölpreises um zehn US-Dollar eine Erhöhung des Leistungsbilanzsaldos um etwa ¼ Prozentpunkt im Verhältnis zum BIP zur Folge hat. Damit wäre bei einem Rückgang des jahresdurchschnittlichen Preises von 2013 auf 2015 um etwas mehr als 50 US-Dollar ein isolierter Leistungsbilanz-Effekt von knapp 1,4 Prozentpunkten zu erwarten. Dieser simulierte Anstieg entspräche in etwa 80 Prozent des tatsächlich beobachteten Anstiegs in diesem Zeitraum.

Eine weitere relevante Entwicklung in Deutschland war die spürbare Lohnmoderation zu Beginn des Jahrtausends. Lohnzurückhaltung dämpft bzw. senkt die Lohn(stück-)kosten und verbessert somit die preisliche Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zu anderen Ländern. Als direkte Effekte ergeben sich daraus einerseits eine erhöhte Exportnachfrage, andererseits schwächt die Lohnmoderation die Masseneinkommen, wodurch der private Konsum zurückgeht. Die Löhne in Deutschland entwickelten sich nach einem kräftigen Anstieg zu Beginn der 1990er Jahre (Wiedervereinigung, Lohnannäherung Ostdeutschlands) spürbar langsamer als in den meisten anderen EU- und OECD-Ländern. Während die Lohnstückkosten in Deutschland im Zeitraum 1991 bis 2014 um insgesamt knapp 30 Prozent zunahmen, stiegen sie im EU-15-Durchschnitt (inkl. Deutschland) um rund 55 Prozent (vgl. Abbildung 3).

Abbildung 3: Lohnstückkosten im internationalen Vergleich

nominale Lohnstückkosten (Index, 1991=100)



Quelle: OECD



Deutsche Sonderfaktoren wie die Kapazitätsanpassungen nach dem wiedervereinigungsbedingten Bauboom der 90er Jahre, die Lohnmoderation sowie die Investitionszurückhaltung der Unternehmen zugunsten einer stärkeren Eigenkapitalbasis nach der Finanz- und Wirtschaftskrise hatten für sich genommen jeweils nur einen relativ geringen Anteil an der Entstehung des LBÜ. Grob überschlagen dürften alle temporären Faktoren etwa ein Drittel des derzeitigen LBÜ erklären. Dabei ist allein ein Viertel des LBÜ auf die Abwertung des Euro und den Rückgang des Ölpreises seit 2014 zurückzuführen.

Fundamentale Faktoren erklären einen großen Teil des Überschusses

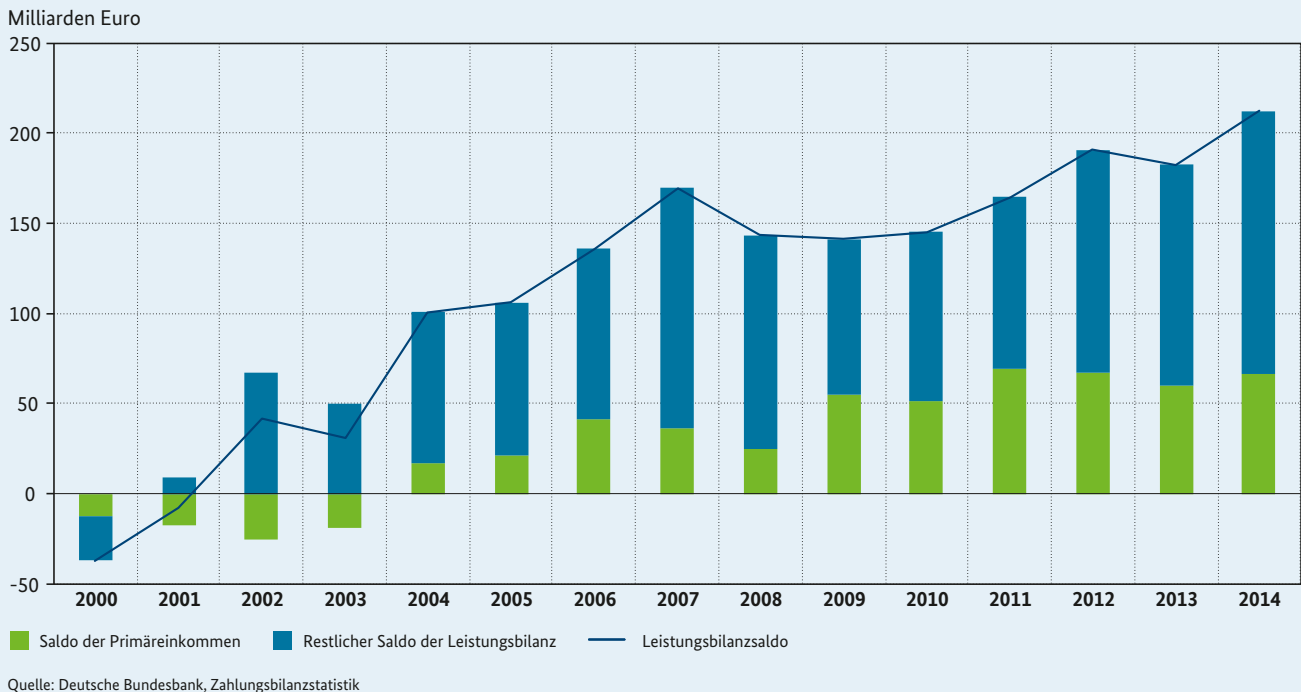
Eine sehr bedeutende Rolle für die deutschen LBÜ spielen langfristig wirkende, eher fundamentale Faktoren. Hierbei handelt es sich um grundlegende Charakteristika einer Volkswirtschaft bzw. über die Zeit entstandene Strukturen, welche die Entwicklung der Leistungsbilanz über einen langen Zeitraum prägen. Diese Faktoren können kurzfristig durch wirtschaftspolitische Maßnahmen kaum beeinflusst werden.

Einen solchen Faktor stellt die Demografie eines Landes dar. Die Leistungsbilanz eines Landes wird zum einen durch die aktuelle Struktur der Bevölkerung beeinflusst. Die private Sparneigung über die Lebensphasen hinweg folgt einem umgekehrt u-förmigen Verlauf: Junge Menschen vor oder am Beginn ihres Erwerbslebens und ältere Menschen (insbesondere die, die aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind) haben demnach eine geringere Sparneigung, die mittlere Generation weist dagegen eine höhere Sparneigung („Ansparphase“) auf. Zudem wirken sich Erwartungen bezüglich der zukünftigen Entwicklung der Bevölkerungsstruktur auf das Spar- und Investitionsverhalten und damit auf die Leistungsbilanz aus. Gesellschaften wie die deutsche, deren Altenquotient erwartungsgemäß steigen wird, sind mit hohen Sparquoten und abnehmenden Investitionen konfrontiert, was höhere LBÜ impliziert.⁶ Diese Überschüsse kehren sich erst um, wenn die Gesellschaft so weit gealtert ist, dass sie im Durchschnitt zunehmend ihre Ersparnisse auflöst.

In Deutschland können nach Berechnungen des SVR etwa ein bis zwei Prozentpunkte des aktuellen LBÜ durch die Altersstruktur erklärt werden.⁷ Laut IWF gehen sogar mehr als drei Prozentpunkte auf demografische Faktoren zurück.

6 Lane, Philip R. und Gian Maria Milesi-Ferretti (2012): External adjustment and the global crisis, *Journal of International Economics* 88, 252–265.

7 SVR (2011): Expertise Demografischer Wandel und SVR (2014): Jahresgutachten 2014/2015, Kapitel 6: Leistungsbilanz: Aktionismus nicht angebracht.

Abbildung 4: Leistungsbilanz und Primäreinkommen

Einigkeit besteht darüber, dass der steigende Effekt der Altersstruktur ab Mitte der 2020er Jahre abnehmen wird, bis er sich zwischen 2030 und 2040 allmählich ins Negative kehrt.

Kapitaleinkünfte, die sich aus dem akkumulierten (Netto-) Auslandsvermögen ergeben, fließen über die Primäreinkommen in die Leistungsbilanz ein. Kapital fließt auf freien Kapitalmärkten in einer globalisierten Welt dahin, wo eine höhere Rendite zu erwarten ist. In entwickelten Volkswirtschaften mit hoher Kapitalintensität sind die Renditen in der Regel geringer als in Volkswirtschaften, die sich noch im Aufholprozess befinden.

Die Nettoauslandsposition Deutschlands, das heißt der Saldo des Bestandes von „Forderungen“ und „Verbindlichkeiten“ gegenüber dem Ausland⁸, war 2002 nahezu ausgeglichen. Ende 2014 belief sie sich dagegen auf knapp 1,23 Billionen Euro (rund 42 Prozent in Relation zum BIP) und bestand hauptsächlich in Form von Direktinvestitionen und übrigen Kapitalanlagen. Mit dem Anstieg der Auslandsposition ist auch der Saldo der Primäreinkommen

von -26 Milliarden Euro im Jahr 2002 auf 67 Milliarden Euro im Jahr 2014 gestiegen. Im Vergleich zum gesamten Leistungsbilanzsaldo ist dies in etwa ein Drittel (vgl. Abbildung 4). Das bestehende Auslandsvermögen allein führte damit im Jahr 2014 zu einem LBÜ von 2,3 Prozent in Relation zum nominalen BIP.

Verschiedene Analysen von BMWi, SVR⁹ und Bundesbank¹⁰ kommen zu dem gleichen Ergebnis, dass die Einkommensrendite auf ausländisches Vermögen seit 2004 über der Rendite liegt, die ausländische Anleger mit ihren Anlagen in Deutschland erzielen. Auch die Gesamrendite des deutschen Auslandsvermögens, die Marktpreis- und Wechselkurseinflüsse sowie Vermögensabschreibungen berücksichtigt, lag über der entsprechenden ausländischen Rendite in Deutschland. Daher ist die Rolle eines Netto-Kapitalgebers für Deutschland angesichts seines hohen Entwicklungsstandes durchaus nachvollziehbar.

Die Langfristigkeit der ausländischen Vermögensanlagen und deren recht stabile Rückflüsse nach Deutschland führen gleichzeitig zu einer gewissen Rigidität in der Entwick-

8 Zu den Begriffen siehe Kasten S. 12.

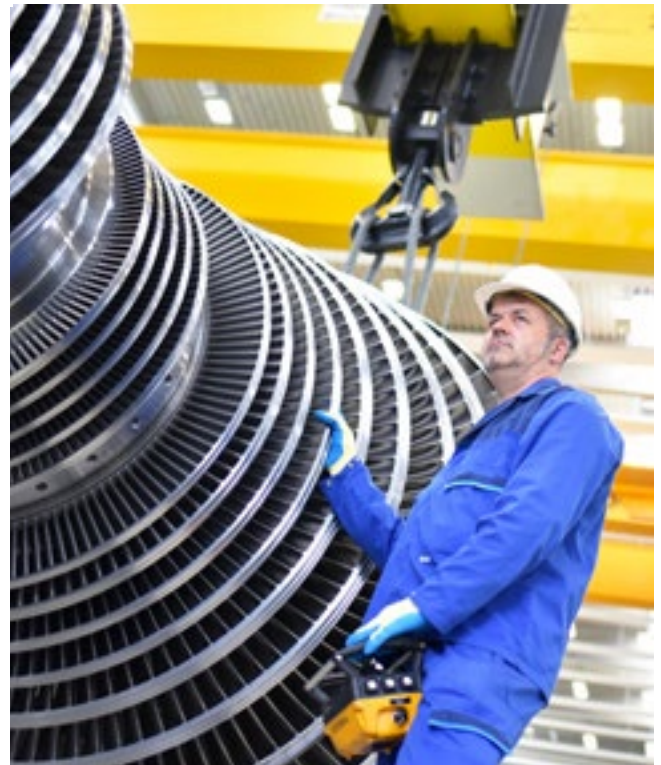
9 SVR: Jahresgutachten 2014/2015, Kapitel 6: Leistungsbilanz: Aktionismus nicht angebracht.

10 Bundesbank: Geschäftsbericht 2013: Leistungsbilanzüberschuss der deutschen Wirtschaft.

lung der Leistungsbilanz. Eine Rückbildung der Leistungsbilanz dürfte sich daher allenfalls langsam vollziehen.

Neben den Rückflüssen aus bereits bestehendem Auslandsvermögen wird ein beträchtlicher Teil des aktuellen LBÜ Deutschlands durch Investitionen im Ausland bestimmt. Dabei lassen sich Auslandsinvestitionen in die Bereiche Portfolioinvestitionen (PI) und ausländische Direktinvestitionen (ADI) unterteilen. Die vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag jährlich durchgeführte Umfrage zu ADI ergibt, dass Vorteile im Hinblick auf Markterschließung nach Vertrieb und Kundendienst das wichtigste Motiv für ADI darstellen. Kostenersparnisse gewannen zwar zuletzt an Bedeutung, werden jedoch nur von etwas über 20 Prozent der Unternehmen als Motivation genannt. Untersuchungen der Bundesbank finden keine Hinweise, dass Auslandsinvestitionen inländische Investitionstätigkeit verdrängen, wie es in der öffentlichen Diskussion oftmals unterstellt wird. Im Gegenteil zeigt sich langfristig ein positiver Zusammenhang zwischen Direktinvestitionen im Ausland und Bruttoanlageinvestitionen im Inland, der auf eine komplementäre Beziehung hinweist. Ein verstärktes Engagement deutscher Unternehmen im Ausland zieht demnach einen erhöhten Investitionsbedarf im Inland nach sich.¹¹

Zu den fundamentalen Faktoren gehören des Weiteren auch die Industriestruktur und Wachstumserwartungen für den heimischen Markt relativ zu ausländischen Märkten. Die kräftige Ausweitung des deutschen LBÜ geht zu einem wesentlichen Anteil auf den Zeitraum seit Beginn der 2000er Jahre bis zur Finanzkrise zurück. Hierbei dürfte die besondere Ausrichtung des Produktsortiments des deutschen Exportsektors auf stark wachsende Schwellenländer eine wichtige Rolle gespielt haben.¹² Die deutsche Exportwirtschaft bietet vornehmlich Güter an, die in Wachstumsphasen verstärkt nachgefragt werden, insbesondere Vorleistungs- und Investitionsgüter wie Maschinen und Anlagen. Der Zusammenhang zwischen Entwicklungsstand, Produktivität und Wachstumserwartungen eines Landes und seiner Leistungsbilanz basiert auf der Grundlage, dass Länder mit einem geringeren Entwicklungsstand, insbesondere Schwellenländer, die über einen hohen Investitionsbedarf verfügen, attraktiver für internationale Kapitalzuflüsse sind.¹³ Deutschland kann mit einem durch LBÜ



akkumulierten Auslandsvermögen an der potenziell dynamischeren Wirtschaftsentwicklung anderer Länder partizipieren.

Wirtschaftspolitik mit begrenztem Einfluss auf aktuelle Überschüsse

In der politischen Debatte werden häufig eine schwache Binnennachfrage, insbesondere infolge niedriger öffentlicher Investitionen und ungünstiger Rahmenbedingungen für private Investitionen, sowie die Arbeitsmarkt- und Steuerreformen der 2000er Jahre als wesentliche Treiber des hohen LBÜ in Deutschland genannt. Insofern seien die deutschen LBÜ auch ein Ergebnis wirtschaftspolitischer Entscheidungen. Eine tiefergehende Analyse zeigt aber, dass wirtschaftspolitische Faktoren nur einen begrenzten Einfluss auf den derzeitigen LBÜ haben. Das steht im Einklang mit Analysen des IWF, wonach sich der inländische wirtschaftspolitische Beitrag zum LBÜ auf etwa 0,6 Prozentpunkte beläuft.¹⁴

11 Bundesbank: Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2013, Monatsbericht März 2014.

12 Kollmann, R., Ratto, M., Roeger, W. und Vogel, L. (2015): What drives the German current account? And how does it affect other EU member states? *Economic Policy*, 30(81), 47–93.

13 IWF (2013): The External Balance Assessment (EBA) Methodology, IMF Working Paper, 13/272.

14 IWF (2015): 2015 EBA: Individual Country Estimates.

Um den Erklärungsbeitrag der Investitionstätigkeit zum derzeitigen LBÜ zu ermitteln, wurden die Spillover-Effekte auf die Volkswirtschaften der deutschen Handelspartner mit einem gesamtwirtschaftlichen Modell (Global Economic Model von Oxford Economics) simuliert.¹⁵ Hierzu wurde eine einmalige Erhöhung (i) der öffentlichen Investitionen und (ii) der privaten Investitionen in Höhe von einem Prozent des BIP im Jahr 2015 unterstellt. Die Effekte wurden dann auf die vergangene (schwache) Entwicklung der Investitionen übertragen.¹⁶

Die Impulse höherer öffentlicher und privater Investitionen sind in dieser Simulation moderat. Infolge der simulierten Investitionserhöhung würde das BIP im Euroraum sowohl im Falle des fiskalischen Impulses als auch im Falle höherer privater Investitionen im gleichen Jahr um 0,3 Prozent steigen. Der deutsche LBÜ würde um etwa 0,4 Prozent des BIP sinken (vgl. Abbildung 5). Allerdings sind nach dieser Simulation die Effekte der privaten Investitionen länger anhaltend. Für den dargestellten Vier-Jahres-Zeitraum ergibt sich ein durchschnittlicher Leistungsbilanzeffekt von 0,4 Prozent (private Investitionen) bzw. 0,2 Prozent (öffentliche Investitionen). Der empirische Zusammenhang zwi-

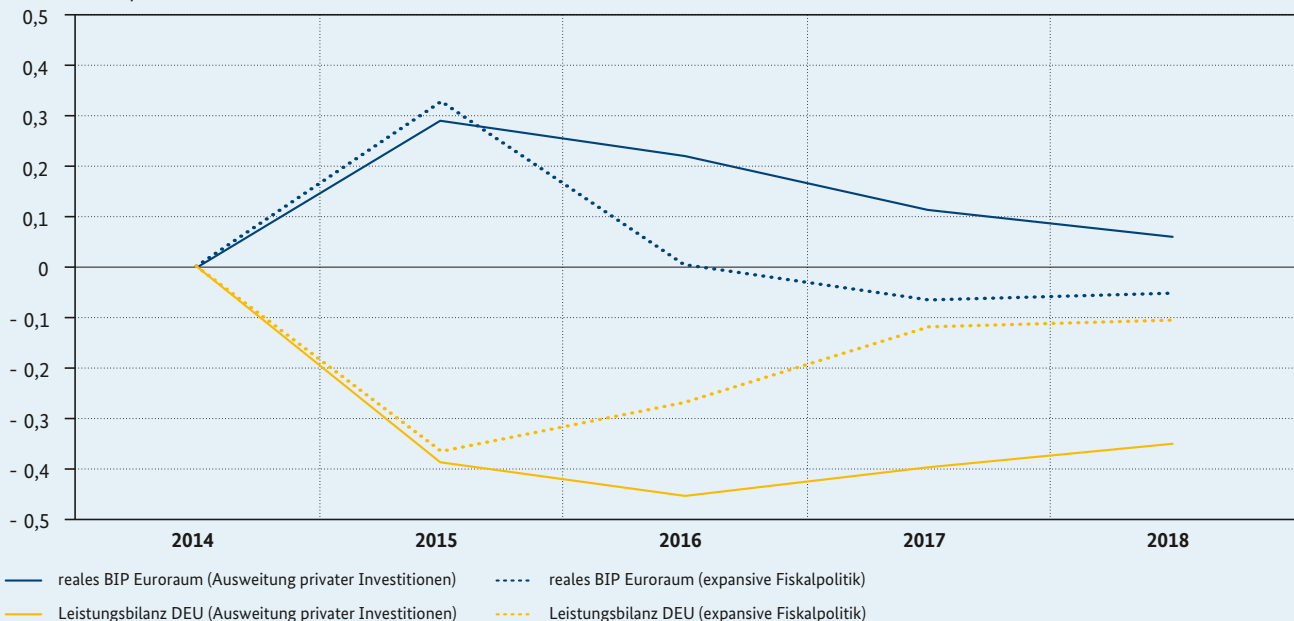
schen inländischen privaten Investitionen und der Leistungsbilanz ist demnach stärker als im Fall öffentlicher Investitionen.

Allerdings fiel der Effekt deutlich höher aus, wenn ein anhaltender fiskalischer Impuls unterstellt würde. So ginge der LBÜ im Durchschnitt der vier Jahre 2015 bis 2018 um 0,6 bis 0,7 Prozent des BIP zurück, wenn die Investitionen nicht nur einmalig, sondern über vier Jahre hinweg auf einem höheren Niveau lägen. Diese Ergebnisse stehen im Einklang mit einer Reihe von Studien insbesondere der EU-Kommission und des IWF.

Mit Blick auf mögliche wirtschaftspolitische Fehlentwicklungen zur Erklärung des LBÜ müsste eine intertemporal optimale Investitionsquote definiert werden. Das ist nur schwer möglich. Nimmt man stattdessen den Vergleich zum Euroraum bzw. der Europäischen Union insgesamt als einfachen Vergleichsmaßstab, so zeigt sich, dass die öffentlichen Investitionen in Deutschland in Relation zum BIP in den vergangenen zehn Jahren im Durchschnitt einen Prozentpunkt pro Jahr niedriger lagen. Basierend auf den oben genannten Simulationsergebnissen dürfte demnach die

Abbildung 5: Auswirkungen höherer öffentlicher und privater Investitionen auf die Leistungsbilanz

in % / Prozentpunkten relativ zum Basisszenario



Quelle: Deutsche Bundesbank, Zahlungsbilanzstatistik

15 Für eine detaillierte Darstellung der Analyse und der Wirkungskanäle vgl. Schlaglichter der Wirtschaftspolitik vom Juli 2015.

16 In der Simulation wird u. a. eine akkommodierende Geldpolitik unterstellt, d. h. die höheren Investitionen führen nicht zu einer Veränderung der Kurzfristzinsen.



„Lücke“ bei den öffentlichen Investitionen in einer groben Überschlagsrechnung um etwa reichlich $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt zum LBÜ beigetragen haben. Allerdings dürfte diese Überschlagsrechnung den durch inländische fiskalpolitische „Fehler“ zu erklärenden LBÜ überzeichnen. Wie im privaten Bereich könnte auch bei den öffentlichen Investitionen der Vergleich zum europäischen Durchschnitt beispielsweise durch den dortigen Bauboom vor der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise oder durch eine unterschiedliche Abgrenzung öffentlicher Aufgaben verzerrt sein.

Im privaten Bereich spiegelt die im internationalen Vergleich recht niedrige Investitionsquote in den letzten 15 Jahren vornehmlich deutlich unterdurchschnittliche Bauinvestitionen wider. Die Investitionen der Unternehmen sowohl in Ausrüstungen als auch in geistiges Eigentum bewegten sich am bzw. über dem internationalen Durchschnitt. Eine private Investitionsschwäche kann nur für bestimmte Bereiche (z. B. immaterielle Investitionen wie Software) oder für einzelne Unternehmenstypen (vor allem junge Unternehmen) festgestellt werden. Daher kann die Investitionsnachfrage der Unternehmen nur in sehr begrenztem Umfang vergangene Überschüsse der Leistungsbilanz erklären.

Die wirtschaftspolitischen Reformmaßnahmen der 2000er Jahre, wie zum Beispiel die Hartz-Reformen und die Reformen der Einkommen-, Mehrwert- und Unternehmenssteuern sowie der Sozialbeiträge, haben in der Summe die

Leistungsbilanz nur in sehr geringem Maß beeinflusst. Wie auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem Jahresgutachten 2014/2015 auf Basis empirischer Studien darstellt, dürfte der Gesamteffekt der Reformen auf den Leistungsbilanzsaldo mit weniger als $\frac{1}{10}$ Prozentpunkt marginal gewesen sein.

Wirtschaftspolitische Optionen zur Verringerung des Überschusses

Begrenzter wirtschaftspolitischer Handlungsspielraum

Die meisten der oben genannten Bestimmungsgründe des deutschen LBÜ lassen sich durch die deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik zumindest kurzfristig nicht beeinflussen. Der Wechselkurs des Euro beispielsweise unterliegt keiner aktiven wirtschaftspolitischen Steuerung. Rohstoffpreise bilden sich auf den Weltmärkten. Auch die demografische Struktur eines Landes kann kurzfristig durch wirtschaftspolitische Maßnahmen kaum verändert werden.

Obwohl wirtschaftspolitische Faktoren nur in beschränktem Umfang die historischen LBÜ erklären, bestehen aber durchaus auch Möglichkeiten, den LBÜ in Zukunft zu verringern. Diese werden von der EU-Kommission und Internationalen Organisationen wie IWF und OECD immer wieder angeführt. Die Forderungen beziehen sich vor allem



auf Maßnahmen zur Stärkung der Binnennachfrage. Bei der Bewertung dieser Maßnahmen sollte der Maßstab sein, ob sie nicht nur zum Abbau des Leistungsbilanzüberschusses beitragen, sondern auch „gute“ Wirtschaftspolitik im Sinne der Steigerung von Wachstum und Wohlstand sind.

Öffentliche Investitionen steigern

Investitionen sind eine Schlüsselgröße für wirtschaftliches Wachstum. Die obigen Analysen haben gezeigt, dass von einer Ausweitung öffentlicher Investitionen moderate Effekte auf die Leistungsbilanz zu erwarten sind. Ein öffentliches Investitionsprogramm kann daher neben wachstumspolitischen Zielen – sozusagen als Nebeneffekt – auch mittelfristig zur Reduktion des LBÜ beitragen. Der langfristige Effekt auf die Leistungsbilanz ist allerdings nicht ganz eindeutig. Auf lange Sicht steigern höhere Investitionen die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen, was wiederum deren Position auf ausländischen Märkten stärkt.

Die Stärkung der Investitionen in Deutschland gehört zu den prioritären Zielen der Bundesregierung. Auf der

Grundlage der Ergebnisse der Expertenkommission „Stärkung von Investitionen in Deutschland“ arbeitet die Bundesregierung an einer umfassenden Investitionsstrategie. Um merkliche Effekte auf die Leistungsbilanz zu erzielen, wäre jedoch eine substantielle Ausweitung der staatlichen Investitionstätigkeit notwendig. Für eine Reduktion des LBÜ um etwa $\frac{3}{4}$ Prozentpunkte des BIP (etwa zehn Prozent des derzeitigen Überschusses) wären dauerhaft höhere Investitionen im Umfang von deutlich mehr als einem Prozent des BIP (rund 30 Milliarden Euro) notwendig. Eine solche Größenordnung durch Umstrukturierung der öffentlichen Ausgaben zu erreichen, wäre eine große Herausforderung. Eine Kreditfinanzierung würde die fiskalischen Grenzen der Schuldenbremse bei Weitem überschreiten. Dennoch gilt es, ein Verständnis dafür zu entwickeln, fiskalische Spielräume¹⁷ vermehrt investiv zu nutzen und Impulse in den „richtigen“ Bereichen zu setzen, in denen die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen am höchsten sind. Vor allem Investitionen in wachstumskritischen Bereichen, wie der digitalen Infrastruktur, der Verkehrsinfrastruktur, der Bildung sowie Forschung und Entwicklung, dürften in hohem Maß das Produktionspotenzial positiv beeinflussen und private Investitionen nach sich ziehen. Die Expertenkommission hat hier wichtige Bereiche identifiziert.¹⁸

17 Die aktuellen Herausforderungen für die öffentlichen Haushalte, die sich aus der Bewältigung des Flüchtlingszustroms ergeben, dürften allerdings solche Spielräume auf absehbare Zeit stark begrenzen.

18 Die Forderung höherer öffentlicher Investitionen gilt selbstverständlich nicht nur für Investitionen im statistischen Sinn, also im Sinne der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes, sondern unter anderem auch für Investitionen in Humankapital über Konsumausgaben des Staates (öffentliches Bildungssystem) sowie die direkte (oder mit Blick auf die Einnahmenseite die steuerliche) FuE-Förderung.

Rahmenbedingungen für private Investitionen verbessern

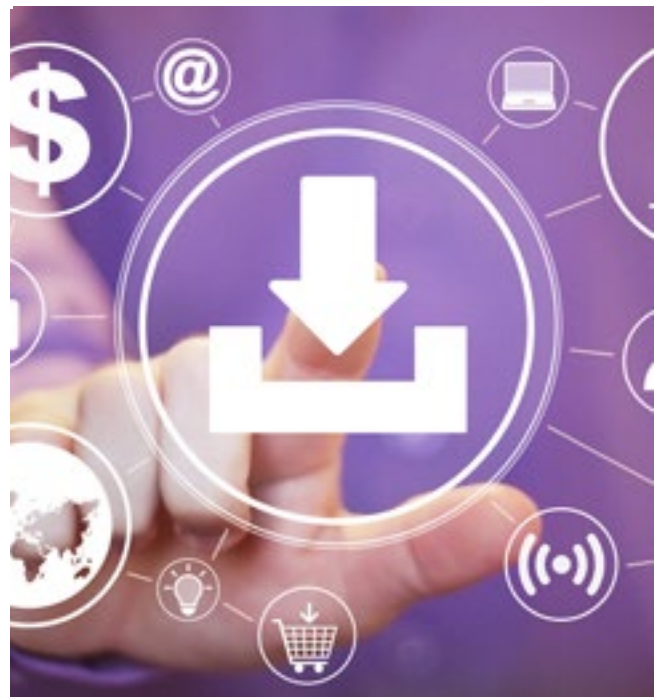
Im internationalen Vergleich haben sich die deutschen realen Bruttoanlageinvestitionen insbesondere im Zeitraum 1995 bis 2004 schwach entwickelt. Seit 2005 stellt sich die Investitionstätigkeit deutscher Unternehmen hingegen besser dar als in den meisten Industrienationen mit ähnlichem Entwicklungsstand. Eine breit angelegte Schwäche der Unternehmensinvestitionen ist derzeit nicht feststellbar. Gleichwohl lassen sich für bestimmte Bereiche oder für einzelne Unternehmenstypen auffällig geringe Investitionen konstatieren. So fallen die Investitionen in immaterielle Wirtschaftsgüter, insbesondere in Software, geringer aus als im europäischen Durchschnitt. Ebenso sind Defizite bei Investitionen in und von jungen Unternehmen feststellbar.

Wirtschaftspolitisch sinnvoll erscheint daher, insbesondere in den Bereichen Forschung und Entwicklung und digitale Infrastruktur, die Rahmenbedingungen für Investitionen zu verbessern.

Die modellbasierten Analysen haben für private Investitionen höhere Effekte auf die Leistungsbilanz ergeben als bei Investitionen im öffentlichen Sektor. Dennoch wären auch hier höhere Investitionen in der Größenordnung von deutlich mehr als einem Prozent des BIP notwendig, um einen nennenswerten Effekt auf die Leistungsbilanz zu erzielen.

Deutsche Unternehmen geben in Umfragen regelmäßig an, dass die Unsicherheit bezüglich wirtschaftspolitischer Rahmenbedingungen ein Hemmnis bzw. Risiko ihrer wirtschaftlichen Aktivität sei. In empirischen Analysen ist dieser Befund dagegen weniger eindeutig. Zwar kann gezeigt werden, dass Unternehmen mit pessimistischer Geschäftserwartung weniger investieren als Unternehmen mit positivem Ausblick, aber die Verknüpfung mit einzelnen wirtschaftspolitischen Handlungsfeldern ist um einiges schwieriger.

Auch aus dem großen Umfang deutscher Direktinvestitionen im Ausland lässt sich kaum Handlungsbedarf ableiten, da diese nach Analysen der Bundesbank Investitionen im Inland nicht verdrängen, sondern vielmehr stimulieren.¹⁹



Lohnpolitik

Die Phase der Lohnmoderation in Deutschland ist seit einigen Jahren vorbei. Mittlerweile steigen die Reallöhne wieder spürbar und Unterschiede in der relativen preislichen Wettbewerbsfähigkeit im Euroraum passen sich langsam an. Mit steigenden Löhnen haben sich die Wachstumskräfte in Deutschland in den vergangenen Jahren verstärkt hin zur Binnenwirtschaft verschoben. Diese Tendenz dürfte sich fortsetzen und sich auch in einem leicht rückläufigen LBÜ widerspiegeln. Dennoch können weitere Impulse zur Stärkung der Binnennachfrage auch von der „Lohnpolitik“ ausgehen, wobei es entscheidend auf die Entwicklung der Einkommen und damit auch der Beschäftigung ankommt. Lohnpolitische Entscheidungen obliegen in Deutschland allerdings den Tarifpartnern (gemäß der in Artikel 9 Abs. 3 des Grundgesetzes verankerten Tarifautonomie). Dies gilt auch für die Anpassung des gesetzlichen Mindestlohns, die im Wesentlichen in den Händen einer Kommission aus Tarifpartnern liegt. Die Möglichkeiten der wirtschaftspolitischen Einflussnahme auf die Tariflohnentwicklung sind daher sehr begrenzt.

19 Bundesbank: Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2013, Monatsbericht März 2014.



Allerdings kann die Entwicklung der Verfügbaren Einkommen²⁰ indirekt durch arbeits-, steuer- und sozialpolitische Maßnahmen beeinflusst werden. Beispielsweise können durch niedrigere Sozialversicherungsbeitragsätze oder eine weniger starke „kalte Progression“ geringe und mittlere Einkommensbezieher entlastet werden. Dadurch würde auch die gesamtwirtschaftliche Konsumquote angehoben, da diese Haushalte in der Regel eine höhere marginale Konsumquote aufweisen. Daneben kann auch eine Aktivierung des Arbeitskräftepotenzials (Beschäftigung von Frauen, älteren Personen und Migranten) Einkommen und Konsum stärken und damit tendenziell zu einem Abbau des LBÜ beitragen. Insgesamt dürfte mit Blick auf die empirische Evidenz der direkte Beitrag dieser Maßnahmen jedoch nur sehr begrenzt sein.

Die Wirkung des 2015 eingeführten Mindestlohns auf die Leistungsbilanz kann derzeit empirisch noch nicht belastbar ermittelt werden. Entscheidend dürfte neben der Entwicklung der Lohnstückkosten (als Determinante der preislichen Wettbewerbsfähigkeit) auch die Auswirkung auf die Lohnsumme sein, die sich aus den Effekten auf das Arbeitsvolumen und den Stundenlohn ergibt. Jedoch dürfte selbst eine deutliche Expansion der Lohnsumme nur begrenzt zur Reduktion des LBÜ beitragen. Wie oben beschrieben, hatte im umgekehrten Fall die Lohnmoderation in der

ersten Dekade des Jahrhunderts ebenfalls nur relativ geringe Effekte auf die Entwicklung der Leistungsbilanz.

Strukturreformen

Die wirtschaftspolitischen Reformmaßnahmen in Deutschland seit Beginn des Jahrhunderts können nur einen sehr geringen Teil des derzeitigen LBÜ erklären. Gleichwohl können bestimmte Strukturreformen zu einer Verringerung des LBÜ in Zukunft beitragen. Arbeitspapiere der OECD argumentieren beispielsweise, dass eine stärkere Wettbewerbsorientierung bestimmter Dienstleistungsbereiche dazu beitragen könnte.

Darüber hinaus kann die wirtschaftspolitische Flankierung des demografischen Wandels eine entscheidende Rolle spielen. Zwar kann die demografische Struktur eines Landes kurzfristig durch Wirtschaftspolitik kaum beeinflusst werden. Gleichwohl können institutionelle Rahmenbedingungen, wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder die Ausgestaltung der Sozialversicherung, durchaus als wirtschaftspolitische Steuerungsgröße verstanden werden. Alternde Gesellschaften sparen für eine Situation, in der wenige Arbeitnehmer viele Ältere versorgen müssen. Insbesondere die Erwartungen einer entsprechenden Entwick-

20 Bruttoeinkommen abzüglich Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zuzüglich Transfereinkommen.

lung können Investitionen hemmen und zu mehr Ersparnissen aus dem Vorsichts- und Vorsorgemotiv führen.

Alle Maßnahmen, welche das Vertrauen in einen langfristig höheren Wachstumspfad und in die Tragfähigkeit der Sozialversicherungen erhöhen, verringern das Vorsorge- und Vorsichtssparen und können LBÜ abbauen. Hierzu gehören nicht zuletzt eine tragfähige Altersvorsorge sowie eine Bildungs- und Arbeitsangebotspolitik, welche die gesamtwirtschaftlichen Belastungen des demografischen Übergangs mildert.

Fazit

Wenn die aktuellen Einflüsse des niedrigen Ölpreises und des schwachen Eurowechselkurses nachlassen, ist mit einem Rückgang des deutschen LBÜ zu rechnen. Dazu wird auch die starke deutsche Binnenkonjunktur beitragen. Diese war bereits in den vergangenen Jahren durch signifikante Reallohnsteigerungen, nicht zuletzt unterstützt durch die Einführung des allgemeinen Mindestlohns, und ein starkes Beschäftigungswachstum gekennzeichnet. Diese Entwicklung wird sich fortsetzen. Dennoch wird Deutschland auf absehbare Zeit spürbare Überschüsse aufweisen, da diese zu einem Großteil durch fundamentale Faktoren bestimmt werden. Zudem dürfte sich der Rückgang des Leistungsbilanzsaldos vor dem Hintergrund der hohen Vermögenseinkommen aus dem angesammelten Auslandsvermögen nur langsam vollziehen.

Ein Großteil der deutschen Überschüsse ist durch Faktoren begründet, die kurzfristig kaum durch wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen in Deutschland beeinflusst werden können. Nichtsdestotrotz kann die Wirtschaftspolitik ihren Beitrag leisten. Mittelfristig können beispielsweise höhere öffentliche Investitionen, bessere Rahmenbedingungen für private Investitionen und wachsende verfügbare Einkommen zu einer Senkung des deutschen LBÜ beitragen. Die Defizite der öffentlichen Infrastruktur wurden erkannt und sollen schrittweise abgebaut werden, wobei besonderes Augenmerk auch auf die kommunale Infrastruktur zu richten ist. Angesichts begrenzter fiskalischer Spielräume unter der Schuldenbremse und aktuell in etwa normal ausgelasteter Produktionskapazitäten sollte der Beitrag privater und öffentlicher Investitionen zum Abbau des LBÜ allerdings nicht überbewertet werden.

Mit Blick auf die Wirtschaftspolitik nimmt der vorliegende Beitrag ausschließlich eine deutsche Perspektive ein. Die Wirtschaftspolitik der europäischen Partner, insbesondere die Umsetzung wichtiger Strukturreformen im Euroraum, hat mindestens einen ebenso starken Einfluss auf die deutsche Leistungsbilanz. Nach Analysen des IWF könnte die Umsetzung wichtiger Strukturreformen in Europa in Verbindung mit expansiven Impulsen für öffentliche und private Investitionen in Deutschland den LBÜ in Deutschland um ein bis zwei Prozentpunkte verringern.

Kontakt: André Eid und Dr. Kai Hielscher
Referat: Wirtschaftspolitische Analyse
und Dr. Sibylle Grabert und Dr. Sören Enkelmann
Referat: Beobachtung, Analyse und Projektionen
der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Startschuss für eine Modernisierungsoffensive im Gebäudebereich: das neue Anreizprogramm Energieeffizienz

Zusätzliche Förderimpulse für besonders effiziente Kombinationslösungen

Am 1. Januar 2016 ist das neue Anreizprogramm Energieeffizienz (APEE) des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) mit den zwei Förderkomponenten „Heizungs- und Lüftungspaket“ gestartet. Das APEE schafft neue Impulse für Investitionen in Energieeffizienzmaßnahmen und in die Nutzung von erneuerbaren Energien in Gebäuden. Für Zuschüsse und Zinsverbilligungen stehen in den Jahren 2016 bis 2018 jährlich 165 Millionen Euro zur Verfügung.



Um die energie- und klimapolitischen Ziele der Bundesregierung zu erreichen, kommt dem Gebäudebereich eine Schlüsselfunktion zu. Auf diesen Sektor entfallen derzeit knapp 40 Prozent des Endenergieverbrauchs und rund ein Drittel der Treibhausgasemissionen in Deutschland. Die Bundesregierung hat sich daher das ambitionierte Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2050 einen nahezu klimaneutralen Gebäudebestand zu erreichen. „Nahezu klimaneutral“ bedeutet dabei, dass der Verbrauch von nicht erneuerbaren Energien wie z. B. Öl oder Gas im Gebäudebereich im Vergleich zum Jahr 2008 um 80 Prozent reduziert wird. Dieses Ziel soll durch einen Maßnahmenmix erreicht werden. Hierzu gehören umfassende Informations- und Beratungsangebote, gezielte Förderprogramme, wie die aus dem CO₂-Gebäudesanierungsprogramm finanzierten KfW-Programme zum energieeffizienten Bauen und Sanieren und

das Marktanreizprogramm (MAP), sowie ordnungsrechtliche Vorgaben, wie beispielsweise die Energieeinsparverordnung (EnEV) oder das Gesetz zur Förderung Erneuerbarer Energien im Wärmebereich (EEWärmeG).

Mit dem Anreizprogramm Energieeffizienz kommt nun ein weiterer Bestandteil zu diesem Maßnahmenmix hinzu, der einen wichtigen Beitrag auf dem Weg zum nahezu klimaneutralen Gebäudebestand bis 2050 leisten wird. Es wurde anstelle einer steuerlichen Förderung von energetischen Gebäudesanierungen aufgelegt. Das APEE besteht aus mehreren Komponenten, von denen nun zwei – das Heizungs- und das Lüftungspaket – zum Jahresanfang gestartet sind. Die beiden Pakete erweitern das bestehende KfW-Programm „Energieeffizient Sanieren“ sowie das Marktanreizprogramm (MAP). Die Förderung kann jeder erhalten, der

in diesen Programmen antragsberechtigt ist. Das sind beispielsweise Privatpersonen, Wohnungseigentümergeinschaften, Unternehmen oder Kommunen. Im Fokus der beiden Pakete steht die Förderung von besonders effizienten Kombinationen, d. h. dass aufeinander abgestimmte Einzelmaßnahmen durch höhere Fördersätze belohnt werden. Die beiden Pakete sollen die Lücke zwischen der Förderung von Einzelmaßnahmen auf der einen und umfassenden Komplettanierungen zu einem „KfW-Effizienzhaus“ auf der anderen Seite schließen.

Das „Heizungspaket“ – zusätzlicher Förderimpuls für eine umfassende Modernisierung des Heizungssystems

Das Heizungspaket ermöglicht höhere Zuschüsse, wenn eine veraltete, ineffiziente Heizungsanlage – in der Regel eine Öl- oder Gasheizung ohne Brennwerttechnik – durch eine neue effiziente Heizung ersetzt oder durch eine Solarthermieanlage modernisiert und gleichzeitig das gesamte Heizungssystem optimiert wird. Bei der Optimierung geht es darum, das Heizungssystem umfassend zu analysieren und zu untersuchen, es im Rahmen eines „hydraulischen Abgleichs“ optimal einzustellen und mögliche Mängel – wie beispielsweise defekte Thermostatköpfe oder in einzelnen Räumen zu klein dimensionierte Heizkörper – zu beheben.

Das Heizungspaket adressiert den Investitionsstau in deutschen Heizungskellern. Der Heizungsbestand in Deutschland wird noch geprägt von Gas- und Ölheizungen, die vielfach sowohl ein hohes Alter aufweisen, als auch auf veralteten, ineffizienten Technologien basieren. Oftmals erfolgt in der Praxis ein Austausch durch modernere, effizientere Heizungen erst dann, wenn der Weiterbetrieb der Altanlage aufgrund eines technischen Defekts nicht mehr möglich ist. Die Austauschrate bei Heizungen liegt derzeit nur bei ca. drei Prozent im Jahr, wodurch das Durchschnittsalter des Heizungsbestandes stetig weiter ansteigt. Dabei führt der Austausch veralteter, ineffizienter Anlagen durch moderne Heizungen, die idealerweise erneuerbare Energien nutzen, in Kombination mit einer Optimierung des gesamten Heizungssystems zu erheblichen Energie- und Kosteneinsparungen. Die Heizungsmodernisierung ist eine der wirtschaftlichsten Sanierungsmaßnahmen und rechnet sich häufig schon innerhalb weniger Jahre. Außerdem führt sie zu einer deutlichen Reduktion von CO₂-Emissionen.



Um das ambitionierte Ziel der Bundesregierung eines nahezu klimaneutralen Gebäudebestands bis zum Jahr 2050 zu erreichen, bedarf es eines zusätzlichen Impulses, der gezielt den Austausch besonders ineffizienter Altanlagen durch moderne, effiziente Wärmeerzeuger sowie Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz des gesamten Heizungssystems anregt. Im Rahmen des APEE wird dieser Impuls jetzt erzeugt, indem eine Zusatzförderung weitere Anreize für den Austausch besonders ineffizienter Altanlagen bei gleichzeitiger Optimierung der Heizsysteme setzt. Voraussetzung für den Erhalt der erhöhten Förderung ist, dass

- ▶ eine alte Heizung auf Basis fossiler Energien (z. B. Öl oder Gas) außer Betrieb genommen wird, die noch nicht auf Brennwerttechnik basiert und für die noch keine Austauschpflicht nach § 10 der Energieeinsparverordnung (EnEV) vorliegt

und

- ▶ die Wärmeverteilung – von den Rohrleitungen bis hin zu den Heizkörpern inklusive hydraulischem Abgleich – optimiert wird.



Die Höhe der Gesamtförderung hängt davon ab, ob die Altanlage gegen eine Heizung ersetzt wird, die weiterhin fossile Energien wie Gas oder Öl nutzt, oder ob sie gegen eine Anlage ausgetauscht wird, die erneuerbare Energien nutzt.

Im erstgenannten Fall, also beim Einbau einer effizienten Gas- oder Ölbrennwertanlage, steht das Heizungspaket als neuer Bestandteil im KfW-Programm „Energieeffizient Sanieren“ zur Verfügung. Es kann zwischen einem zinsgünstigen Kredit mit Tilgungszuschuss oder einem Investitionszuschuss gewählt werden. Bei der Kreditvariante wird ein zinsgünstiger Kredit in Verbindung mit einem Tilgungszuschuss von 12,5 Prozent, maximal 6.250 Euro, gewährt. Bei der Zuschussvariante wird ein Investitionszuschuss in Höhe von 15,0 Prozent der Investitionskosten, maximal 7.500 Euro, gewährt.

Dazu ein Beispiel: Die Investitionskosten für den Austausch einer alten Heizung durch eine moderne effiziente Gas-Brennwertanlage und gleichzeitiges Optimieren des gesamten Heizungssystems belaufen sich auf insgesamt 15.000 Euro. Diese können entweder mit einem KfW-Kredit bis zu 15.000 Euro besonders zinsgünstig finanziert werden. Nach erfolgtem Heizungsaustausch wird zusätzlich ein Tilgungszuschuss von 12,5 Prozent des Kreditbetrages gutgeschrieben, also 1.875 Euro, die nicht zurückgezahlt werden müssen. Alternativ ist ein Investitionszuschuss in Höhe von 2.250 Euro (= 15 Prozent der förderfähigen Kosten von 15.000 Euro) möglich.

Im zweiten Fall, also beim Einbau einer auf erneuerbaren Energien beruhenden Anlage, wie beispielsweise einer Pelletheizung, einer Wärmepumpe oder einer Solarthermieanlage, knüpft das APEE an das bewährte MAP an. Hier ist eine zusätzliche Förderung in Höhe von 20 Prozent des normalen MAP-Förderbetrags möglich. Hinzu kommen pauschal 600 Euro für die gleichzeitige Optimierung des gesamten Heizungssystems. Diese zusätzliche Förderung kann im Rahmen eines MAP-Antrags mit beantragt werden.

Dazu ein Beispiel: Für einen Pelletkessel mit Wärmespeicher liegt der Mindestförderbetrag des MAP bei 3.500 Euro. Im Rahmen des APEE-Heizungspakets würden hierzu eine Zusatzförderung von 20 Prozent, d.h. von weiteren 700 Euro für die Installation der Neuanlage, sowie weitere 600 Euro für die Optimierung der Heizungsanlage gewährt. Insgesamt steigt die Förderung damit auf einen Investitionszuschuss von mindestens 4.800 Euro. Je nach Anlagentyp kann die mögliche Förderung sogar noch höher liegen.

Nähere Informationen zu den Förderkonditionen sind erhältlich auf der Webseite des BMWi unter www.bmwi.de/go/gebaeudeeffizienz oder direkt bei der KfW oder beim BAFA:

- ▶ bei der KfW unter www.kfw.de/152 (Kredit) oder www.kfw.de/430 (Zuschuss) und über das KfW-Infocenter unter der kostenfreien Telefonnummer 0800 / 539 9002
- ▶ beim BAFA unter www.erneuerbare-energien.de oder über die BAFA-Hotline 06196 / 908-1625.

Das „Lüftungspaket“

Ein gut gedämmtes Haus ist nahezu luftdicht. Es ist deshalb nach einer Sanierung der Gebäudehülle besonders wichtig, für eine gute Lüftung zu sorgen, um Bauschäden wie Schimmelbefall zu vermeiden. Dies kann eine moderne Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung übernehmen, die eine ausreichende Belüftung sicherstellt, dabei gleichzeitig das Raumklima verbessert und Wärmeverluste minimiert. Diesen Punkt adressiert das neue APEE mit dem so genannten Lüftungspaket: Wer sich eine kontrollierte Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung einbaut, während er zugleich die Gebäudehülle energetisch saniert, also zum Beispiel die Fassade dämmt oder alte Fenster austauscht, erhält nun für diese Kombination eine höhere Förderung, als wenn er die Maßnahmen einzeln nacheinander durchführen würde. Seit Anfang 2016 ist das „Lüftungspaket“ Teil des KfW-Programms „Energieeffizient Sanieren“. Wie beim Heizungs-paket kann auch hier zwischen einem zinsgünstigen Kredit mit Tilgungszuschuss oder einem Investitionszuschuss gewählt werden. Bei der Kreditvariante wird ein zinsgünstiger Kredit in Verbindung mit einem Tilgungszuschuss von 12,5 Prozent, maximal 6.250 Euro, gewährt. Bei der Zuschussvariante wird ein Investitionszuschuss in Höhe von 15,0 Prozent der Investitionskosten, maximal 7.500 Euro, gewährt.

Dazu ein Beispiel: Die Investitionskosten für die Dämmung der Fassade und den gleichzeitigen Einbau einer modernen Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung belaufen sich auf insgesamt 48.000 Euro. Diese können entweder mit einem KfW-Kredit bis zu 48.000 Euro besonders zinsgünstig finanziert werden. Nach Abschluss der Maßnahme wird zusätzlich der sog. Tilgungszuschuss von 12,5 Prozent des Kreditbetrages gutgeschrieben, also 6.000 Euro, die nicht zurückgezahlt werden müssen. Alternativ ist ein Investitionszuschuss in Höhe von 7.200 Euro (= 15 Prozent der förderfähigen Kosten von 48.000 Euro) möglich.

Nähere Informationen zu den Förderkonditionen sind erhältlich auf der Webseite des BMWi unter www.bmwi.de/go/gebaeudeeffizienz oder direkt bei der KfW unter www.kfw.de/152 (Kredit) oder www.kfw.de/430 (Zuschuss) sowie über das KfW-Infocenter unter der kostenfreien Telefonnummer 0800 / 539 9002.

Mit dem Anfang 2016 gestarteten „Heizungs- und Lüftungspaket“ setzt das APEE zusätzliche Anreize für Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Es leistet damit einen maßgeblichen Beitrag zum Gelingen der Energiewende sowie zur Erreichung der Klimaschutzziele in Deutschland. Nicht zuletzt schaffen und sichern die hiermit ausgelösten Investitionen aber auch Arbeitsplätze und Einkommen in Deutschland.

Kontakt: Dr. Ron Lipka und Dr. Matthias Hildebrand
Referat: Erneuerbare Energien im Wärmemarkt und Förderung Energieeffizienz in Gebäuden

Forschungsprojekt PEGASUS

Wie automatisierte Fahrzeuge schnell und sicher marktreif werden

Mit dem vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) geförderten Verbundprojekt PEGASUS werden bis Mitte 2019 wesentliche Lücken im Bereich des Testens bis hin zur Freigabe hochautomatisierter Fahrfunktionen geschlossen. Forschungsbedarf besteht insbesondere zu zwei Kernfragestellungen des Projekts: „Welche Leistungsanforderungen müssen automatisierte Fahrzeuge erfüllen?“, „Wie wird die Sicherheit der Systeme nachgewiesen?“. Die Einführung des automatisierten Fahrens soll hierbei wissenschaftlich fundiert sowie hinsichtlich der Testmethoden transparent und mit allen Beteiligten abgestimmt schneller im Praxisalltag möglich werden.



In Zukunft fahrerlos

Automatisierte Fahrfunktionen entwickeln sich zum festen Baustein von Straßenfahrzeugen. Die Grundfunktionalität hierzu ist technisch bereits erarbeitet und in verschiedenen Projekten demonstriert worden. Doch wenn der Mensch das Fahrzeug zukünftig nicht mehr steuert, werden für die Zulassung und Freigabe von Produkten allgemeine Kriterien, Maße und Werkzeuge zur Bestimmung der Güte benötigt. Nur dann können automatisierte Fahrzeuge bei Gewährleistung hoher Qualitätsstandards marktfähig gemacht werden. Zentrale Fragen sind in diesem Zusammenhang: Was muss ein automatisiertes Fahrzeug leisten? Wie kann nachgewiesen werden, dass es seine Aufgaben

auch zuverlässig erfüllt? Hiermit beschäftigen sich derzeit 17 Partner aus Wirtschaft und Wissenschaft im Projekt PEGASUS (Projekt zur Etablierung von generell akzeptierten Gütekriterien, Werkzeugen und Methoden sowie Szenarien und Situationen zur Freigabe hochautomatisierter Fahrfunktionen).

Ziel ist dabei, ein in der Breite akzeptiertes, etabliertes und einheitliches Vorgehen zum Testen sowie zur Freigabe hochautomatisierter Fahrfunktionen (HAF) zu entwickeln. Das Projekt hat ein Gesamtvolumen von 34,5 Millionen Euro und wird vom BMWi mit 16,3 Millionen Euro in dem Fachprogramm „Neue Fahrzeug- und Systemtechnologien“ gefördert.

PEGASUS-Projektpartner:

Adam Opel AG, Audi AG, Automotive Distance Control Systems GmbH, BMW Group, Robert Bosch GmbH, Continental Teves AG & Co. oHG, Daimler AG, Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR), Forschungsgesellschaft Kraftfahrwesen mbH Aachen (fka), iMAR Gesellschaft für inertielle Mess-, Automatisierungs- und Regelsysteme mbH, IPG Automotive GmbH, QTronic GmbH, TraceTronic GmbH, Technische Universität Darmstadt – FZD, TÜV SÜD Auto Service GmbH, VIRES Simulationstechnologie GmbH, Volkswagen AG

PEGASUS-Projektorganisation:

Volkswagen AG, Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR)

PEGASUS schließt die Lücken

Beim hochautomatisierten Fahren kann auf den menschlichen Fahrer auf absehbare Zeit nicht vollständig verzichtet werden: Er hat zwar die Möglichkeit, temporär Verantwortung abzugeben und sich während der Autofahrt anderen Tätigkeiten zuzuwenden, doch er muss in der Lage sein, das Steuer wieder zu übernehmen. Steht eine Situation bevor, bei der die Automation an ihre Grenzen stößt (z. B. dichter Nebel, eine enge Baustelle, Schneefall), muss das Fahrzeug die Fahraufgabe rechtzeitig und komfortabel an den Fahrer zurück delegieren oder insbesondere Notfallsituationen selbstständig entschärfen. Doch wie sind diese Situationen genau definiert?

Hier setzt PEGASUS an: Bisher übliche Verfahren sind für die Zulassung hochautomatisierter Fahrzeuge ungeeignet bzw. zeit- und kostenintensiv und vor allem hersteller-spezifisch. PEGASUS definiert neue Kriterien, Maße und Güteniveaus zur Freigabe hochautomatisierter Fahrfunktionen. Kurz: PEGASUS schließt die bestehenden Lücken in den Bereichen Testen und Freigabe hochautomatisierter Fahrzeuge, sodass die Resultate verschiedener Forschungs- und Entwicklungsprojekte sowie bereits existierende Fahrzeugprototypen effizient in marktfähige Produkte überführt werden können.

Anwendungsszenario Autobahn-Chauffeur

Anhand des Autobahn-Chauffeurs, eines Fahrassistenz-Systems, das das hochautomatische Fahren auf der Autobahn auch bei höheren Geschwindigkeiten erlaubt, entwi-

ckeln die Projektpartner bis zum Jahr 2019 die hierfür notwendigen Definitionen für neue Standards zur Absicherung fahrerloser Fahrzeuge. Der bereits vielfach demonstrierte Autobahn-Chauffeur übernimmt auf Autobahnen oder autobahnähnlichen Straßen die Fahrzeugführung in einem Geschwindigkeitsbereich bis 130 km/h und kann selbstständig Spurwechsel vornehmen. Währenddessen kann sich der Fahrer anderen Aufgaben widmen. Der Fahrer gewinnt mehr Komfort und der Straßenverkehr wird zudem sicherer. Zum Projektende von PEGASUS sollen die aus der Erprobung mit dem Autobahn-Chauffeur gewonnenen Erkenntnisse mit einer komplexeren Funktion, z. B. einer Funktion im urbanen Umfeld, auf ihre Sicherheit geprüft werden.

PEGASUS liefert die Standards für die Automation der Zukunft

Als Ergebnis von PEGASUS erwarten die Projektpartner, dass das Testen hochautomatisierter Fahrzeuge bzw. einzelner Fahrzeugkomponenten simulations- und labor- bzw. prüfstandbasiert im engen Zusammenspiel mit Erprobungen auf Prüfgeländen und im Feld durchgeführt werden kann. Insbesondere die simulations- bzw. labor-/prüfstandbasierten Tests stehen im Mittelpunkt der Forschungsarbeiten, um umfassende Tests zukünftig bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt in Entwicklungsprozesse zu integrieren und den Aufwand auf Testgeländen und im Feld möglichst gering zu halten. Neben Testkatalogen, Methoden und IT-Werkzeugketten, d. h. einer systematischen Sammlung von IT-Programmen zur Erzeugung eines Systems von Programmen, zur Absicherung und Freigabe, stehen hierbei auch die Leistungsfähigkeiten von Mensch und Technik im Mittelpunkt des Projekts. Die Projektergebnisse dienen als Referenz, um für weitere Anwendungsfälle Testeinrichtungen zu konzipieren und zu bewerten, die beispielsweise bei Herstellern, Zulieferern und Prüfstellen umgesetzt werden. Die erarbeiteten Ergebnisse werden im Anschluss an das Projekt direkt nutzbar sein und die Entwicklung von Serienprodukten im Bereich des hochautomatisierten Fahrens unterstützen.

Kontakt: Andreas Liessem
Referat: Digitalisierung, Industrie 4.0
und Jens Plättner, PEGASUS Projektbüro
DLR Institut für Verkehrssystemtechnik,
jens.plaettner@dlr.de, Lilienthalplatz 7,
38108 Braunschweig

II. Wirtschaftliche Lage

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Weltwirtschaft: Heterogenes Bild.

Die Weltwirtschaft entwickelt sich gegenwärtig mit mäßiger Dynamik. Im laufenden Jahr ist nur eine geringe Beschleunigung zu erwarten. Damit setzt sich die schleppende Entwicklung des vergangenen Jahres fort. Die globale Wirtschaft war nach der letzten Einschätzung des IWF vom Januar im Jahr 2015 um 3,1% gewachsen, nach einem Anstieg um 3,4% im Jahr 2014. Die Wachstumsverlangsamung ergab sich vor allem aus der verhaltenen Expansion der Schwellenländer. In den Industrieländern blieb das Wirtschaftswachstum relativ robust.

Die Wachstumsperspektiven der Vereinigten Staaten werden für das laufende Jahr grundsätzlich positiv eingeschätzt. Auch in der japanischen Wirtschaft und im Euroraum dürfte sich die konjunkturelle Erholung moderat fortsetzen. In China dagegen verlangsamt sich das Wachstum weiter. Dies beeinträchtigt die chinesischen Handelspartner vor allem in Asien. Rohstoffexportierende Länder wie Russland oder Brasilien werden durch die niedrigen Öl- und Rohstoffpreise belastet.

Im November 2015 ist die weltweite Industrieproduktion etwas gefallen. Dabei kamen die Rückgänge aus den Schwellen- und Industrieländern. Das vom ifo Institut

ermittelte Weltwirtschaftsklima schwächte sich im vierten Quartal vergangenen Jahres weiter ab. Der weltweite Composite Einkaufsmanagerindex von Markit ging im Januar ebenfalls geringfügig zurück. Die jüngst gestiegene Volatilität und Abschwächung der Kapitalmärkte ist Ausdruck der vorhandenen konjunkturellen Risiken.

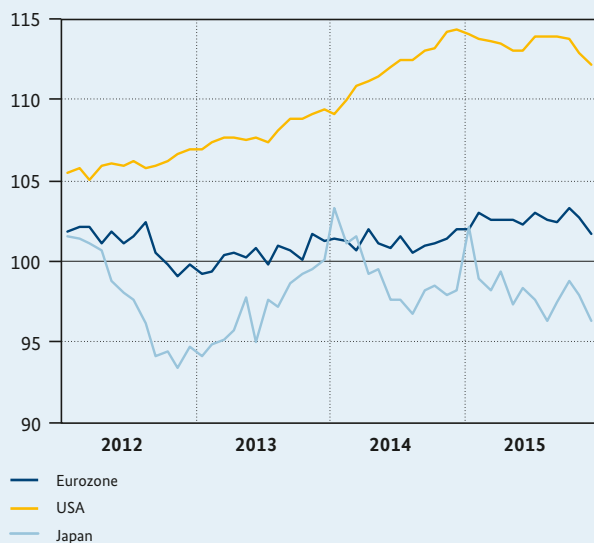
Insgesamt dürfte sich das globale Wirtschaftswachstum im weiteren Verlauf dieses Jahres nur wenig beschleunigen. Der IWF hat seine Prognose für das Wachstum der Weltwirtschaft für das Jahr 2016 im aktuellen Outlook vom Januar um 0,2 Prozentpunkte auf 3,4% nach unten korrigiert. Für das Jahr 2017 rechnet er mit einem nur unwesentlich höheren Wachstum der Weltwirtschaft von 3,6%.

USA: Mit verlangsamtem Wachstum.

Im vierten Quartal 2015 schwächte sich die Wachstumsdynamik der gesamtwirtschaftlichen Erzeugung in den Vereinigten Staaten auf 0,2% gegenüber dem Vorquartal ab. Im Gesamtjahr 2015 ergab sich ein Wachstum von 2,4% nach ebenfalls 2,4% im Jahr 2014. Die Verlangsamung im vierten Quartal ist insbesondere auf eine weniger dynamische Entwicklung der Investitionen zurückzuführen. Insbesondere die Investitionen der Ölförderer sind deutlich zurückgegangen. Wachstumsstütze bleibt die Nachfrage der privaten Haushalte.

Insgesamt erscheint die konjunkturelle Dynamik etwas gedämpft. Die Industrieproduktion ging im Dezember weiter zurück. Der Ausstoß im Bereich Bergbau leidet unter den niedrigen Ölpreisen. Der nationale Einkaufsmanagerindex des Institute for Supply Management (ISM) für das Verarbeitende Gewerbe ist im Januar leicht gestiegen. Der konsolidierte Markit Einkaufsmanagerindex für Industrie und Dienstleistungen nahm im Januar dagegen etwas ab. Vor allem die Geschäftsaussichten der Rohstoffproduzenten und ihrer Zulieferer haben sich verschlechtert. Der anhaltend starke Dollar dürfte zudem die Exportwirtschaft belasten. Die Beschäftigung nahm im Januar dennoch, wenn auch verlangsamt, zu. Die Arbeitslosigkeit sank im Januar auf den tiefsten Stand seit dem Jahr 2008. Trotz der gemischten Indikatorenlage schätzt die amerikanische Zentralbank den Aufschwung weiterhin als robust ein und hat im Dezember die Leitzinsen leicht erhöht. Der IWF reduzierte seine Prognose für das Jahr 2016 leicht abwärts auf nunmehr 2,6%. Im kommenden Jahr soll das Wachstum, nach Einschätzung des IWF, ebenso hoch ausfallen.

Industrieproduktion International
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: Eurostat, Fed, Japanese MITI, eigene Berechnung

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Bruttoinlandsprodukt

Veränderung gegen Vorzeitraum (preis- und saisonbereinigt)

	2014 Q4	2015 Q1	2015 Q2	2015 Q3	2015 Q4
Euroraum	0,4	0,5	0,4	0,3	0,3
USA	0,5	0,2	1,0	0,5	0,2
Japan	0,6	1,0	-0,3	0,3	-0,4

Arbeitslosenquote

Abgrenzung nach ILO (saisonbereinigt)

	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Euroraum	10,6	10,6	10,5	10,4	-
USA	5,1	5,0	5,0	5,0	4,9
Japan	3,4	3,1	3,3	3,3	-

Verbraucherpreise

Veränderung gegen Vorjahreszeitraum (Ursprungswerte)

	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Euroraum	-0,1	0,1	0,1	0,2	0,4
USA	0,0	0,2	0,5	0,7	-
Japan	0,0	0,3	0,3	0,2	-

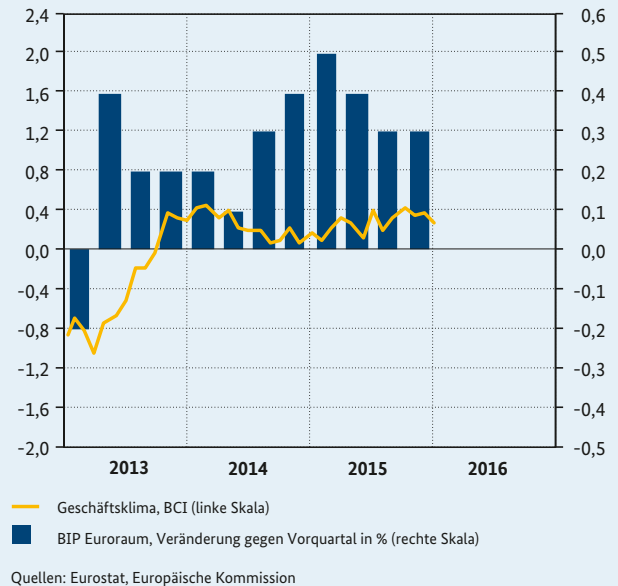
Quellen: Eurostat, OECD, Macrobond

Japan: Geringe Wachstumsdynamik

Die japanische Wirtschaft entwickelt sich weiter ohne Schwung. Das BIP ging im vierten Quartal um 0,4% zurück, nach einem Anstieg um 0,3% im dritten Quartal. Sowohl die privaten Konsumausgaben als auch die Investitionen waren rückläufig.

Die aktuellen Indikatoren zeichnen ein zurückhaltendes Bild. Die Industrieproduktion nahm zuletzt im Dezember etwas ab, bewegt sich seit einem Jahr jedoch sehr volatil seitwärts. Der Markt-Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe befindet sich oberhalb der Expansionschwelle, hat sich im Januar aber leicht abgeschwächt. Die Beschäftigung nahm im Dezember weiter gegenüber dem Vorjahresmonat zu. Auch der Tankan-Index des vierten Quartals weist auf einen anhaltenden Beschäftigungsaufbau hin. Die Lohneinkommen sind im Dezember stabil geblieben. Die Verbraucherpreise weisen nach wie vor wenig Dynamik auf. Angesichts dessen sowie der nur moderaten wirtschaftlichen Dynamik hat die japanische Zentralbank negative Einlagezinsen für Geschäftsbanken beschlossen. Der Ausblick für die japanische Wirtschaft hat sich angesichts der geschwächten Exportnachfrage aus dem asiatischen Raum und insbesondere aus China eingetrübt. In seiner aktuellen Prognose vom Januar geht der IWF von einem Wirtschaftswachstum von 1,0% für das Jahr 2016 und nur noch 0,3% im Jahr 2017 aus.

Euroraum: BIP und Geschäftsklima (saisonbereinigt)



Euroraum: Fortschreitende Erholung.

Im Euroraum setzt sich die moderate Erholung fort. Die wirtschaftliche Aktivität ist im vierten Quartal 2015 preis- und saisonbereinigt um 0,3% gestiegen, nach einem Anstieg um ebenfalls 0,3% im dritten Quartal. Frankreich, Italien und die Niederlande setzten ihr moderates Wachstum fort. Allein die spanische Wirtschaft expandierte weiter kräftig. Außerhalb des Euroraums setzten das Vereinigte Königreich und vor allem Polen und die anderen osteuropäischen Staaten ihre dynamische wirtschaftliche Expansion fort.

Die Industrieproduktion im Eurogebiet ging im Dezember weiter spürbar zurück (-1,0%). Der Economic Business Climate Indicator hat sich im Januar ebenso wie der Einkaufsmanagerindex etwas abgeschwächt. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote ging im Dezember weiter zurück und liegt bei 10,4%. Die Konjunktur im Euroraum dürfte das Wachstumstempo in etwa halten, was durch die expansive Geldpolitik, den niedrigen Ölpreis und den schwachen Wechselkurs unterstützt wird. Die EU-Kommission erwartet für das Jahr 2016 ein Wachstum im Euroraum in Höhe von 1,7%. Für das Jahr 2017 geht sie von einer Beschleunigung auf 1,9% aus.

Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

1. Gesamtwirtschaft

Die deutsche Wirtschaft wächst solide.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich auf moderatem Wachstumskurs. Die wirtschaftliche Leistung wurde im Schlussquartal des Jahres 2015 preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,3 % ausgeweitet.¹ Der im Januar gemeldete solide Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um real 1,7 % im Jahr 2015 wurde damit bestätigt. In der deutschen Wirtschaft überwiegen nach wie vor die Auftriebskräfte, obwohl aus dem außenwirtschaftlichen Umfeld seit einigen Monaten gemischte Signale kommen. Die Industrieproduktion war im vierten Quartal 2015 rückläufig.² Die Auftrageingänge verbesserten sich dagegen im Schlussquartal. Die Stimmungslage in den deutschen Unternehmen trübte sich im Januar den zweiten Monat in Folge etwas ein, befindet sich aber nach wie vor auf einem hohen Niveau. Die Bauproduktion hat sich zuletzt belebt. Die Konjunktur in den stärker binnenwirtschaftlich ausgerichteten Dienstleistungsbereichen ist stabil aufwärtsgerichtet. Durch die günstige Entwicklung am Arbeitsmarkt und solide Einkommenszuwächse nimmt die Kaufkraft der privaten Haushalte weiter

zu. Die hohe Zuwanderung von Flüchtlingen löst, wenngleich in überschaubarer Größenordnung, ebenfalls Nachfrageimpulse aus.

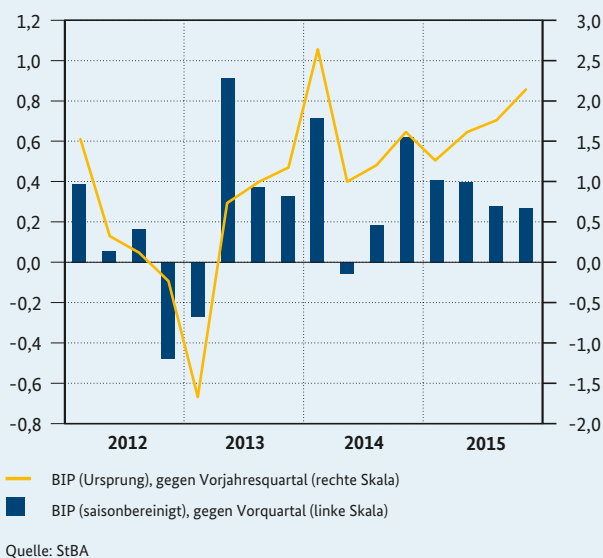
2. Produzierendes Gewerbe

Schwaches Jahresschlussquartal für die Industrie.

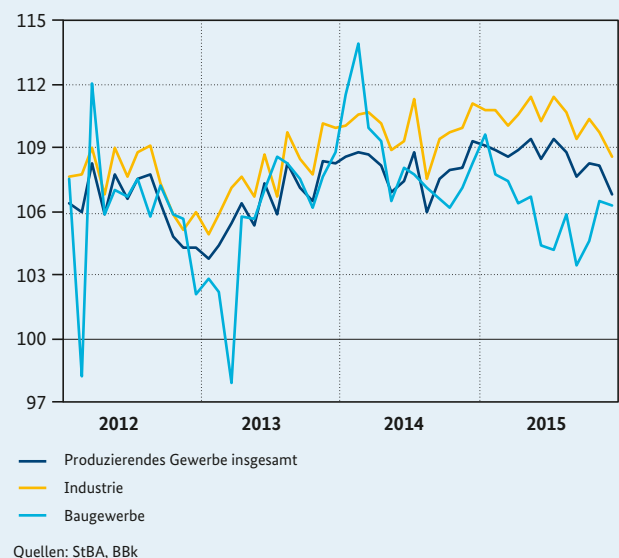
Geschäftslage im Baugewerbe weiterhin sehr gut.

Das Produzierende Gewerbe konnte seine Durststrecke zum Jahresende noch nicht überwinden. Die Produktion im Produzierenden Gewerbe sank im Dezember um 1,2 % gegenüber dem Vormonat. Damit ergibt sich für das Jahresschlussquartal ein Minus von 0,8 % gegenüber der Vorperiode. Sowohl in der Industrie als auch bei der Energieerzeugung mussten Rückgänge verzeichnet werden. Dagegen konnte das Baugewerbe ein positives Quartalsergebnis verbuchen. Das Geschäftsklima des ifo Konjunkturtests hat sich zwar zuletzt leicht eingetrübt, liegt jedoch weiterhin deutlich über seinem langjährigen Durchschnitt und lässt auf eine allmähliche Erholung der Industriekonjunktur hoffen.

Bruttoinlandsprodukt
(Veränderungen in %, preisbereinigt)



Produktion im Produzierenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



1 Schnellmeldung des Statistischen Bundesamts zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts im vierten Quartal 2015 vom 12. Februar 2016.
2 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 15. Februar 2016 vorlagen.

Im Dezember setzt sich die Schwächephase der Industrie weiter fort. Die Produktion sank erneut spürbar um 1,1% gegenüber dem Vormonat. Auch im Quartalsvergleich wurde ein Rückgang der Erzeugung verzeichnet (-0,9%), der vornehmlich auf die Hauptgruppe der Investitionsgüterproduzenten zurückzuführen war. Sowohl im Maschinenbau (-1,2%) als auch in der Kfz-Branche (-2,9%) war die Produktion rückläufig. Zudem schwächte sich die Konsumgüterproduktion etwas ab. Lediglich die Vorleistungsgüterproduzenten konnten ein leichtes Produktionsplus im Jahresschlussquartal verbuchen.

Industrie

Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

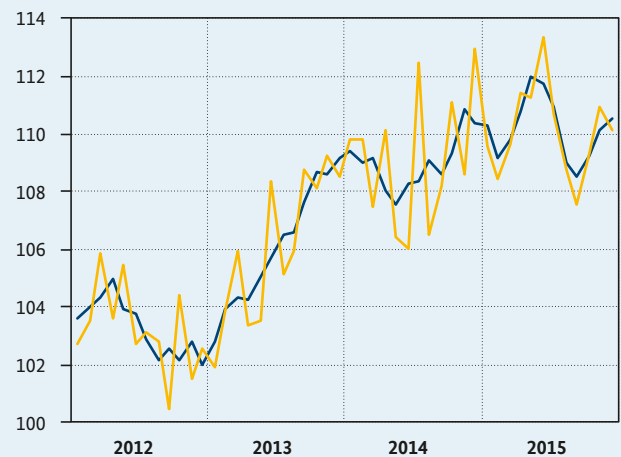
	Q3	Q4	Okt.	Nov.	Dez.
Produktion					
Insgesamt	-0,2	-0,9	0,8	-0,5	-1,1
Vorleistungsgüter	-0,5	0,2	-0,9	1,0	0,8
Investitionsgüter	0,1	-1,6	2,6	-2,8	-2,6
Konsumgüter	-0,5	-1,5	0,0	2,0	-1,4
Umsätze					
Insgesamt	-0,6	-0,2	1,9	-2,2	1,6
Inland	-0,6	0,5	2,6	-2,2	1,3
Ausland	-0,6	-0,9	1,4	-2,1	1,8
Auftragseingänge					
Insgesamt	-2,7	1,0	1,7	1,5	-0,7
Inland	0,3	1,1	1,4	2,5	-2,5
Ausland	-4,8	1,0	1,8	0,8	0,6
Vorleistungsgüter	-1,1	2,3	-0,1	4,7	-2,0
Investitionsgüter	-3,6	-0,3	2,4	-0,1	-0,5
Konsumgüter	-3,3	4,7	5,0	-1,8	4,3

Quellen: StBA, BBk

Die Umsätze zogen im Dezember wieder an, nach dem schwachen Novemberergebnis ergab sich für das vierte Quartal jedoch ein knappes Umsatzminus in der Industrie. Dieses ergibt sich aufgrund leicht rückläufiger Umsätze in den Hauptgruppen der Vorleistungs- und Investitionsgüter. Insbesondere die Umsätze der Investitionsgüterproduzenten mit dem Ausland waren zuletzt schwach.

Die Auftragseingänge fielen im Dezember etwas schwächer aus als im Vormonat. Dies lag jedoch insbesondere an der geringen Zahl an Großaufträgen, ohne die ein leichtes Auftragsplus erreicht worden wäre. Im Quartalsvergleich haben die Bestellungen gegenüber dem schwachen dritten Quartal

Auftragseingang in der Industrie
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)

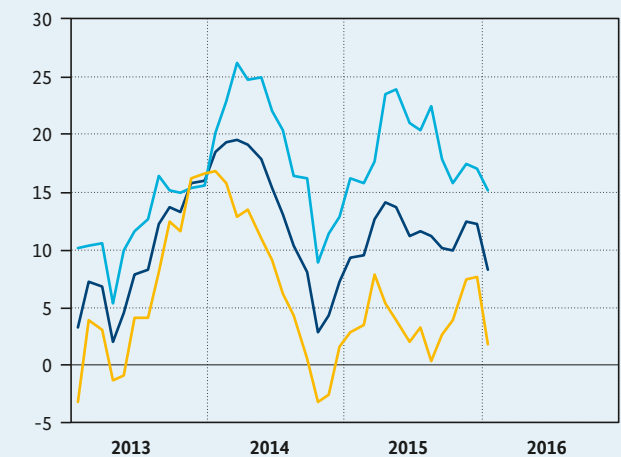


— Monate
— gleitender 3-Monatsdurchschnitt

Quellen: StBA, BBk

zugenommen. Insbesondere bei den Konsumgüterherstellern gingen im Jahresschlussquartal deutlich mehr Aufträge ein und auch die Vorleistungsgüterhersteller konnten spürbar mehr Bestellungen verbuchen. Lediglich die Auftrags-eingänge bei den Investitionsgüterherstellern gingen im vierten Quartal etwas zurück. Die Nachfrage kam in den letzten Monaten gleichermaßen aus dem In- und Ausland. Allerdings waren die Bestellungen aus dem Euroraum zuletzt

ifo Geschäftsklima für das Verarbeitende Gewerbe
(saisonbereinigt, Salden)



— Geschäftsklima
— Geschäftserwartungen
— Geschäftslage

Quelle: ifo Institut

rückläufig, wohingegen die Bestelltätigkeit aus dem Nicht-Euroraum nunmehr bereits seit vier Monaten in Folge expandiert. Die vorhandenen Industrieaufträge reichen wie in den Vormonaten für knapp fünf Monate. Der Zuwachs beim Auftragsbestand gegenüber dem Vorjahr hat sich bei den Investitionsgüterproduzenten in den letzten Monaten kontinuierlich etwas verringert. Insgesamt deuten die aktuellen Daten aber auf eine allmähliche Erholung der Industriekonjunktur in den nächsten Monaten hin.

Die Stimmung im Verarbeitenden Gewerbe trübte sich zuletzt spürbar ein und fiel auf den niedrigsten Stand seit einem Jahr. Mit 8,3 Saldenpunkten ist sie jedoch weiterhin deutlich besser als ihr langjähriger Durchschnitt von 2,7 Saldenpunkten. Das schwache Januarergebnis ist vor allem auf deutlich weniger optimistische Erwartungen für die kommenden Monate zurückzuführen. Die Beurteilung der aktuellen Lage fiel aber ebenfalls etwas zurückhaltender aus.

Baugewerbe

Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

Produktion

	Q3	Q4	Okt.	Nov.	Dez.
Insgesamt	-1,2	1,2	1,2	1,7	-0,2
Bauhauptgewerbe	-0,9	4,3	2,2	2,0	0,1
Ausbaugewerbe	-1,5	-2,2	-0,1	1,3	-0,4

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe

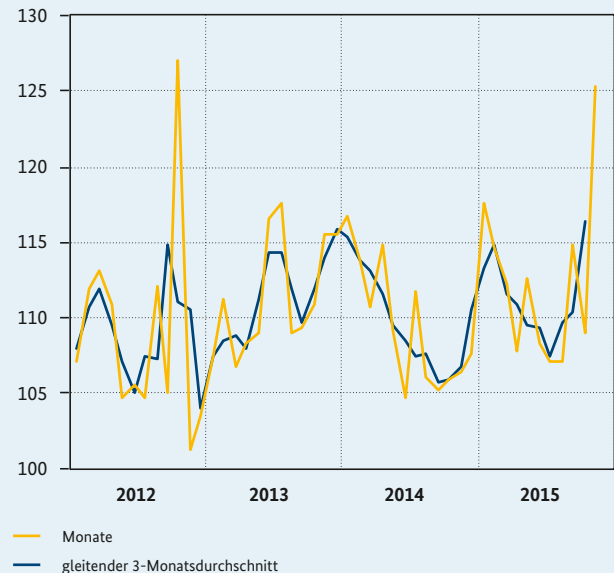
	Q2	Q3	Sept.	Okt.	Nov.
Insgesamt	-4,6	0,2	7,2	-5,1	15,0
Hochbau	-2,8	3,0	12,5	-11,2	21,4
Wohnungsbau*	-4,9	11,5	23,0	-17,9	9,7
Gewerblicher*	0,4	-3,2	8,9	-11,8	39,1
Öffentlicher*	-7,4	-0,7	-7,4	19,8	-0,2
Tiefbau	-6,7	-3,1	1,3	2,8	7,8
Straßenbau*	-6,1	1,2	-3,9	-7,6	0,5
Gewerblicher*	-5,5	-4,3	-0,8	15,7	17,3
Öffentlicher*	-9,1	-7,1	13,0	0,5	3,3
Öffentlicher Bau insg.	-7,4	-2,0	0,6	-0,1	1,4

Quellen: StBA, BBk

* Angaben in jeweiligen Preisen

Die Bauproduktion stagnierte im Dezember, das positive Quartalsergebnis spiegelt jedoch den Aufwärtstrend der letzten Monate wider. Dieser basiert auf einer deutlichen Ausweitung der Erzeugung im Bauhauptgewerbe im letzten Vierteljahr, wobei insbesondere im Hochbau Produktionszuwächse verzeichnet wurden.

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe (Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk

Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe stiegen im Dezember außergewöhnlich stark an. Dies geht vor allem auf einen Nachfrageanstieg bei den gewerblichen Auftraggebern zurück. Insbesondere im Hochbau wurden erhebliche Zuwächse verzeichnet, aber auch der Tiefbau konnte ein deutliches Plus an Aufträgen verbuchen.

Die Stimmung in den Bauunternehmen trübte sich nach dem Rekordwert im November zum zweiten Mal ein, der Index liegt aber weiterhin deutlich über seinem langjährigen Durchschnitt. Ausschlaggebend waren erneut die zurückgenommenen Erwartungen der Unternehmen, wohingegen die Lageeinschätzung auf den höchsten Stand seit zwei Jahren kletterte. Günstige Finanzierungsbedingungen durch das niedrige Zinsumfeld, positive Einkommenserwartungen und die gute Situation am Arbeitsmarkt sprechen weiterhin für eine günstige Entwicklung insbesondere des Wohnungsbau. Der im Zuge der Flüchtlingsmigration deutlich angestiegene Wohnraumbedarf dürfte hier ebenfalls eine Rolle spielen. Insgesamt wird daher mit einer Fortsetzung der Belebung im Bausektor gerechnet.

3. Privater Konsum

Der Einzelhandel hat sich zum Jahresende lebhaft entwickelt.

Die Stimmung im Einzelhandel und unter den Verbrauchern ist weiterhin gut.

Der private Konsum hat sich im vergangenen Jahr dynamisch entwickelt. Im vierten Quartal 2015 haben die privaten Konsumausgaben erneut zum Wirtschaftswachstum beigetragen und dürften auch weiterhin wichtige Triebfeder der Konjunktur bleiben. Insbesondere die guten Arbeitsmarkt- und Einkommensperspektiven sowie eine äußerst moderate Preisentwicklung beflügeln die Kauflaune, auch wenn sich die Geschäftserwartungen der Unternehmen zuletzt zwar gut, aber etwas weniger optimistisch darstellten.

Die Umsätze im Einzelhandel (ohne Kfz-Handel) haben sich im vergangenen November (+0,5%) und Dezember (+0,6%) lebhaft entwickelt. Da es sich bei diesen Zahlen um saisonbereinigte Werte handelt, also typische jahreszeitliche Verlaufsmuster bereits berücksichtigt sind, sprechen diese Zahlen für ein überdurchschnittlich gutes Weihnachtsgeschäft. Darauf deuten beispielsweise auch die Dezember-Umsätze im Bereich Unterhaltungselektronik (+1,1%), Bekleidung (+4,5%) oder Kosmetik (+1,1%) hin. Im gesamten vierten Quartal fielen die Erlöse um 0,3% höher aus als im Vorquartal.

Die Umsätze im Kfz-Handel haben sich zuletzt beschleunigt. Im November sind sie um 1,4% gestiegen und damit noch einmal kräftiger als in den beiden Vormonaten. Nachdem die Umsatzentwicklung im dritten Quartal mit +0,1% recht verhalten ausfiel, deutet sich für das Schlussquartal nun ein sattes Umsatzplus an. Auch die Kfz-Neuzulassungen privater Halter sind im vierten Quartal deutlich gestiegen (+3,5%) und konnten auch im Januar um 1,8% zulegen.

Die Stimmung unter den Einzelhändlern hat sich seit vergangenem Herbst etwas abgekühlt. Nachdem das ifo Geschäftsklima im September den zweithöchsten Wert seit über 20 Jahren angezeigt hatte, haben vor allem die Erwartungen etwas nachgegeben. Insgesamt werden allerdings sowohl die aktuelle Lage als auch die Geschäftsaussichten von den Unternehmen überdurchschnittlich gut eingeschätzt. Auch die Kauflaune der Verbraucher bewegt sich

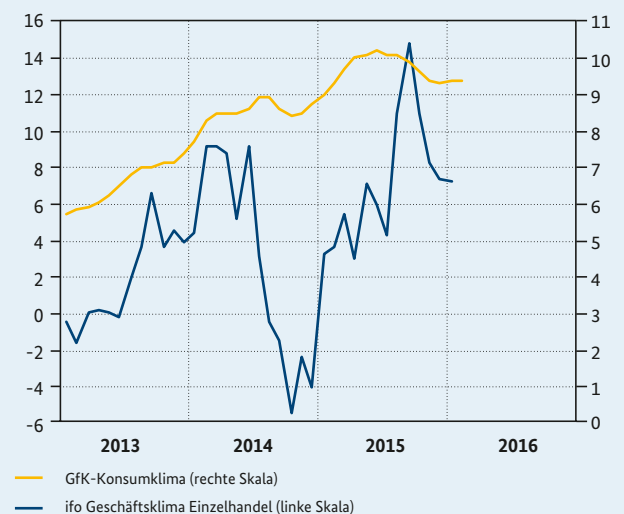
Einzelhandelsumsatz (ohne Handel mit Kfz)
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk

im historischen Vergleich weiterhin auf sehr hohem Niveau. Die Anschaffungsneigung ist zuletzt gestiegen und die Konjunkturaussichten werden wieder besser bewertet. Die privaten Konsumausgaben dürften daher auch nach dem Jahreswechsel solide weiter zunehmen.

Klimaindikatoren für den privaten Konsum
(Salden)



Quellen: ifo Institut, GfK

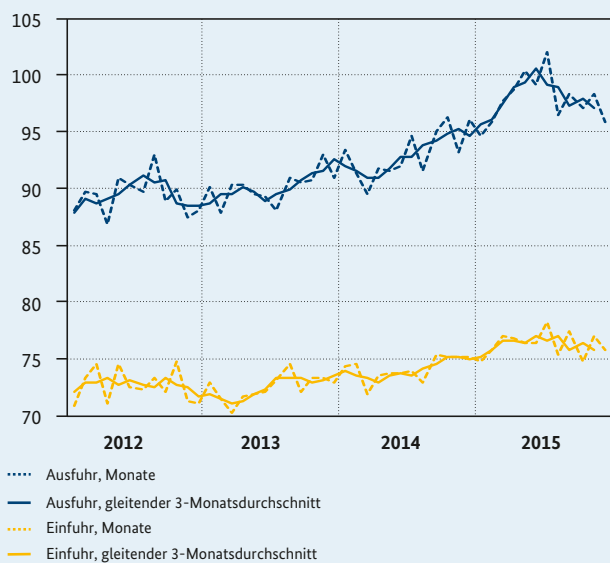
4. Außenwirtschaft

Die Exporte haben sich im Dezember verringert.

Die Exportaussichten bleiben zurückhaltend.

Angesichts der schwachen Dynamik der Weltwirtschaft und des Welthandels nahm auch die Aufwärtsdynamik des deutschen Außenhandels im zweiten Halbjahr des vergangenen Jahres ab.³ Im Dezember 2015 wurden in Deutschland Waren und Dienstleistungen im Wert von 116,2 Mrd. Euro ausgeführt, 5,7% mehr als im entsprechenden Vorjahresmonat. Gegenüber dem Vormonat sind die Ausfuhren aber insgesamt saisonbereinigt um 1,4% gesunken. Auch fielen die Ausfuhren mit -1,2% im Jahresschlussquartal insgesamt niedriger aus. Die Ausfuhrpreise sind im vierten Quartal um 0,7% gesunken. Im bisherigen Jahresverlauf bis einschließlich November entwickelten sich die Ausfuhren an Waren in Länder außerhalb der Eurozone im Jahr 2015 etwas dynamischer (+7,4%) als die Ausfuhren in die Eurozone (+5,5%). Deutlich rückläufig waren die Exporte nach Russland (-26,5%). Die Ausfuhren nach China schwächten sich um 4,3% ab.

Warenhandel
(in Mrd. Euro, kalender- und saisonbereinigt)



Die Einfuhren an Waren und Dienstleistungen blieben in jeweiligen Preisen im Dezember saisonbereinigt nahezu unverändert (-0,1%). Auch im Jahresschlussquartal insgesamt entwickelten sich die Einfuhren mit -0,5% leicht rückläufig. Die Einfuhrpreise gingen im vierten Quartal weiter um 1,8% zurück.

In jeweiligen Preisen ergab sich im Dezember beim Handel mit Waren und Dienstleistungen ein Überschuss von saisonbereinigt 16,4 Mrd. Euro und für die Leistungsbilanz von 17,8 Mrd. Euro. Für das Jahr 2015 kumuliert sich der Leistungsbilanzüberschuss in Ursprungszahlen auf 249,1 Mrd. Euro. Der deutliche Anstieg gegenüber dem Vorjahr von 37 Mrd. Euro ist nicht zuletzt auf die geringere Ölrechnung zurückzuführen.

Außenhandel*

	Q3	Q4	Okt.	Nov.	Dez.
Warenhandel und Dienstleistungen (Zahlungsbilanzstatistik)					
Veränderung gegen Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
Ausfuhr	0,1	-1,2	-1,5	1,8	-1,4
Einfuhr	1,2	-0,5	-3,5	3,4	-0,1
Außenhandel mit Waren nach Ländern (Außenhandelsstatistik)					
Veränderung gegen Vorjahr in % (Ursprungswerte)					
Ausfuhr	5,7	4,7	3,2	7,8	3,2
Eurozone	6,1	6,7	5,5	9,0	5,5
EU Nicht-Eurozone	8,1	5,7	7,5	10,9	-1,8
Drittländer	4,1	2,6	-0,9	5,1	3,9
Einfuhr	5,2	4,0	3,0	5,5	3,5
Eurozone	5,9	4,5	2,6	5,7	5,2
EU Nicht-Eurozone	7,8	5,6	5,1	8,3	3,2
Drittländer	2,8	2,4	2,3	3,5	1,5

Quellen: StBA, BBk

* Angaben in jeweiligen Preisen

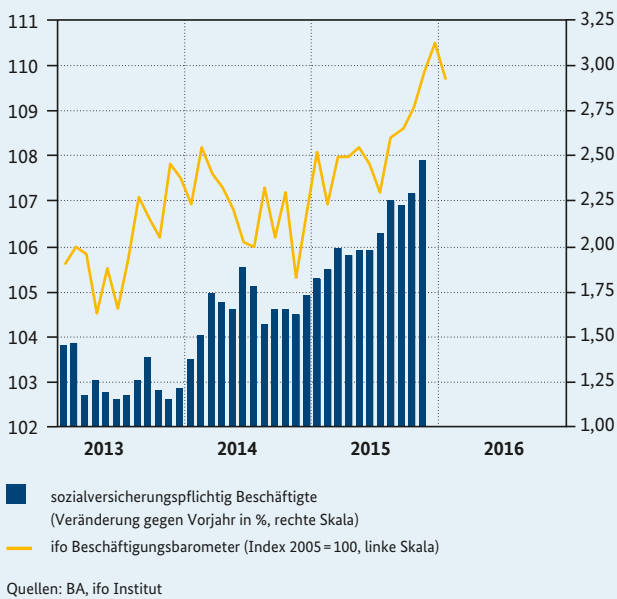
Die nationalen Indikatoren zur Außenwirtschaft deuten auf eine verhaltene Exportentwicklung hin. Die Bestellungen aus dem Ausland haben sich im vierten Quartal zwar wieder etwas erholt. Auch die Auslandsumsätze haben sich im Dezember erhöht. Die Exporteure des Verarbeitenden Gewerbes haben ihre Erwartungen im Januar dagegen etwas zurückgenommen. Insgesamt dürften die deutschen Exporte nach dem Jahreswechsel zunächst nur in gemäßigttem Tempo ausgeweitet werden.

5. Arbeitsmarkt

Die günstigen Entwicklungen am Arbeitsmarkt setzen sich fort.

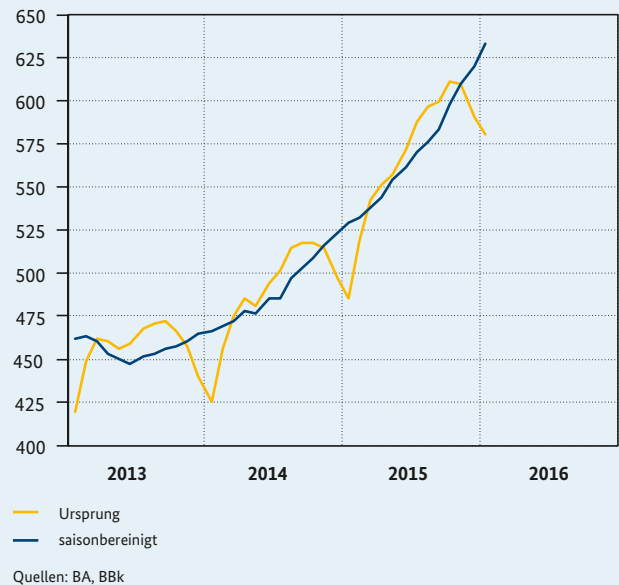
Der Arbeitsmarkt entwickelt sich unterstützt durch die konjunkturelle Entwicklung weiter positiv. Die Erwerbstätigkeit stieg bis Jahresende 2015 weiter kräftig an. Noch deutlicher erhöhte sich die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Die Arbeitslosigkeit blieb im Januar saisonbereinigt auf dem Rückzug. Die Nachfrage nach Arbeitskräften nahm bis zuletzt weiterhin zu. Die kräftige Flüchtlingsmigration ist in ihren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt noch begrenzt.

ifo Beschäftigungsbarometer und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte



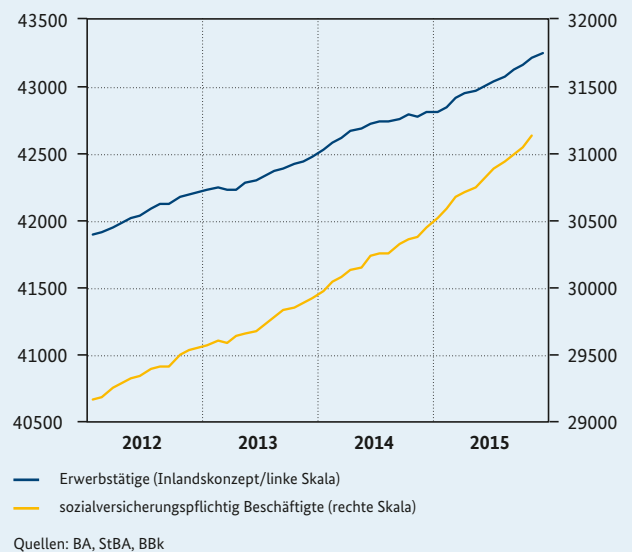
Die Frühindikatoren deuten zu Jahresbeginn auf eine Fortsetzung der guten Entwicklungen am Arbeitsmarkt hin. Das ifo Beschäftigungsbarometer setzte zwar 2016 den mehrmonatigen Anstieg nicht fort, blieb aber auf einem überdurchschnittlichen Stand. Auch nach einem leichten Rückgang verblieb das Arbeitsmarktbarometer des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) knapp über dem neutralen Wert; größere Rückgänge der saisonbereinigten Arbeitslosigkeit in den kommenden drei Monaten dürften somit nicht erwartet werden. Der BA-X Stellenindex, in dem alle der BA bekannten Informationen zum Stellenangebot gebündelt werden, stieg auf ein neues Höchstniveau.

Gemeldete Arbeitsstellen
(in 1000)



Bei der Erwerbstätigkeit setzte sich der positive Trend kräftig fort. Saisonbereinigt nahm die Zahl der Erwerbstätigen im Inland im Dezember um 44.000 Personen zu. Wie in den Vormonaten ist die Zahl der Erwerbstätigen von 43,3 Mio. auf Jahressicht um rund 1% gestiegen.

Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung
(in 1000, saisonbereinigt)



Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahm im November saisonbereinigt um 76.000 Personen noch viel stärker zu als die Erwerbstätigkeit in diesem Monat. Gegenüber dem Stand vor einem Jahr lag sie um 757.000 Personen höher (Ursprungszahl).

Nahezu alle Branchen verzeichneten binnen Jahresfrist Zuwächse an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Den absolut stärksten Anstieg hatte im Oktober der Bereich Pflege und Soziales (+102.000 Personen), der Handel (+84.000 Personen) und die sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (+81.000).

Die sonstigen Formen der Erwerbstätigkeit wie die Selbständigen, die ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigten und die in Arbeitsgelegenheiten Beschäftigten haben gegenüber dem Vorjahr an Bedeutung verloren.

Arbeitsmarkt

Arbeitslose (SGB III)

	Q3	Q4	Nov.	Dez.	Jan.
in Mio. (Ursprungszahlen)	2,759	2,655	2,633	2,681	2,920
gg. Vorjahr in 1.000	-102	-83	-84	-82	-111
gg. Vorperiode in 1.000*	-1	-25	-15	-16	-20
Arbeitslosenquote	6,3	6,0	6,0	6,1	6,7

Erwerbstätige (Inland)

	Q3	Q4	Okt.	Nov.	Dez.
in Mio.	43,2	43,4	43,5	43,5	43,3
gg. Vorjahr in 1.000	335	413	376	423	439
gg. Vorperiode in 1.000*	108	123	33	46	44

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

	Q2	Q3	Sept.	Okt.	Nov.
in Mio.	30,7	31,0	31,3	31,4	31,4
gg. Vorjahr in 1.000	330	316	682	703	757
gg. Vorperiode in 1.000*	166	177	58	56	76

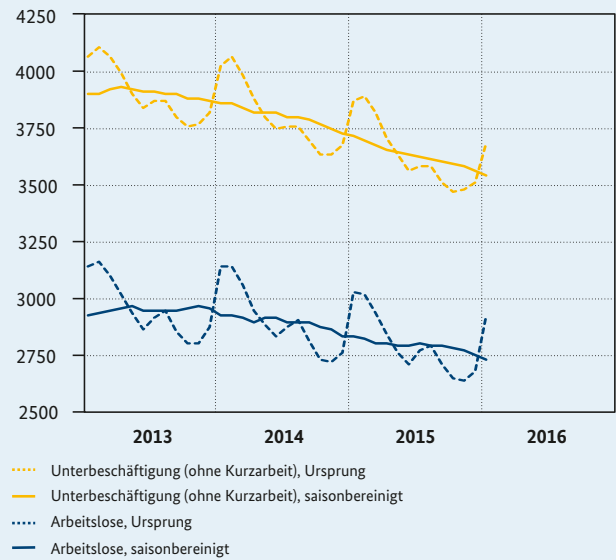
Quellen: BA, StBA, BBk

* kalender- und saisonbereinigte Angaben

Die registrierte Arbeitslosigkeit verringerte sich im Januar saisonbereinigt weiter um 20.000 Personen. Den Ursprungszahlen zufolge stieg die Arbeitslosigkeit deutlich weniger als jahreszeitlich üblich um 239.000 auf 2,92 Mio. Personen. Der Vorjahresstand wurde deutlicher als in den vorangegangenen Monaten unterschritten.

Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung

(in 1000)

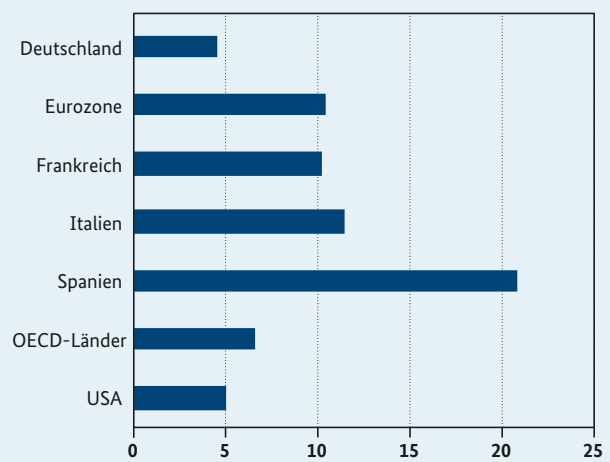


Quellen: BA, IAB, BBk

Die nach dem Konzept der ILO berechnete saisonbereinigte Erwerbslosenquote betrug im Dezember weiterhin 4,5%. Im internationalen Vergleich hat Deutschland bereits längere Zeit eine der niedrigsten Erwerbslosenquoten der Industrieländer.

Internationale Erwerbslosenquoten

(ILO-Konzept, saisonbereinigt, in %, Stand: Dezember 2015)



Quelle: Eurostat

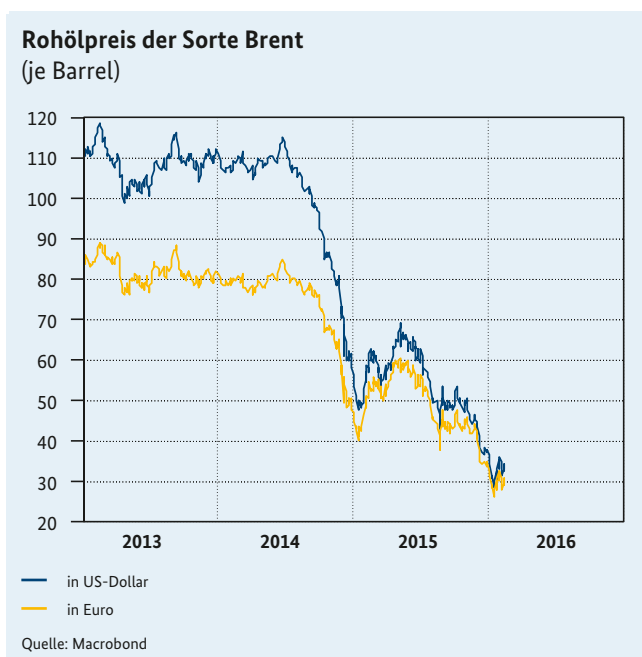
Die Unterbeschäftigung, die auch Personen in entlastenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und in kurzfristiger Arbeitsunfähigkeit umfasst, stieg im Januar saisonal bedingt auf 3,68 Mio. Personen (Ursprungszahl, ohne Kurzarbeit). Im Vergleich zum Vorjahr ging die Unterbeschäftigung noch stärker als die Arbeitslosigkeit zurück. Gegenüber dem Vormonat nahm sie saisonbereinigt um 25.000 Personen ab; die tendenziell günstige Entwicklung hält somit an.

6. Preise

Rohölpreis fällt im Januar auf ein Zwölf-Jahres-Tief.

Saisontypischer Preisrückgang bei den Verbraucherpreisen zum Jahresbeginn.

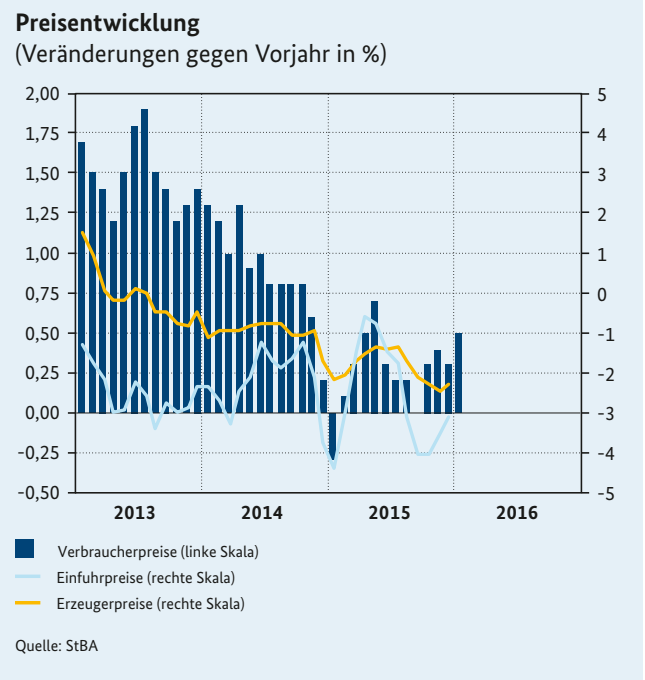
Die allgemeine Preisentwicklung verlief im vergangenen Jahr vor dem Hintergrund der Ölpreisentwicklung und der schwächeren Weltkonjunktur sehr gemäßigt. Mit +0,3% fiel der Anstieg der Verbraucherpreise merklich geringer aus als im Jahr 2014 (+0,9%). Dabei profitierten die Konsumenten insbesondere von den rückläufigen Energiepreisen. Im weiteren Verlauf des Jahres 2016 dürfte sich die Preisentwicklung wieder etwas beschleunigen. Sie wird jedoch maßvoll bleiben. Die Bundesregierung rechnet in ihrer aktuellen Projektion von Ende Januar mit einem durchschnittlichen Verbraucherpreisanstieg von 0,9% im Jahr 2016.



Der Rohölpreis der Sorte Brent lag Mitte Februar bei ca. 30 US-Dollar/Barrel und stand damit nur knapp über dem Zwölf-Jahres-Tief, das in der zweiten Januardekade erreicht worden war. Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Ölpreis nahezu halbiert. Ursächlich für die anhaltende Abwärtsbewegung ist das weltweite Überangebot.

Die Einfuhrpreise verringerten sich im Jahresdurchschnitt 2015 mit -2,6% noch etwas stärker als im Vorjahr. Vor allem die sinkenden Energiepreise, die sich im Vergleich zu 2014 trotz der deutlichen Euro-Abwertung um ca. 27% verbilligten, führten zu dieser Entwicklung. In der Monatsbetrachtung sanken die Preise für Importprodukte von November auf Dezember um 1,2%. Es war der achte Rückgang in Folge, der in erster Linie auf den Rohölpreisverfall zurückging. Lässt man die Energieprodukte außer Betracht, reduzierten sich die Importpreise nur um 0,4%. Im Vorjahresvergleich fielen die Einfuhrpreise um -3,1%.

Die Ausführpreise verteuerten sich im Gesamtjahr 2015 um durchschnittlich 0,9%, wobei insbesondere die Exporteure von Investitionsgütern ihre Preise erhöhen konnten. Im Jahr 2014 waren die Preise noch leicht zurückgegangen (-0,3%). Im Monatsvergleich verringerten sich die Preise für Exportgüter im Dezember um 0,4%. Binnen Jahresfrist stiegen sie um 0,2%. Die Preisrelation im Außenhandel (Terms of Trade) verbesserte sich im Dezember mit +3,3% gegenüber dem Vorjahreswert weniger stark als zuvor.



Auch auf der Produzentenebene verlief die Preisentwicklung im Jahr 2015 deutlich ruhiger als im Jahr zuvor. Der Index der Erzeugerpreise sank im Jahresdurchschnitt 2015 um 1,8%. Damit fielen die Produzentenpreise so stark wie seit der weltweiten Rezession 2009 nicht mehr. Im Verlauf von November auf Dezember verbilligten sich die Preise ebenfalls (-0,5%). Während die Preise der Investitionsgüter- und Gebrauchsgüterproduzenten unverändert blieben, wurden Energieprodukte sowie Verbrauchs- und Vorleistungsgüter erneut preisgünstiger. Auf Jahressicht sanken die Preise für Industrieprodukte um 2,3%.

Verbraucherpreisindex

Veränderungen in %	gg. Vormonat		gg. Vorjahresmonat	
	Dez.	Jan.	Dez.	Jan.
Insgesamt	-0,1	-0,8	0,3	0,5
Insgesamt ohne Energie und Nahrungsmittel (Kerninflation)	0,4	-0,7	1,1	1,3
Nahrungsmittel	-0,4	0,0	1,4	0,9
Pauschalreisen	13,7	-19,2	0,3	0,7
Energie	-2,9	-2,5	-6,5	-5,8
Kraftstoffe	-4,4	-4,0	-7,5	-5,7
Dienstleistungen	0,7	-0,8	1,2	1,2
Insgesamt (saisonbereinigt)	-0,3	-0,2	-	-

Quellen: StBA, BBk

Die Verbraucherpreise sind zum Jahresbeginn 2016 relativ stark um 0,8% gegenüber dem Vormonat zurückgegangen. Neben den saisonüblichen Preisnachlässen nach der Weihnachtszeit, wie z.B. im Rahmen von Schlussverkäufen sowie bei Pauschalreisen, verbilligten sich dem Rohölpreistrend folgend auch die Energiepreise weiter. Die Inflationsrate, also der Anstieg der Verbraucherpreise auf Jahresfrist, erhöhte sich im Januar auf 0,5%. Die Kerninflationsrate, ohne die volatilen Energie- und Nahrungsmittelpreise, lag bei 1,3%. Seit einem Jahr bewegt sie sich weitgehend seitwärts.

7. Monetäre Entwicklung

Die Volatilität an den Finanzmärkten hat zugenommen.

Der Euro hat wieder etwas aufgewertet.

Die Europäische Zentralbank (EZB) setzt ihre expansive Geldpolitik fort. Seit September 2014 liegt der Hauptrefinanzierungssatz bei 0,05%. Die Einlagenfazilität liegt nun

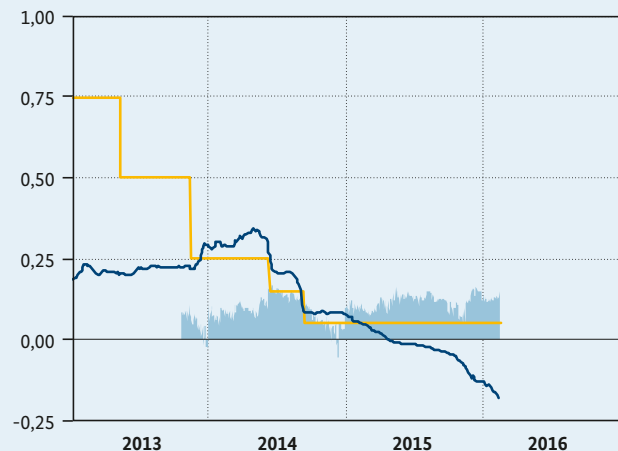
nach einer Absenkung bei -0,30%. Zudem führt die EZB geldpolitische Sondermaßnahmen im Rahmen des erweiterten Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (EAPP) durch, um den Markt zusätzlich mit Liquidität zu versorgen. Das Ankaufprogramm soll bis März 2017 fortgesetzt werden. Ihre Bilanz hat die EZB durch die Ankaufprogramme seit Dezember 2014 von 2,03 auf 2,81 Bio. Euro ausgeweitet.

EZB Bilanzsumme
(in Bio. Euro)



Quellen: EZB, Macrobond

Geldmarktsätze in der Eurozone
(in %)

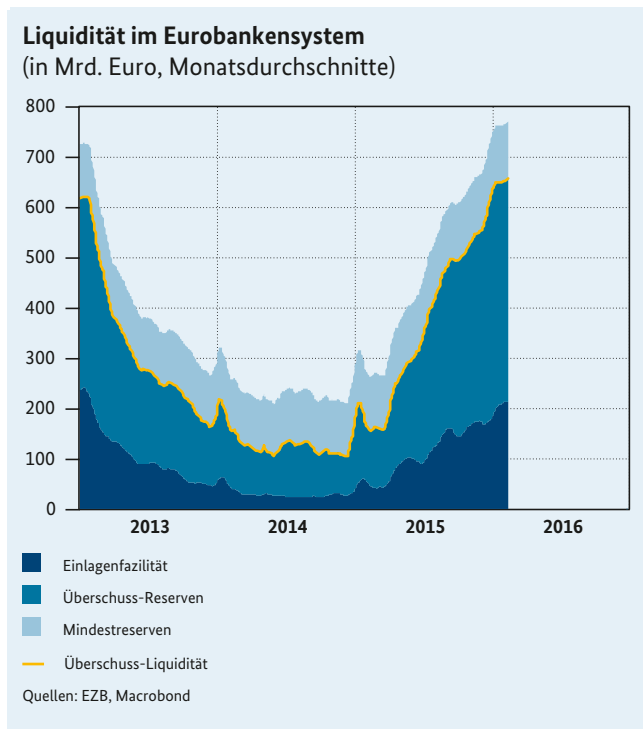


— EURIBOR, 3 Monate
— EZB Hauptrefinanzierungssatz
■ Risikoprämie, Differenz aus 3-Monats-EURIBOR und 3-Monats-STOXX GC Pooling

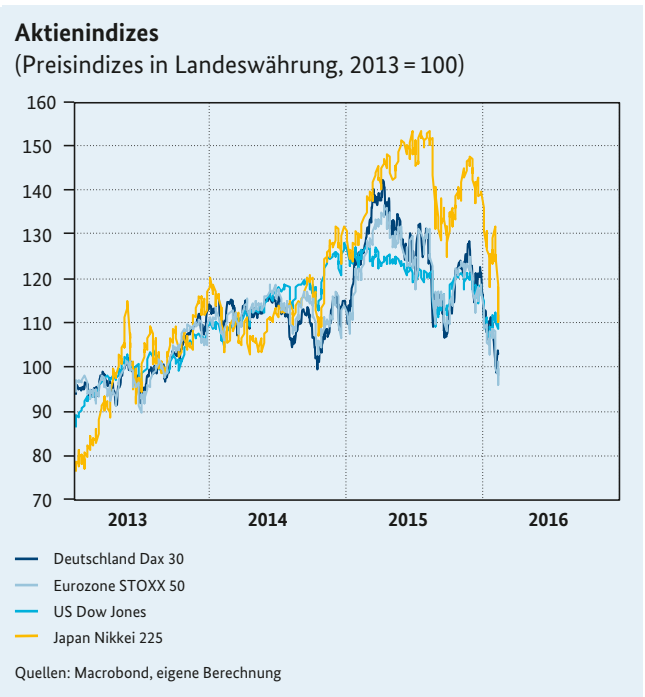
Quelle: Macrobond

Angesichts der weiter positiven Arbeitsmarktdaten und zur Vorsorge zur Gewährleistung der Preisstabilität hat die amerikanische Notenbank den Leitzins mit Entscheidung vom 16. Dezember um ein Viertel Prozent auf 0,25 bis 0,50% angehoben. Dies war die erste Zinsanhebung seit dem Jahr 2006. Außerdem wurden weitere, allerdings nur sehr vorsichtige Zinsschritte in Aussicht gestellt. Hinsichtlich der zuletzt eingetrübten konjunkturellen Frühindikatoren werden von den Finanzmärkten in diesem Jahr nur sehr geringe weitere Zinsanhebungen durch die FED erwartet.

Die Absenkung des Zinssatzes für die Einlagenfazilität zeigt sich auch am Interbankenmarkt. Der besicherte Interbankenzins liegt nun unter -0,3%. Der unbesicherte Interbankenzins liegt etwas höher bei -0,18%. Im Zuge des Ankaufprogramms der EZB steigt die tagesdurchschnittliche Überschussliquidität weiter an und lag im Dezember bei 651 Mrd. Euro.

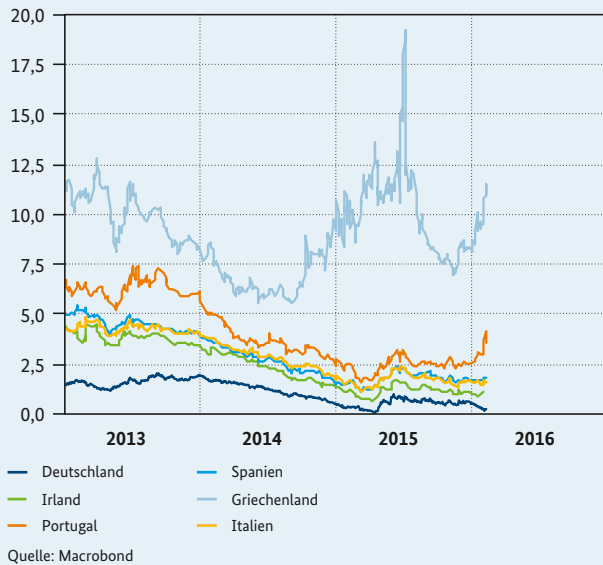


Nachdem der Euro sich seit Dezember eher seitwärts bewegte, hat er in diesem Monat gegenüber dem US-Dollar um 3,5% aufgewertet.⁴ Vor dem Hintergrund der Verschlechterung der konjunkturellen Frühindikatoren in den Vereinigten Staaten werden von den Finanzmärkten geringere Zinserhöhungen durch die amerikanische Zentralbank erwartet. Dies lässt den US-Dollar gegenüber anderen Währungen abwerten. Der reale effektive Wechselkurs der deutschen Wirtschaft gegenüber 56 Handelspartnern hat sich im Januar um 0,9% gegenüber dem Vormonat erhöht.



Die internationalen Aktienmärkte sind seit Beginn des Jahres deutlich rückläufig. Hintergrund ist die Verunsicherung über die konjunkturelle Entwicklung der Weltwirtschaft sowie die Auswirkungen des niedrigen Ölpreises auf einzelne Förderländer. Daher fand eine Umschichtung in sicherere Anlagen statt. So sanken die Zinsen für zehnjährige Bundesanleihen in Deutschland auf 0,26%. Andere Staaten aus dem Euroraum mussten zum Teil höhere Zinsen für die Aufnahme von Staatsschulden am Markt leisten als vor einem Monat. Die Rendite zehnjähriger Anleihen betrug für portugiesische Anleihen 3,7%, für spanische 1,8% und für italienische 1,7%. Die gestiegene Präferenz nach sicheren Anlagen kann man auch bei Unternehmensanleihen beobachten.

Renditen zehnjähriger Staatsanleihen (Tageswerte in %)

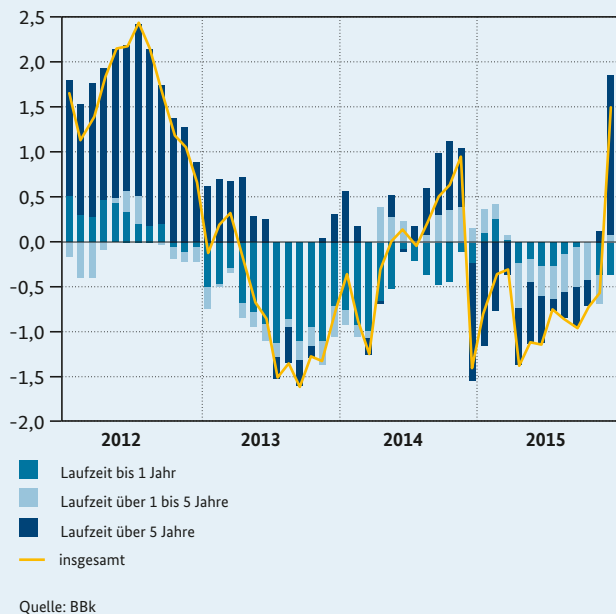


Der Umfang der in Deutschland an nicht-finanzielle Kapitalgesellschaften vergebenen Buchkredite stieg im Dezember auf 1,5 % über das Niveau des Vorjahres. Dieser Anstieg ist auffällig, da im Vorjahr durchgängig Rückgänge der Kredite zu verzeichnen waren. Vor allem langfristige Kredite haben sich auf Jahresfrist am stärksten erhöht. Es bleibt abzuwarten, ob die Kreditnachfrage der Unternehmen nachhaltig wieder anzieht. Die Kreditvergabe an private Haushalte legte im Dezember um 2,6 % gegenüber dem Vorjahr zu und ist schon seit längerem ansteigend. Die wichtigste Triebfeder blieb die Vergabe von Wohnungsbaukrediten (+3,5 %), die durch das sehr niedrige Zinsniveau begünstigt wird.

Die Kreditvergabe im Euroraum konnte sich leicht erholen. Im Dezember war das Kreditvolumen für nicht-finanzielle Kapitalgesellschaften 0,25 % höher als im Vorjahr. Das Kreditvolumen für private Haushalte stieg um 1,4 %. Im aktuellen Bank Lending Survey der EZB gehen die befragten Banken von einer weiter steigenden Nachfrage nach Unternehmenskrediten aus.

Der Zinsabstand für Unternehmenskredite innerhalb des Euroraums verringerte sich weiter. Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Portugal, Spanien, Italien und Griechenland haben im Mittel 1,3 Prozentpunkte höhere Kreditzinsen als deutsche Unternehmen. Anfang 2013 lag dieser Abstand noch bei 2,5 Prozentpunkten. Kleine und mittlere Unternehmen erhalten auch leichter Zugang zu Krediten. In einer Befragung der EZB teilten nur 11 % der befragten Firmen mit, dass sie Schwierigkeiten beim Kreditzugang hätten.

Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Deutschland (Veränderungen gegen Vorjahr in %, Beiträge in Prozentpunkten)



Seit April 2014 steigt die Geldmenge M3 des Euroraums im Dreimonatsdurchschnitt an. Die Jahresrate liegt nun im Dezember bei 4,7 %. Der Anstieg geht vorrangig auf eine Ausweitung der enger gefassten Geldmenge M1 zurück, die auf Jahresfrist Stand Dezember angesichts des EAPP der EZB um 10,7 % gestiegen ist. Die monetäre Dynamik blieb aber niedriger als zu Vorkrisenzeiten. Zwischen 2000 und 2007 hatte das durchschnittliche Jahreswachstum der Geldmenge M3 über 7 % betragen.

III.

Übersichten und Grafiken

1. Gesamtwirtschaft

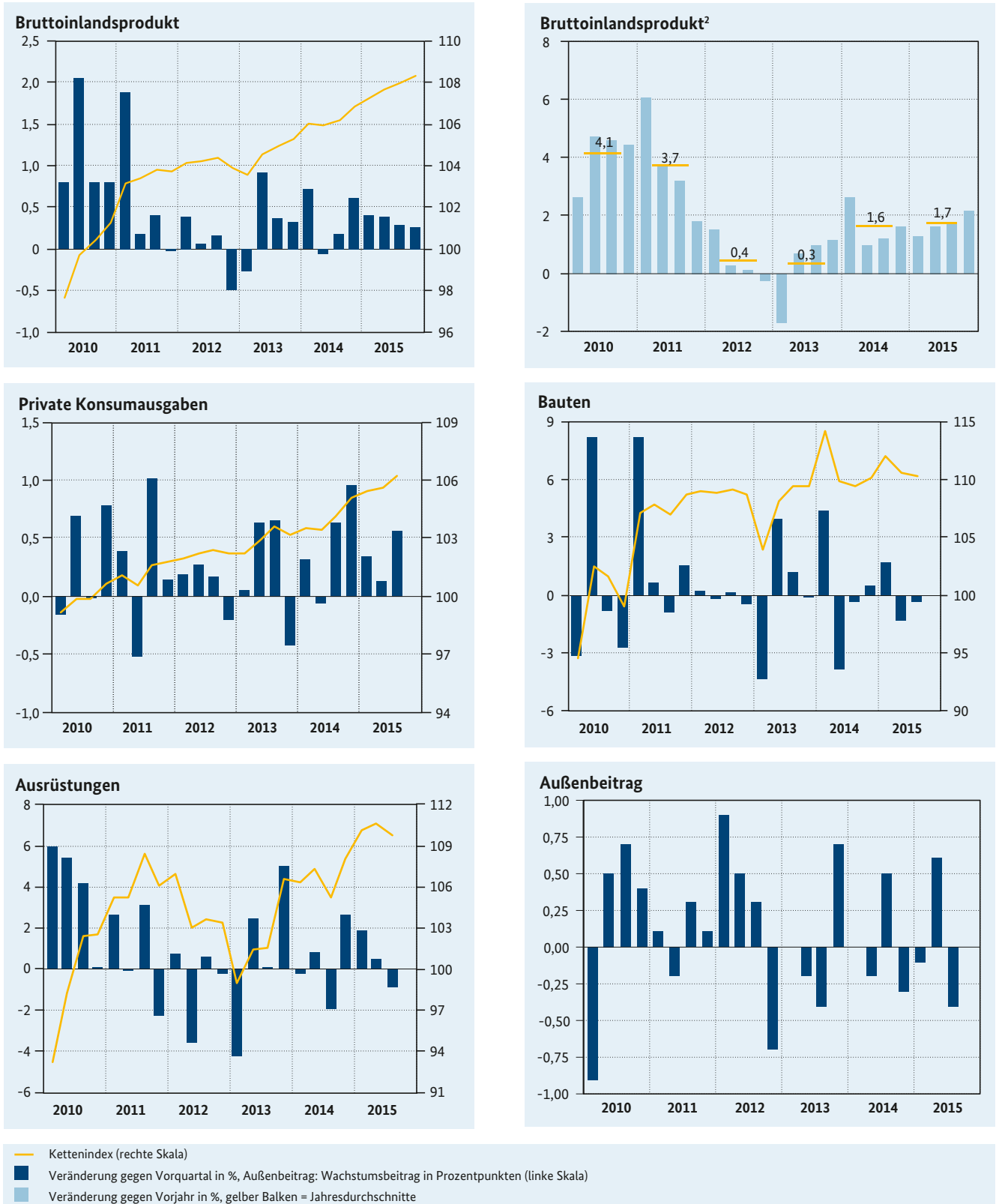
1.1 Bruttoinlandsprodukt und Verwendung¹

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ²											
	2013			2014				2015				
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten												
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,7	- 0,1	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	
Inländische Verwendung	+ 1,2	+ 0,9	- 0,4	+ 0,8	+ 0,1	- 0,4	+ 1,0	+ 0,5	- 0,2	+ 0,7	-	
Private Konsumausgaben ³	+ 0,6	+ 0,7	- 0,4	+ 0,3	- 0,1	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,6	-	
Konsumausgaben des Staates	- 0,2	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,7	+ 1,3	-	
Bruttoanlageinvestitionen	+ 2,6	+ 0,6	+ 1,7	+ 2,4	- 1,5	- 0,7	+ 1,3	+ 1,7	- 0,4	- 0,3	-	
Ausrüstungen	+ 2,5	0,0	+ 5,0	- 0,2	+ 0,9	- 1,9	+ 2,6	+ 1,9	+ 0,5	- 0,8	-	
Bauten	+ 4,1	+ 1,2	- 0,1	+ 4,4	- 3,8	- 0,4	+ 0,6	+ 1,8	- 1,3	- 0,3	-	
Sonstige Anlagen	- 0,8	+ 0,1	+ 0,6	+ 1,9	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,6	-	
Exporte	+ 0,9	+ 0,6	+ 2,0	+ 0,4	+ 0,4	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,8	+ 0,2	-	
Importe	+ 1,5	+ 1,7	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,4	+ 2,3	+ 2,1	+ 0,5	+ 1,1	-	
Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten⁴												
Inländische Verwendung	+ 1,1	+ 0,8	- 0,4	+ 0,7	+ 0,1	- 0,4	+ 0,9	+ 0,5	- 0,2	+ 0,7	-	
Private Konsumausgaben ³	+ 0,4	+ 0,4	- 0,2	+ 0,2	0,0	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,3	-	
Konsumausgaben des Staates	0,0	+ 0,1	0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	-	
Bruttoanlageinvestitionen	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,5	- 0,3	- 0,1	+ 0,3	+ 0,3	- 0,1	- 0,1	-	
Ausrüstungen	+ 0,2	0,0	+ 0,3	0,0	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	+ 0,1	0,0	- 0,1	-	
Bauten	+ 0,4	+ 0,1	0,0	+ 0,4	- 0,4	0,0	+ 0,1	+ 0,2	- 0,1	0,0	-	
Sonstige Anlagen	0,0	0,0	0,0	+ 0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-	
Vorratsveränderung ⁵	+ 0,2	+ 0,2	- 0,5	0,0	+ 0,4	- 0,7	0,0	- 0,2	- 0,3	+ 0,2	-	
Außenbeitrag	- 0,2	- 0,4	+ 0,7	0,0	- 0,2	+ 0,5	- 0,3	- 0,1	+ 0,6	- 0,4	-	
Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in %⁶												
							2014	2015				
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten												
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 4,1	+ 3,7	+ 0,4	+ 0,3	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,7	+ 2,1	
Inländische Verwendung	+ 3,0	+ 2,9	- 1,0	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,4	+ 0,8	+ 2,0	-	
Private Konsumausgaben ³	+ 0,4	+ 1,3	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,9	+ 1,9	+ 1,6	+ 2,3	+ 1,8	+ 2,1	-	
Konsumausgaben des Staates	+ 1,3	+ 0,9	+ 1,3	+ 0,8	+ 1,7	+ 2,8	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,9	-	
Bruttoanlageinvestitionen	+ 5,4	+ 7,2	- 0,4	- 1,3	+ 3,5	+ 1,7	+ 1,9	+ 0,9	+ 1,9	+ 2,2	-	
Ausrüstungen	+10,9	+ 6,8	- 2,6	- 2,3	+ 4,5	+ 3,6	+ 2,3	+ 3,9	+ 3,4	+ 4,2	-	
Bauten	+ 3,2	+ 8,1	+ 0,5	- 1,1	+ 2,9	+ 0,2	+ 1,1	- 1,8	+ 0,7	+ 0,8	-	
Sonstige Anlagen	+ 1,1	+ 5,3	+ 1,3	- 0,3	+ 3,1	+ 2,7	+ 3,7	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,8	-	
Exporte	+14,5	+ 8,3	+ 2,8	+ 1,6	+ 4,0	+ 5,4	+ 4,4	+ 4,8	+ 6,5	+ 5,1	-	
Importe	+12,9	+ 7,0	- 0,3	+ 3,1	+ 3,7	+ 5,7	+ 4,6	+ 5,8	+ 5,4	+ 6,2	-	

Quelle: Statistisches Bundesamt.

- 1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010=100;
- 2 Kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;
- 3 Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck;
- 4 Rechnerischer Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt;
- 5 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen;
- 6 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.2 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und wichtiger Verwendungskomponenten¹



Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010=100;

2 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.3 Bruttowertschöpfung, gesamtwirtschaftliche Kennzahlen und Prognosespektrum

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ¹										
	2013			2014			2015				
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen²											
Bruttowertschöpfung	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,8	- 0,3	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,2	-
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	+ 0,9	+ 0,3	+ 1,1	+ 0,6	- 0,5	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,8	- 0,1	-
Baugewerbe	+ 2,6	+ 1,5	+ 0,8	+ 3,3	- 2,8	- 0,9	- 0,3	+ 2,3	- 1,0	- 0,7	-
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,2	+ 1,0	- 0,6	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,9	- 0,4	+ 0,3	-
Finanz- und Versicherungsdienstleister	- 1,5	+ 2,2	- 0,4	+ 0,3	+ 0,1	0,0	- 0,2	+ 0,3	- 1,5	- 0,6	-
Unternehmensdienstleister	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,5	+ 1,0	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,6	+ 1,3	+ 0,5	-
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,4	- 0,2	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,7	- 0,4	+ 0,2	-

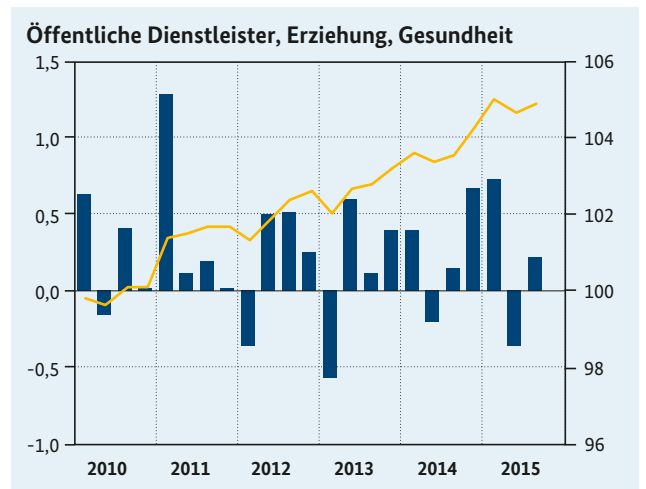
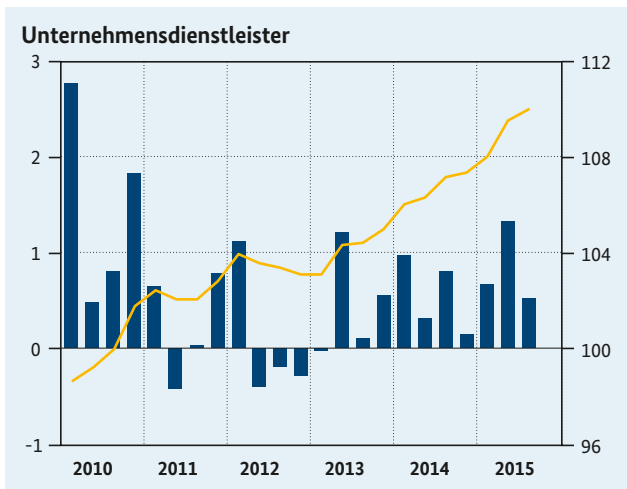
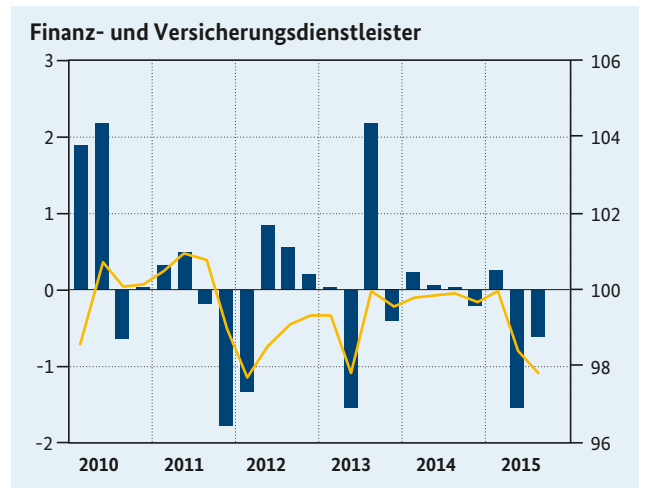
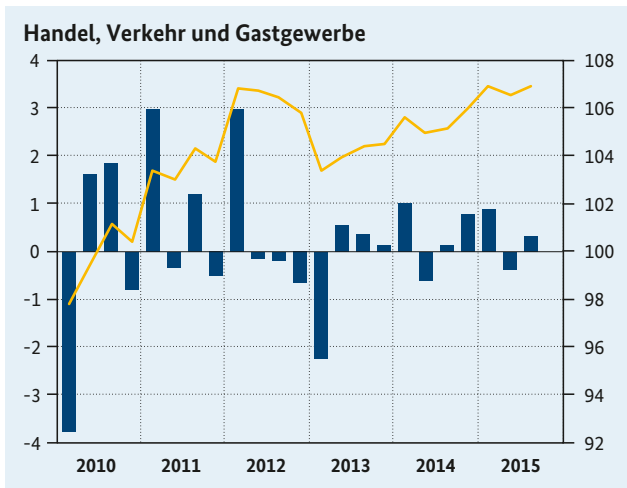
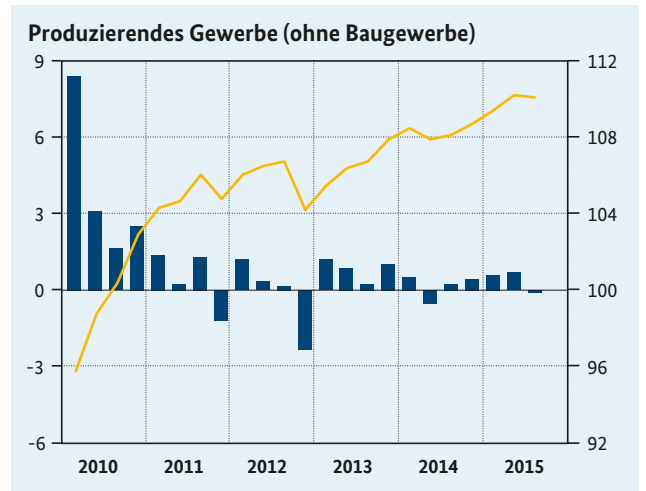
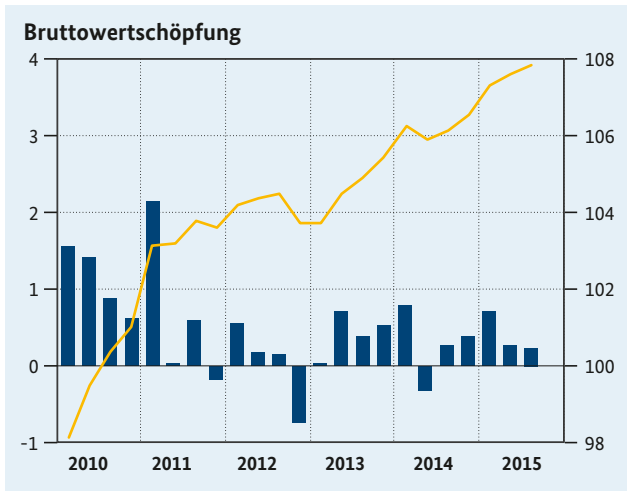
	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ³										
	2014						2015				
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Preisentwicklung											
Preisindex	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,5	+ 2,1	+ 1,7	+ 2,1	+ 1,6	+ 2,0	+ 2,1	+ 1,9	+ 2,2
Inländische Verwendung	+ 1,6	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,1	-
Private Konsumausgaben	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,6	-
Kennzahlen											
Erwerbstätige ³	+ 0,3	+ 1,4	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,8	+ 1,0
Arbeitsvolumen ⁴	+ 1,6	+ 1,6	- 0,1	- 0,4	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,9	+ 1,0	-
Arbeitsproduktivität ⁵	+ 3,8	+ 2,3	- 0,8	- 0,3	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,0	-
Lohnkosten je Arbeitnehmer ⁶	+ 2,5	+ 3,0	+ 2,6	+ 1,8	+ 2,6	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,4	+ 3,0	+ 2,7	-
Lohnstückkosten ⁷	- 1,1	+ 0,7	+ 3,3	+ 2,2	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,7	-
verfügbares Einkommen ⁸	+ 2,4	+ 3,0	+ 2,1	+ 1,8	+ 2,3	+ 2,8	+ 3,1	+ 2,8	+ 2,9	+ 2,9	-
Terms of Trade	- 2,3	- 2,7	- 0,4	+ 1,4	+ 1,5	+ 2,7	+ 1,7	+ 3,1	+ 2,6	+ 2,3	-

Prognose Bruttoinlandsprodukt ⁹		Veränderung in % gegen Vorjahr		
Institution		Stand	2016	2017
EU	Europäische Kommission	02/2016	+ 1,8	+ 1,8
Bundesregierung	Jahresprojektion	01/2016	+ 1,7	+ 1,5
IWF	Internationaler Währungsfonds	01/2016	(+ 1,7) ^a	(+ 1,7) ^a
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	12/2015	+ 1,7	+ 1,5
HWWI	Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut	12/2015	+ 1,7	-
ifo	ifo Institut für Wirtschaftsforschung	12/2015	+ 1,9	+ 1,7
IfW	Institut für Weltwirtschaft	12/2015	+ 2,2	+ 2,3
IWH	Institut für Wirtschaftsforschung Halle	12/2015	+ 1,6	+ 1,5
RWI	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung	12/2015	+ 1,8	+ 1,7
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development	11/2015	+ 1,9	+ 1,8
Institute	Gemeinschaftsdiagnose (Institute)	10/2015	+ 1,8	+ 1,6

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institute, internationale Organisationen.

- 1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; 2 Ohne Nettogütersteuern; 3 Inlandskonzept; 4 Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (IAB der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg); 5 BIP je Erwerbstätigen; 6 Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Inland; 7 Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) in Relation zur Arbeitsproduktivität (BIP bzw. Bruttowertschöpfung preisbereinigt je Erwerbstätigen); 8 Der privaten Haushalte; 9 Ursprungszahlen; a Kalenderbereinigte Werte.

1.4 Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹

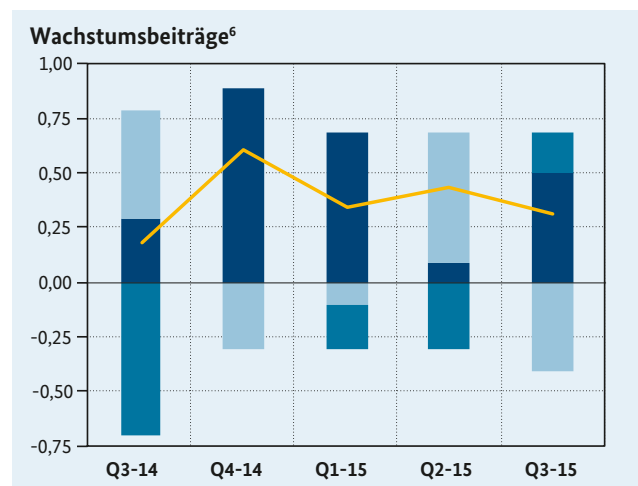
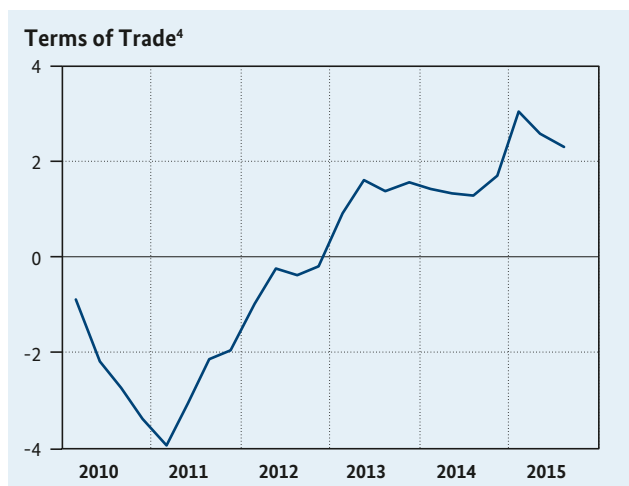
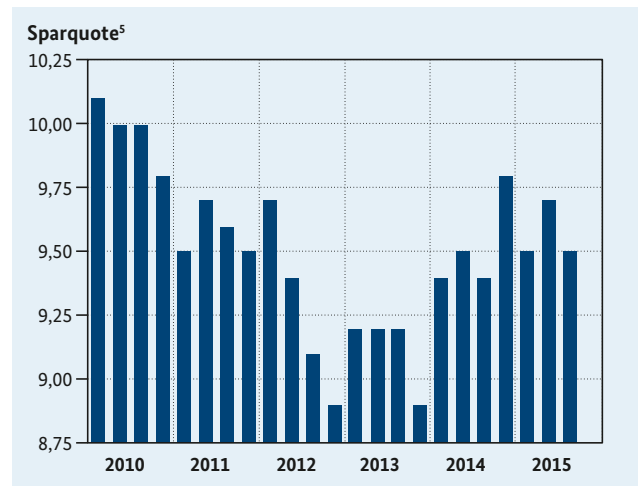
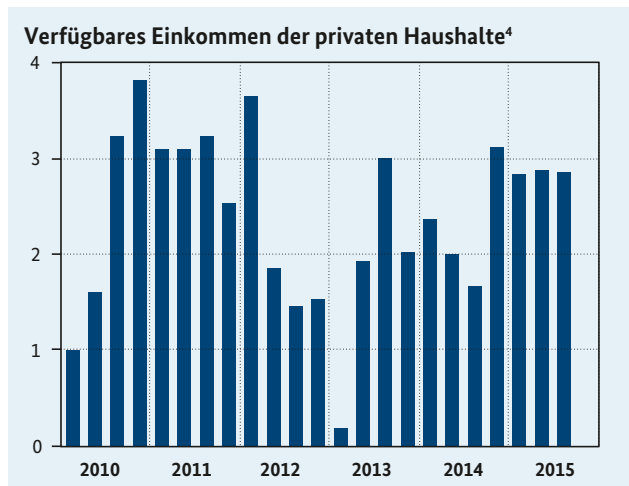
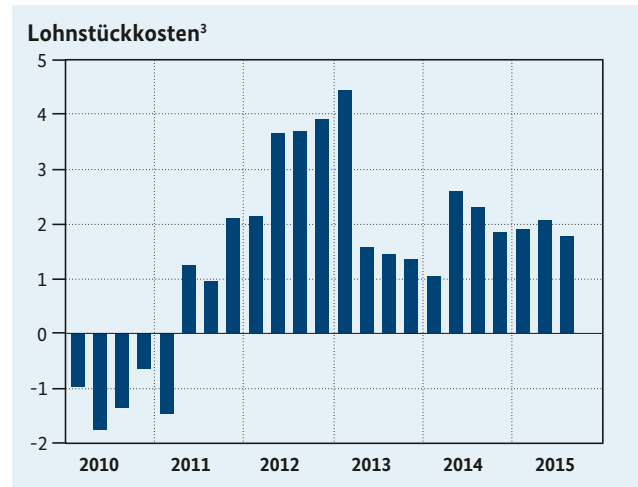
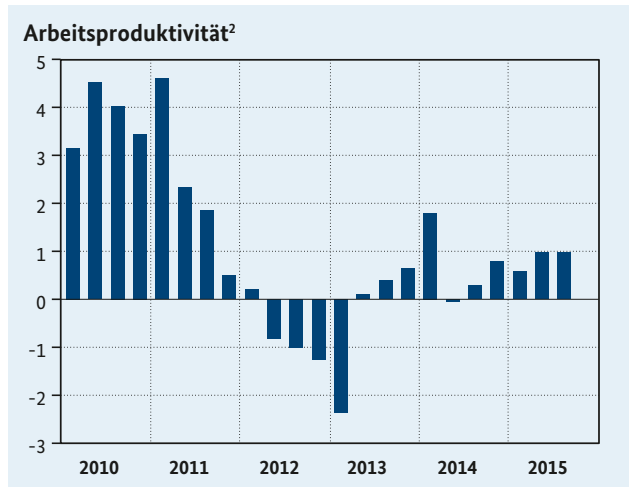


— Kettenindex (rechte Skala)
 ■ Veränderung gegen Vorquartal in % (linke Skala)

Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹ Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigte Werte, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.5 Entwicklung wichtiger gesamtwirtschaftlicher Kennzahlen¹



■ Veränderung gegen Vorjahr in %

■ Außenbeitrag ■ Vorratsveränderungen
■ Inländische Verwendung (ohne Vorratsveränderungen)
— reales BIP gegen Vorquartal in %

Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100; 2 Reales BIP je Erwerbstätigen, Ursprungszahlen;

3 Lohnkosten zur Arbeitsproduktivität, Ursprungszahlen; 4 Ursprungszahlen; 5 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

6 Wachstumsbeiträge, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.6 Internationaler Vergleich

					2013				2014				2015			
	2012	2013	2014	2015	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Bruttoinlandsprodukt¹	Veränderungen gg. Vorperiode in %															
Deutschland	+ 0,4	+ 0,3	+ 1,6	+ 1,7	- 0,3	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,7	- 0,1	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3
Eurozone (EZ 19) ²	- 0,9	- 0,3	+ 0,9	-	- 0,2	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3
Europäische Union (EU 28) ³	- 0,5	+ 0,2	+ 1,4	-	0,0	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3
Japan	+ 1,7	+ 1,4	0,0	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,5	- 0,1	+ 1,2	- 2,0	- 0,6	+ 0,6	+ 1,0	- 0,3	+ 0,3	- 0,4
USA	+ 2,2	+ 1,5	+ 2,4	+ 2,4	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,9	- 0,2	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,2	+ 1,0	+ 0,5	+ 0,2
China	+ 7,7	+ 7,7	+ 7,3	+ 6,9	+ 1,8	+ 1,7	+ 2,2	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,6

	in % des BIP⁴															
	2012	2013	2014	2015	2013	2014	2015	2013	2014	2015	2013	2014	2015	2013	2014	2015
Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP⁴															
Deutschland	+ 7,0	+ 6,5	+ 7,4	+ 8,3	+ 6,4	+ 6,5	+ 5,9	+ 7,3	+ 7,0	+ 7,0	+ 8,0	+ 7,6	+ 8,0	+ 8,4	+ 8,8	+ 8,0
Eurozone (EZ 19) ²	+ 1,5	+ 2,2	+ 2,4	-	+ 1,9	+ 2,2	+ 1,7	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,6	+ 2,8	+ 3,1	+ 3,1	+ 2,9	-
Europäische Union (EU 28) ³	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,8	-	+ 0,7	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,0	-
Japan	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,5	+ 3,3	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,2	- 0,1	- 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,9
USA	- 2,8	- 2,2	- 2,2	-	- 2,5	- 2,4	- 2,3	- 1,9	- 2,3	- 2,1	- 2,2	- 2,3	- 2,7	- 2,5	- 2,7	-
China	+ 2,5	+ 1,6	+ 2,1	+ 2,7	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4

				2015												2016
	2013	2014	2015	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Arbeitslosenquoten⁵	in %															
Deutschland	5,2	5,0	4,7	4,8	4,8	4,7	4,7	4,7	4,6	4,6	4,6	4,6	4,6	4,6	4,5	-
Eurozone (EZ 19) ²	12,0	11,6	10,9	11,3	11,2	11,2	11,1	11,0	11,0	10,8	10,8	10,6	10,6	10,5	10,4	-
Europäische Union (EU 28) ³	10,9	10,2	9,4	9,8	9,7	9,7	9,6	9,6	9,5	9,4	9,3	9,2	9,1	9,0	9,0	-
Japan	4,0	3,6	3,4	3,6	3,5	3,4	3,3	3,3	3,4	3,3	3,4	3,4	3,1	3,3	3,3	-
USA	7,4	6,2	5,3	5,7	5,5	5,5	5,4	5,5	5,3	5,3	5,1	5,1	5,0	5,0	5,0	4,9
China	4,1	4,1	-	4,1	4,1	4,1	4,0	4,0	4,0	4,1	4,1	4,1	-	-	-	-

	Veränderungen gg. Vorjahreszeitraum in %															
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Verbraucherpreise	Veränderungen gg. Vorjahreszeitraum in %															
Deutschland	+ 1,6	+ 0,8	+ 0,1	- 0,5	0,0	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	- 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,4
Eurozone (EZ 19) ²	+ 1,4	+ 0,4	0,0	- 0,6	- 0,3	- 0,1	0,0	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,4
Europäische Union (EU 28) ³	+ 1,5	+ 0,5	0,0	- 0,5	- 0,3	- 0,1	0,0	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	0,0	- 0,1	0,0	+ 0,1	+ 0,2	-
Japan	+ 0,4	+ 2,7	+ 0,8	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,3	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	0,0	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	-
USA	+ 1,5	+ 1,6	+ 0,1	- 0,1	0,0	- 0,1	- 0,2	0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	0,0	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,7	-
China	+ 2,6	+ 2,0	+ 1,4	+ 0,8	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,6	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,6	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, OECD, Eurostat, National Bureau of Statistics of China.

- 1 Preisbereinigt, Jahresangaben auf Basis von Ursprungszahlen, Quartalsangaben auf Basis von saisonbereinigten Werten;
- 2 Eurozone 19 Mitgliedstaaten (Stand 01.01.2015);
- 3 Europäische Union 28 Mitgliedstaaten (Stand 01.07.2013);
- 4 Jeweilige Preise, saisonbereinigte Angaben;
- 5 Abgrenzung nach ILO, saisonbereinigte Angaben.

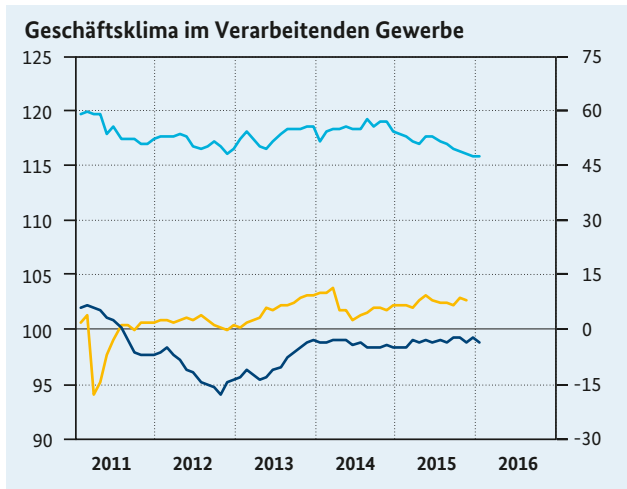
1.7 Internationaler Vergleich – Konjunkturindikatoren

				2015				2015				2016	
	2013	2014	2015	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.
Welt													
OECD & major six CLI ¹	100,1	100,2	99,6	99,9	99,7	99,5	99,3	99,4	99,3	99,3	99,3	-	-
CPB Welt Industrieproduktion ²	121,8	125,8	-	127,6	127,8	128,5	-	128,8	129,1	128,6	-	-	-
CPB Welthandel ²	128,4	132,5	-	134,7	133,7	136,2	-	136,7	137,5	137,3	-	-	-
S&P GSCI Rohstoff Index	4837	4642	2852	3047	3203	2742	2429	2604	2610	2376	2171	2058	-
Eurozone													
Vertrauensindikator für die Industrie ³	- 9,0	- 3,8	- 3,1	- 3,9	- 3,2	- 2,9	- 2,4	- 2,3	- 1,9	- 3,3	- 2,0	- 3,2	-
Industrieproduktion ⁴	101,3	103,1	104,7	104,3	104,6	104,9	104,9	104,6	105,3	105,1	104,2	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	3,0	2,0	1,2	1,0	1,3	1,4	1,2	1,4	1,2	1,2	1,2	1,2	-
Konsumentenvertrauen ⁵	-18,8	-10,2	- 6,2	- 6,2	- 5,2	- 7,0	- 6,4	- 7,0	- 7,5	- 5,9	- 5,7	- 6,3	-
USA													
Einkaufsmanagerindex Verarbeitendes Gewerbe ⁶	53,8	55,6	51,3	53,2	52,6	51,0	48,6	50,0	49,4	48,4	48,0	48,2	-
Industrieproduktion ⁷	101,9	105,7	107,1	107,4	106,8	107,5	106,6	107,6	107,4	106,4	106,0	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	2,3	2,5	2,1	2,0	2,2	2,2	2,2	2,2	2,1	2,3	2,2	2,1	-
Konsumentenvertrauen ⁸	73,2	86,9	98,0	101,3	96,2	98,3	96,0	102,6	99,1	92,6	96,3	98,1	-
Japan													
All-Industry-Activity-Index ⁹	102,0	102,2	-	102,2	102,9	102,4	-	102,3	103,0	102,7	-	-	-
Industrieproduktion ¹⁰	97,0	99,1	98,2	99,8	98,3	97,0	97,6	97,3	98,7	97,9	96,2	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	0,7	0,5	0,3	0,3	0,4	0,4	0,3	0,4	0,3	0,3	0,3	0,1	0,1
Konsumentenvertrauen ¹¹	43,6	39,3	41,3	40,7	41,5	40,9	42,3	40,6	41,5	42,6	42,7	42,5	-
China													
Vertrauensindikator für die Industrie ¹²	50,8	50,7	49,9	49,9	50,2	49,8	49,7	49,8	49,8	49,6	49,7	49,4	-
Industrieproduktion ¹³	+ 9,7	+ 8,3	+ 6,1	+ 6,2	+ 6,3	+ 5,9	+ 5,9	+ 5,7	+ 5,6	+ 6,2	+ 5,9	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	3,9	4,2	3,4	3,5	3,5	3,4	3,0	3,2	3,1	3,0	2,8	2,8	-
Konsumentenvertrauen ¹⁴	101,2	104,4	105,9	107,5	107,7	104,7	103,9	105,6	103,8	104,1	103,7	-	-

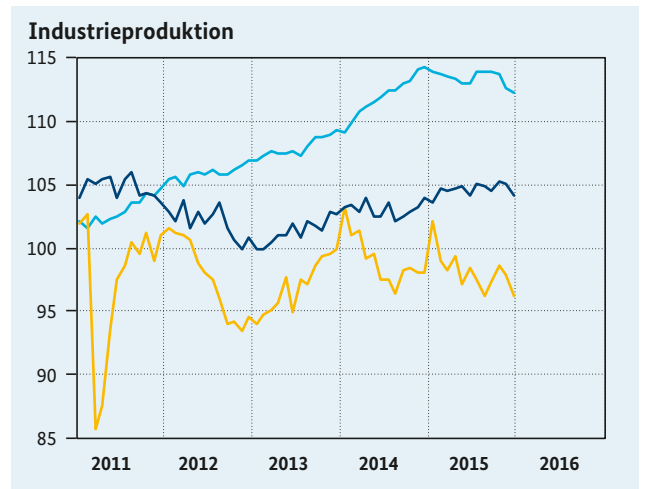
Quellen: OECD, CPB, Standard & Poor's, Eurostat, EU-Kommission, ISM, FED, University of Michigan, Japanese MITI, Japanese Cabinet Office, National Bureau of Statistics of China, China Federation of Logistics and Purchasing, Macrobond.

- 1 OECD Composite Leading Indicator, amplitude & seasonal adjusted;
- 2 Index 2005 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 6 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 7 Index 2007 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 8 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 9 Index 2005 = 100, saisonbereinigt;
- 10 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 11 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 12 Manufacturing PMI, Index, Wachstumsschwelle = 50, saisonbereinigt;
- 13 Jahresraten auf Basis von Ursprungszahlen;
- 14 Consumer Confidence Index, Wachstumsschwelle = 100.

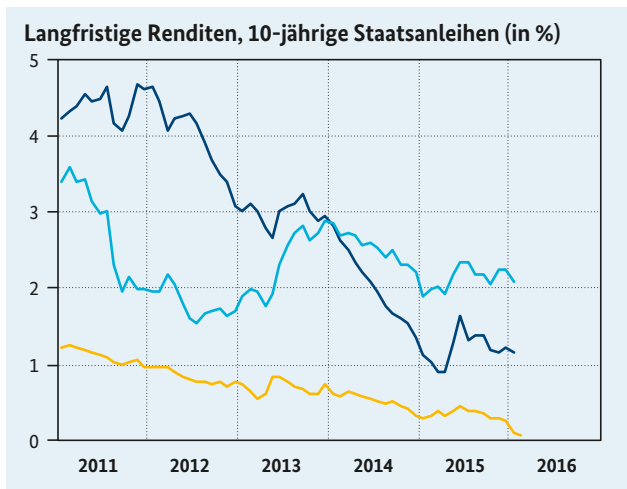
1.8 Internationaler Vergleich – Entwicklung der Konjunkturindikatoren



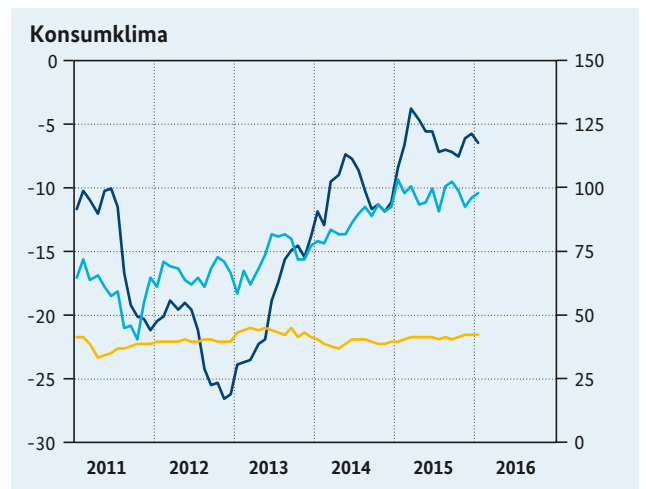
- USA-Einkaufsmanagerindex Verarbeitendes Gewerbe (rechte Skala)¹
- Japan-All-Industry-Activity-Index (linke Skala)²
- Vertrauensindikator für die Industrie in der Eurozone (rechte Skala)³



- Eurozone⁶
- USA⁴
- Japan⁵



- Eurozone
- USA
- Japan



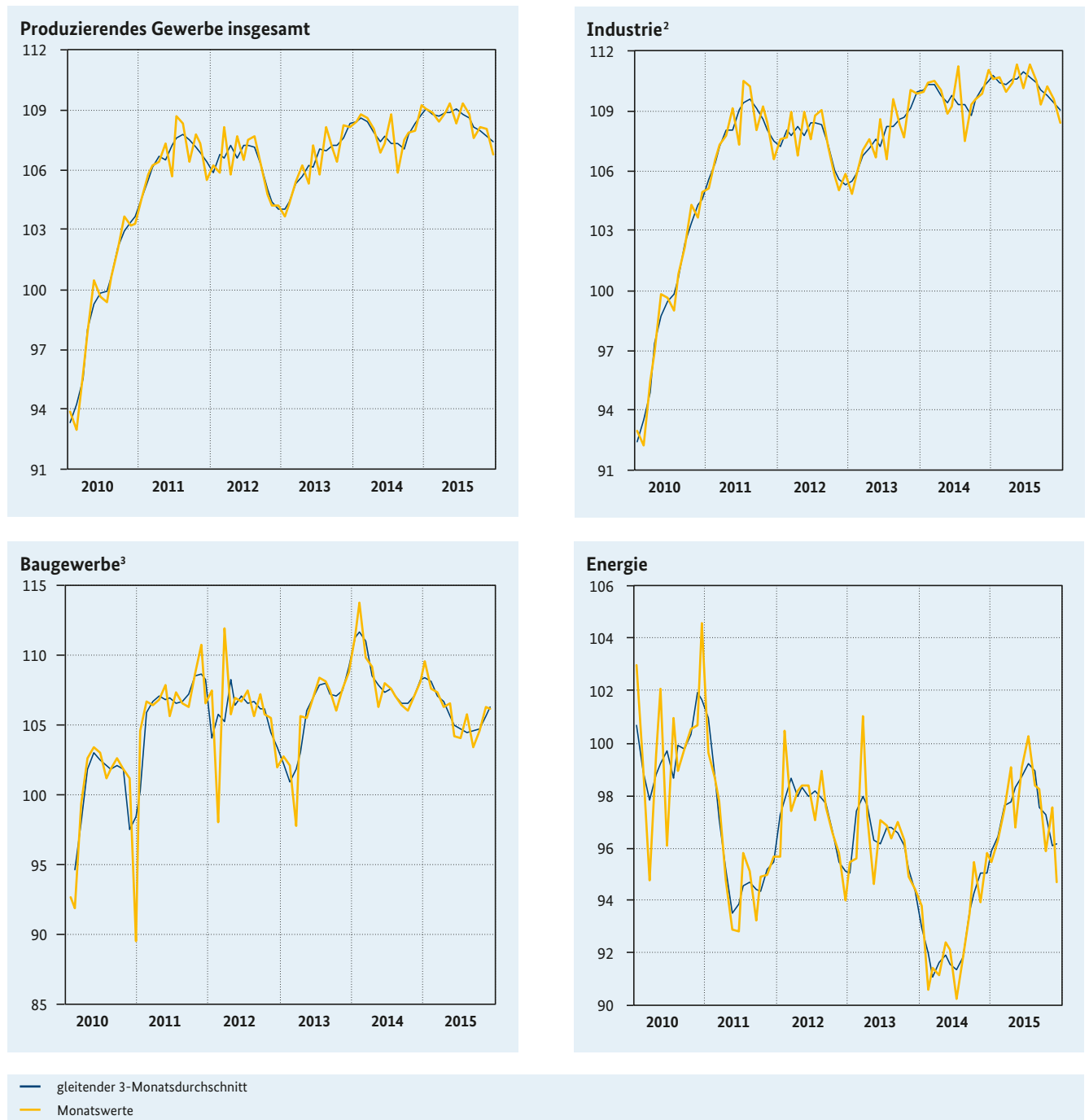
- Eurozone (linke Skala)⁹
- USA (rechte Skala)⁷
- Japan (rechte Skala)⁸

Zeitreihen nicht direkt miteinander vergleichbar.

Quellen: ISM, Japanese MITI, EU-Kommission, FED, Eurostat, University of Michigan.

- 1 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 2 Index 2005 = 100, saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2010 = 100 (eigene Berechnung), preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 6 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 7 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 8 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 9 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt.

2.2 Entwicklung der Produktion¹



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; preisbereinigt, Index 2010 = 100;

2 Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen);

3 Für das Baugewerbe liegen keine Daten vor Januar 2010 vor.

2.3 Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe

Bundesrepublik Deutschland

		2015			2015				2015					
		2013	2014	2015	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Auftragseingang¹														
Industrie insgesamt	Index	106,0	109,1	110,1	109,2	112,0	109,0	110,1	110,7	108,7	107,5	109,3	110,9	110,1
	gg. Vp. in %	2,7	2,9	0,9	-1,5	2,6	-2,7	1,0	-2,3	-1,8	-1,1	1,7	1,5	-0,7
	gg. Vj. in %	2,8	2,8	0,8	0,2	4,3	-0,2	-0,7	-1,3	1,7	-0,7	-1,6	2,1	-2,7
Inland	Index	101,8	103,5	104,9	105,0	104,3	104,6	105,7	106,5	103,9	103,5	104,9	107,5	104,8
	gg. Vp. in %	1,0	1,7	1,4	1,0	-0,7	0,3	1,1	3,7	-2,4	-0,4	1,4	2,5	-2,5
	gg. Vj. in %	1,0	1,6	1,5	0,7	1,1	2,7	1,8	2,7	2,1	3,3	-0,8	6,0	-0,1
Ausland	Index	109,5	113,7	114,2	112,5	118,2	112,5	113,6	114,2	112,6	110,8	112,8	113,7	114,4
	gg. Vp. in %	4,2	3,8	0,4	-3,4	5,1	-4,8	1,0	-6,3	-1,4	-1,6	1,8	0,8	0,6
	gg. Vj. in %	4,3	3,7	0,4	-0,1	6,7	-2,3	-2,4	-4,3	1,4	-3,6	-2,1	-0,8	-4,4
Eurozone	Index	98,9	101,6	106,0	101,2	107,8	109,1	105,9	109,3	112,2	105,7	108,2	108,5	101,0
	gg. Vp. in %	3,5	2,7	4,3	-4,1	6,5	1,2	-2,9	0,1	2,7	-5,8	2,4	0,3	-6,9
	gg. Vj. in %	3,7	2,7	4,0	1,2	9,0	6,3	0,4	3,6	12,9	3,6	6,2	3,4	-8,2
Nicht-Eurozone	Index	116,8	122,1	120,0	120,4	125,5	114,9	119,0	117,6	112,8	114,3	116,0	117,3	123,8
	gg. Vp. in %	4,5	4,5	-1,7	-2,9	4,2	-8,4	3,6	-10,1	-4,1	1,3	1,5	1,1	5,5
	gg. Vj. in %	4,6	4,4	-1,7	-0,8	5,4	-7,2	-4,2	-8,8	-4,8	-7,6	-7,0	-3,3	-2,1
Vorleistungsgüter	Index	100,1	102,0	101,5	101,3	101,5	100,4	102,7	100,5	100,2	100,4	100,3	105,0	102,9
	gg. Vp. in %	0,4	1,9	-0,5	-1,7	0,2	-1,1	2,3	-1,2	-0,3	0,2	-0,1	4,7	-2,0
	gg. Vj. in %	0,3	2,0	-0,5	-1,1	0,2	-0,9	-0,2	-1,5	-0,1	-1,0	-3,1	3,7	-1,2
Inland	Index	99,3	99,8	99,0	98,6	99,0	98,4	100,1	97,8	98,9	98,5	97,6	103,0	99,6
	gg. Vp. in %	0,3	0,5	-0,8	-0,6	0,4	-0,6	1,7	-0,5	1,1	-0,4	-0,9	5,5	-3,3
	gg. Vj. in %	0,3	0,5	-0,8	-2,5	-1,3	-0,1	0,9	-2,1	1,1	1,0	-1,2	6,2	-2,3
Ausland	Index	101,0	104,7	104,4	104,4	104,5	102,7	105,9	103,6	101,7	102,7	103,4	107,4	106,8
	gg. Vp. in %	0,4	3,7	-0,3	-2,8	0,1	-1,7	3,1	-2,1	-1,8	1,0	0,7	3,9	-0,6
	gg. Vj. in %	0,3	3,7	-0,3	0,4	1,7	-1,9	-1,3	-0,9	-1,6	-3,2	-5,1	1,1	0,1
Investitionsgüter	Index	110,5	114,3	116,1	114,8	119,5	115,2	114,9	118,4	114,8	112,5	115,2	115,1	114,5
	gg. Vp. in %	4,4	3,4	1,6	-1,9	4,1	-3,6	-0,3	-2,8	-3,0	-2,0	2,4	-0,1	-0,5
	gg. Vj. in %	4,6	3,3	1,6	1,0	7,0	0,2	-1,8	-1,7	3,2	-0,7	-1,5	1,0	-4,7
Inland	Index	104,9	107,8	111,4	112,1	110,1	111,6	112,0	116,2	109,4	109,1	113,0	112,6	110,3
	gg. Vp. in %	1,5	2,8	3,3	2,4	-1,8	1,4	0,4	8,3	-5,9	-0,3	3,6	-0,4	-2,0
	gg. Vj. in %	1,5	2,8	3,4	3,2	3,0	5,5	2,1	7,7	3,0	5,6	-0,8	6,0	1,4
Ausland	Index	114,0	118,4	119,0	116,5	125,3	117,5	116,8	119,7	118,2	114,6	116,5	116,7	117,1
	gg. Vp. in %	6,2	3,9	0,5	-4,1	7,6	-6,2	-0,6	-8,5	-1,3	-3,0	1,7	0,2	0,3
	gg. Vj. in %	6,4	3,6	0,5	-0,3	9,4	-2,9	-3,8	-6,8	3,5	-4,1	-1,8	-1,7	-7,6
Konsumgüter	Index	103,5	107,3	110,0	108,3	111,3	107,6	112,7	108,0	107,8	107,0	112,4	110,4	115,2
	gg. Vp. in %	1,7	3,7	2,5	1,0	2,8	-3,3	4,7	-2,4	-0,2	-0,7	5,0	-1,8	4,3
	gg. Vj. in %	1,7	3,6	2,5	0,5	3,9	0,6	5,0	2,4	-0,8	-0,1	5,3	1,8	8,3
Inland	Index	97,8	99,4	101,3	100,6	101,7	100,4	102,3	100,7	101,2	99,3	100,0	103,4	103,5
	gg. Vp. in %	0,8	1,6	1,9	1,1	1,1	-1,3	1,9	-0,5	0,5	-1,9	0,7	3,4	0,1
	gg. Vj. in %	0,9	1,5	1,9	1,3	2,3	1,5	2,6	0,6	2,6	1,1	1,1	4,7	2,0
Ausland	Index	108,3	114,1	117,4	114,8	119,6	113,8	121,5	114,2	113,5	113,6	123,0	116,4	125,2
	gg. Vp. in %	2,2	5,4	2,9	1,0	4,2	-4,8	6,8	-3,7	-0,6	0,1	8,3	-5,4	7,6
	gg. Vj. in %	2,2	5,3	2,9	0,0	5,0	-0,1	6,8	4,0	-3,3	-1,0	8,6	-0,2	12,9
Industrie ohne Großaufträge²	Index	105,0	108,4	109,8	109,2	111,5	108,5	110,2	110,0	107,8	107,6	109,6	110,4	110,6
	gg. Vp. in %	1,4	3,2	1,3	-1,2	2,1	-2,7	1,6	-1,5	-2,0	-0,2	1,9	0,7	0,2
	gg. Vj. in %	1,4	3,2	1,3	0,6	4,3	0,5	-0,2	0,8	1,0	-0,2	-0,8	1,0	-0,9

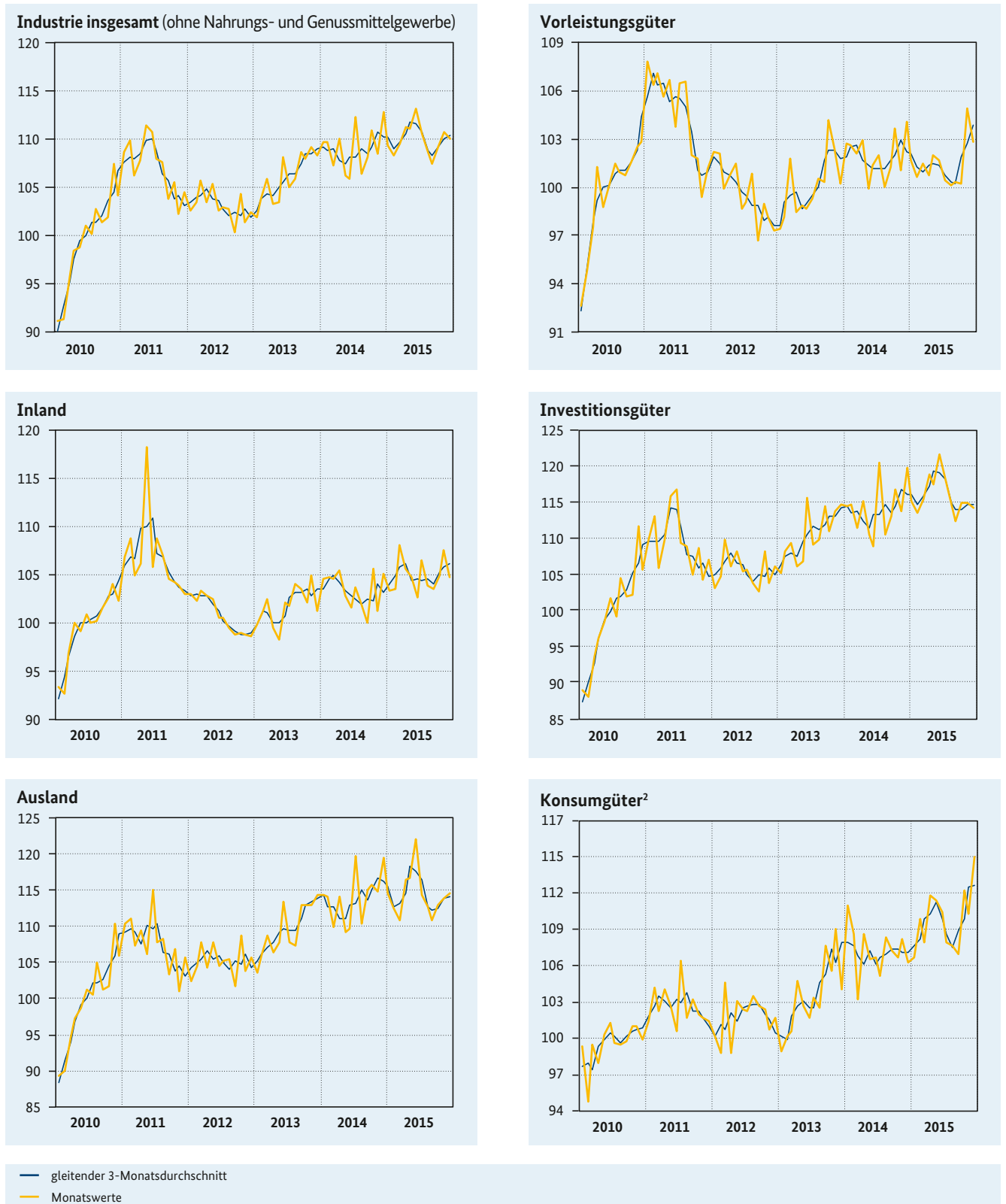
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;

2 Auftragseingänge ohne Großaufträge über 50 Mio. Euro auf Basis freiwilliger Angaben.

2.4 Entwicklung des Auftragseingangs der Industrie¹

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

¹ Preisbereinigt, Index 2010 = 100; saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

² Gebrauchs- und Verbrauchsgüter.

2.5 Auftragseingang im Bauhauptgewerbe, Baugenehmigungen

Bundesrepublik Deutschland

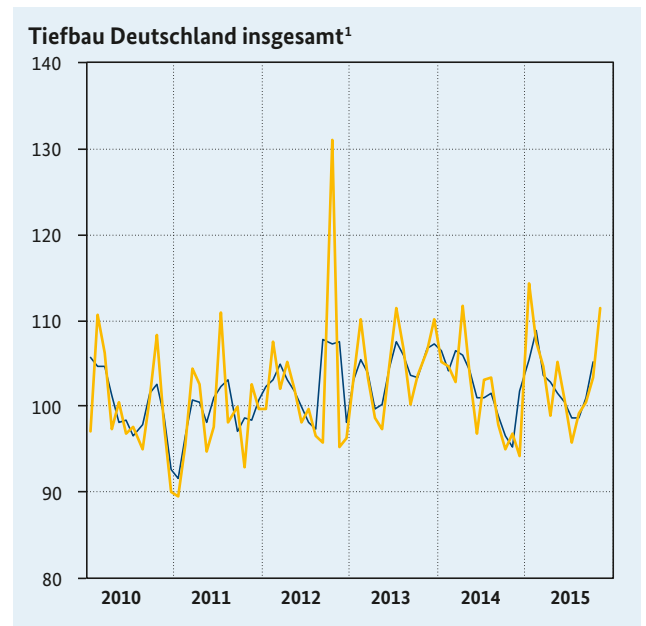
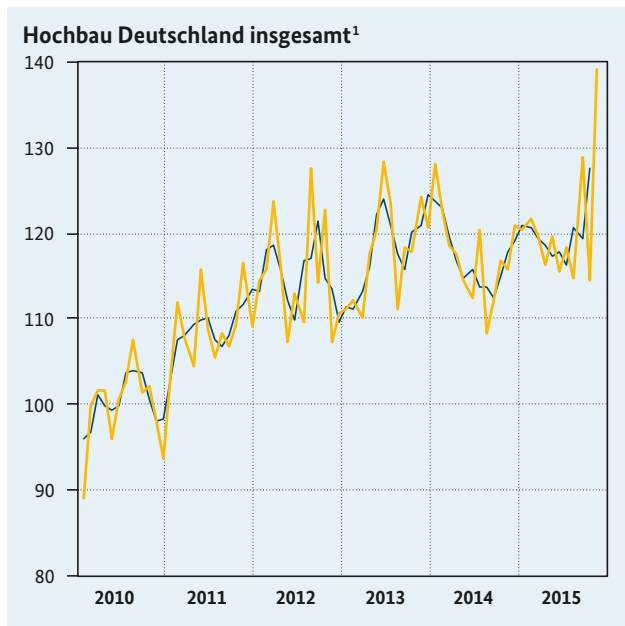
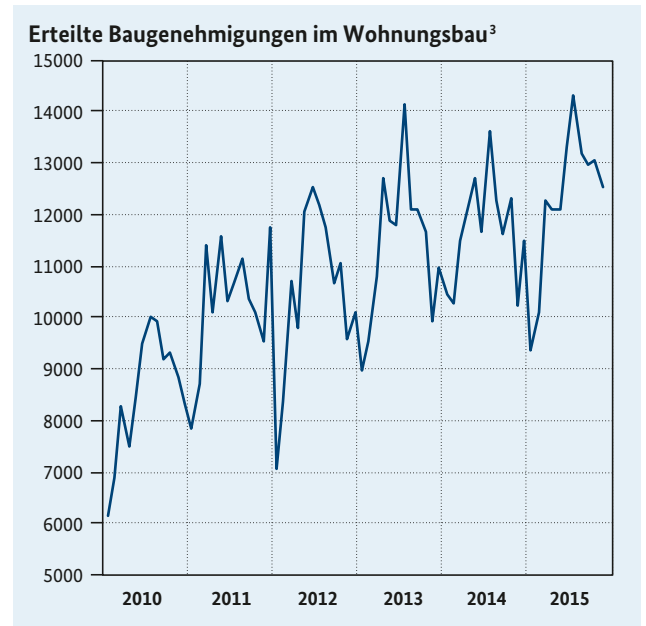
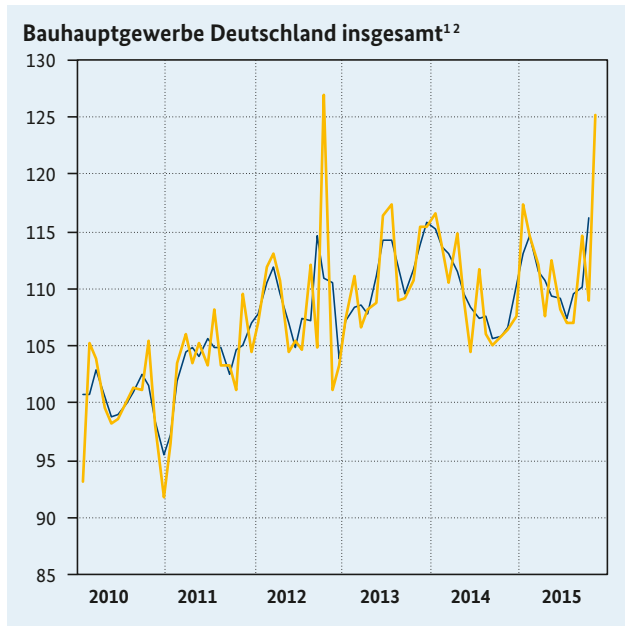
					2014				2015				2015			
		2012	2013	2014	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.		
Auftragseingang¹																
Bauhauptgewerbe		Index	108,9	111,4	109,4	106,6	114,8	109,5	109,7	108,2	107,1	107,1	114,8	109,0	125,4	
		gg. Vp. in %	4,7	2,3	-1,8	-0,9	7,7	-4,6	0,2	-3,8	-1,0	0,0	7,2	-5,1	15,0	
		gg. Vj. in %	4,5	2,2	-2,0	-6,2	1,6	-0,1	1,6	3,1	-4,4	0,9	9,1	2,6	18,6	
Hochbau		Index	115,3	118,1	117,5	118,0	120,7	117,3	120,8	115,7	118,5	114,8	129,1	114,7	139,3	
		gg. Vp. in %	5,7	2,4	-0,5	3,8	2,3	-2,8	3,0	-3,4	2,4	-3,1	12,5	-11,2	21,4	
		gg. Vj. in %	5,9	2,4	-0,9	-2,5	-1,2	1,9	5,9	2,7	-1,6	4,9	14,9	-2,1	20,0	
Wohnungsbau		Index	126,0	131,0	135,0	141,2	148,5	141,2	157,4	139,2	157,7	141,0	173,4	142,4	156,2	
		gg. Vp. in %	7,4	4,0	3,1	15,0	5,2	-4,9	11,5	-2,9	13,3	-10,6	23,0	-17,9	9,7	
		gg. Vj. in %	7,2	4,3	2,5	7,3	7,8	3,6	27,8	5,9	26,3	22,5	34,0	2,8	15,4	
Hochbau ohne Wohnungsbau		Index	110,0	111,7	108,8	106,5	106,9	105,5	102,7	104,1	99,1	101,8	107,1	100,9	130,9	
		gg. Vp. in %	4,8	1,5	-2,6	-2,4	0,4	-1,3	-2,7	-3,8	-4,8	2,7	5,2	-5,8	29,7	
		gg. Vj. in %	5,1	1,4	-3,0	-8,0	-6,5	0,9	-6,0	0,7	-15,9	-4,2	3,4	-5,3	22,8	
Tiefbau		Index	102,5	104,7	101,3	95,3	108,9	101,6	98,5	100,7	95,7	99,3	100,6	103,4	111,5	
		gg. Vp. in %	3,5	2,1	-3,2	-6,1	14,3	-6,7	-3,1	-4,2	-5,0	3,8	1,3	2,8	7,8	
		gg. Vj. in %	3,0	1,9	-3,0	-10,9	4,9	-2,3	-3,0	3,7	-7,3	-3,2	2,4	8,8	16,5	
Straßenbau		Index	98,6	103,7	99,3	92,8	105,4	99,0	100,2	98,9	94,4	105,2	101,1	93,4	93,9	
		gg. Vp. in %	2,6	5,2	-4,2	-4,3	13,6	-6,1	1,2	-2,8	-4,6	11,4	-3,9	-7,6	0,5	
		gg. Vj. in %	2,7	3,6	-3,4	-13,0	-1,0	-1,4	2,5	5,0	-9,8	13,0	7,2	2,0	-0,9	
Tiefbau ohne Straßenbau		Index	104,8	105,3	102,5	96,8	111,0	103,2	97,5	101,8	96,5	95,8	100,3	109,4	122,2	
		gg. Vp. in %	4,0	0,5	-2,7	-7,1	14,7	-7,0	-5,5	-4,9	-5,2	-0,7	4,7	9,1	11,7	
		gg. Vj. in %	3,3	0,9	-2,7	-9,7	8,1	-2,8	-6,3	2,9	-5,7	-12,6	-0,4	12,6	24,7	
gewerbliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)		Index	112,8	114,2	112,9	109,5	112,9	110,6	106,5	107,8	104,0	105,1	110,4	108,9	140,9	
		gg. Vp. in %	2,8	1,2	-1,1	-3,2	3,1	-2,0	-3,7	-7,6	-3,5	1,1	5,0	-1,4	29,4	
		gg. Vj. in %	3,1	1,2	-1,4	-8,1	-4,7	0,5	-6,0	0,8	-14,3	-5,3	3,0	0,3	27,7	
öffentliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)		Index	98,1	100,6	95,5	89,9	103,2	95,6	93,7	96,2	89,9	95,3	95,9	95,8	97,1	
		gg. Vp. in %	5,5	2,5	-5,1	-6,2	14,8	-7,4	-2,0	0,3	-6,5	6,0	0,6	-0,1	1,4	
		gg. Vj. in %	4,8	2,2	-4,7	-11,5	6,2	-2,6	-2,3	4,4	-7,1	-1,6	2,6	5,7	6,9	
Baugenehmigungen (Neubau)²																
Hochbau (veranschlagte Kosten)		Mio. €	70395	76490	78378	19330	17937	20491	22345	7294	7567	7370	7408	7778	6807	
		gg. Vj. in %	3,2	8,7	2,5	3,4	0,6	1,4	6,4	14,0	-2,8	7,4	16,4	10,2	17,9	
Wohngebäude		Mio. €	39266	43680	46466	11443	10703	12681	13829	4502	4813	4518	4498	4923	4204	
		gg. Vj. in %	5,3	11,2	6,4	7,4	2,8	4,8	10,6	13,8	7,2	10,3	14,7	19,7	22,5	
Nichtwohngebäude		Mio. €	31129	32809	31913	7887	7234	7810	8516	2791	2755	2852	2910	2855	2603	
		gg. Vj. in %	0,6	5,4	-2,7	-1,9	-2,5	-3,7	0,2	14,3	-16,4	3,2	19,1	-3,0	11,2	
gewerbliche Auftraggeber		Mio. €	23531	23624	24145	5868	5088	6050	6505	2107	2165	2071	2269	2151	2032	
		gg. Vj. in %	2,5	0,4	2,2	-1,6	-10,6	-0,2	-0,3	14,3	-15,9	1,3	18,9	-6,5	16,8	
öffentliche Auftraggeber		Mio. €	7598	9185	7768	2019	2146	1760	2011	684	590	781	640	704	571	
		gg. Vj. in %	-4,7	20,9	-15,4	-2,8	24,0	-13,9	1,8	14,4	-18,2	8,5	19,7	9,6	-4,8	
Wohngebäude (Rauminhalt) ³		Mio. m ³	126	137	141	34,1	31,8	37,6	40,6	13,3	14,3	13,2	13,0	13,1	12,6	
		gg. Vj. in %	2,0	8,5	2,8	4,5	-1,4	2,6	7,8	14,0	4,8	7,5	11,5	6,2	22,4	
		gg. Vp. in %	2,4	8,9	3,1	0,1	1,4	1,4	4,4	5,0	-0,4	2,4	0,6	-1,0	10,3	
ifo Konjunkturtest⁴																
			2013	2014	2015	2015				2015				2016		
						1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
Kapazitäts- und Geräteauslastung		Salden	71,8	73,8	73,3	62,5	73,4	79,3	78,0	79,6	79,5	78,9	78,6	76,5	67,7	
witterungsbedingte Baubehinderungen		Salden	28,4	8,6	13,8	38,3	12,3	1,3	3,3	1,0	2,0	2,0	2,0	6,0	18,0	

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

- 1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010=100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;
- 2 Ursprungszahlen;
- 3 Ursprungszahlen; Veränderungen gegenüber der Vorperiode auf Basis kalender- und saisonbereinigter Daten;
- 4 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.6 Entwicklung des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe

Bundesrepublik Deutschland



— gleitender 3-Monatsdurchschnitt
— Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA, Index 2010 = 100;

2 Hoch- und Tiefbau einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten;

3 Kubikmeter umbauter Raum; Ursprungszahlen.

2.7 ifo Konjunkturtest, ZEW-Geschäftserwartungen

Bundesrepublik Deutschland

					2015				2015				2016	
		2013	2014	2015	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
ifo Konjunkturtest¹														
Gewerbliche Wirtschaft														
Geschäftsklima	Salden	6,2	9,1	9,2	7,5	9,5	9,7	10,2	9,8	10,1	9,4	11,0	10,2	7,8
Geschäftslage	Salden	9,3	13,4	15,5	12,8	16,9	17,4	14,8	18,5	16,9	14,3	15,7	14,5	13,9
Geschäftserwartungen	Salden	3,4	4,3	3,2	2,3	2,5	2,2	5,7	1,4	3,4	4,6	6,4	6,1	1,8
Verarbeitendes Gewerbe														
Geschäftsklima	Salden	9,2	12,9	11,5	10,5	13,0	10,9	11,4	11,1	10,1	9,8	12,3	12,2	8,3
Geschäftslage	Salden	12,3	18,9	19,0	16,4	22,7	20,2	16,7	22,4	17,9	15,8	17,3	16,9	15,1
Geschäftserwartungen	Salden	6,2	7,1	4,2	4,7	3,7	2,0	6,3	0,3	2,6	3,9	7,4	7,6	1,7
Vorleistungsgüter														
Geschäftsklima	Salden	8,0	13,5	12,4	12,0	13,7	13,3	10,6	13,5	12,2	8,1	12,1	11,6	9,1
Geschäftslage	Salden	7,8	20,2	18,1	16,6	19,3	20,0	16,6	20,2	19,0	15,6	16,6	17,6	17,7
Geschäftserwartungen	Salden	8,1	7,0	6,9	7,5	8,2	6,9	4,8	6,9	5,6	1,0	7,6	5,9	1,0
Investitionsgüter														
Geschäftsklima	Salden	10,4	15,1	10,6	10,8	11,3	8,7	11,4	9,1	8,5	9,7	12,0	12,6	5,7
Geschäftslage	Salden	14,8	20,4	18,6	15,3	24,2	19,6	15,2	25,1	16,6	14,2	15,7	15,8	11,7
Geschäftserwartungen	Salden	6,1	9,9	2,9	6,5	-0,8	-1,6	7,7	-5,7	0,7	5,3	8,3	9,4	-0,1
Konsumgüter														
Geschäftsklima	Salden	8,7	7,6	9,7	7,1	10,9	9,8	11,1	9,1	10,9	12,0	9,9	11,3	9,3
Geschäftslage	Salden	16,3	14,4	19,4	17,8	22,3	19,1	18,5	19,1	16,8	18,5	18,1	18,8	15,1
Geschäftserwartungen	Salden	1,4	1,1	0,4	-3,2	0,0	0,8	3,9	-0,4	5,1	5,6	1,9	4,2	3,7
Bauhauptgewerbe														
Geschäftsklima	Salden	-1,1	-3,0	-2,8	-6,3	-4,4	-2,1	1,5	-2,6	0,3	0,6	2,4	1,6	-0,7
Geschäftslage	Salden	0,1	-3,3	-4,3	-7,3	-4,7	-4,6	-0,9	-4,2	-2,6	-3,5	0,3	0,6	1,6
Geschäftserwartungen	Salden	-2,4	-2,8	-1,3	-5,4	-4,2	0,4	3,9	-0,9	3,3	4,7	4,5	2,5	-2,9
Dienstleistungen														
Geschäftsklima	Salden	16,8	22,6	28,6	24,4	26,9	29,6	33,4	31,1	30,9	32,8	33,7	33,8	27,9
Geschäftslage	Salden	23,0	32,5	38,9	32,5	39,5	41,9	41,8	42,8	43,9	41,6	40,8	43,1	37,0
Geschäftserwartungen	Salden	10,8	13,3	18,8	16,7	15,0	17,9	25,4	20,1	18,6	24,3	26,9	24,9	19,1
ZEW-Konjunkturerwartungen²														
konjunkturelle Lage	Salden	16,9	40,0	57,0	41,0	66,3	65,7	54,9	65,7	67,5	55,2	54,4	55,0	59,7
Konjunkturerwartungen	Salden	44,7	29,6	31,5	52,1	42,2	22,3	9,5	25,0	12,1	1,9	10,4	16,1	10,2

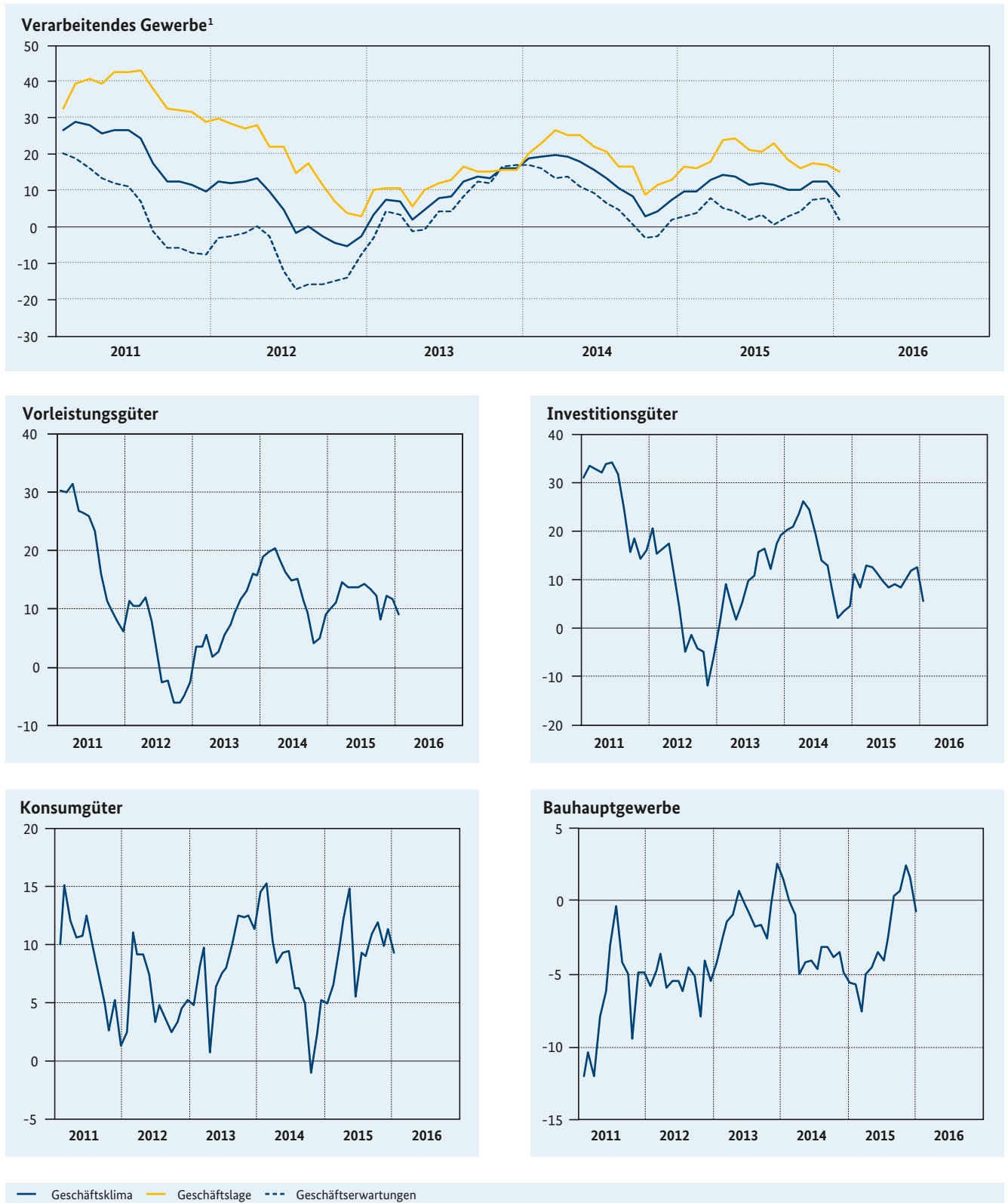
Quellen: ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

1 Saldo der positiven und negativen Antworten; Saisonbereinigung des ifo Instituts;

2 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.8 Entwicklung des ifo Geschäftsklimas¹

Bundesrepublik Deutschland



Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigte Salden, Saisonbereinigungsverfahren des ifo Instituts.

3. Privater Konsum

3.1 Konsumausgaben, Einzelhandelsumsätze, Preise, Geschäfts- und Konsumklima

Bundesrepublik Deutschland

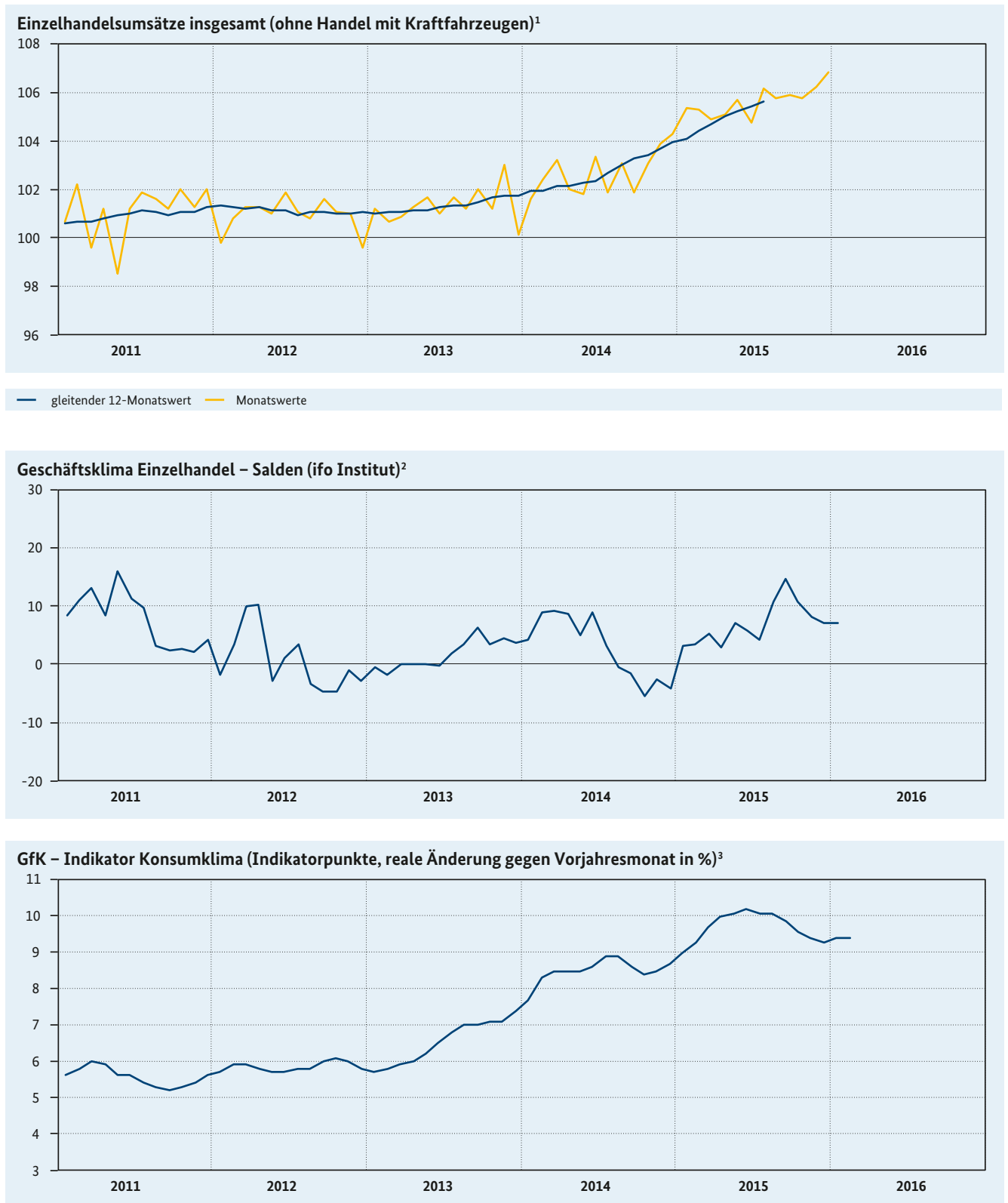
					2013			2014			2015			
		2013	2014	2015	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung¹														
Private Konsumausgaben ¹	Index	103,0	103,9	105,9	103,0	103,6	103,2	103,5	103,5	104,1	105,1	105,5	105,6	106,3
(in konstanten Preisen)	gg. Vp. in %	0,6	0,9	1,9	0,6	0,7	-0,4	0,3	-0,1	0,6	1,0	0,4	0,1	0,6
	gg. Vj. in %	0,6	0,9	1,9	0,7	1,6	0,9	1,0	0,6	0,5	1,6	2,3	1,8	2,1
Verfügbare Einkommen	in Mrd. €	1672	1710	-	417	421	420	424	425	428	435	434	438	441
(in jeweiligen Preisen)	gg. Vp. in %	1,8	2,3	-	0,7	1,0	-0,4	1,0	0,1	0,9	1,5	-0,1	0,9	0,6
	gg. Vj. in %	1,8	2,3	-	1,9	3,0	2,0	2,4	2,0	1,7	3,1	2,8	2,9	2,9
Einzelhandelsumsätze¹														
		2013	2014	2015	2015				2016					
		2013	2014	2015	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.
Einzelhandel	Index	101,3	102,7	105,7	105,2	105,2	106,0	106,3	105,9	105,8	106,3	106,9	-	-
(ohne Handel mit Kfz)	gg. Vp. In %	0,4	1,4	2,9	1,3	0,0	0,8	0,3	0,1	-0,1	0,5	0,6	-	-
	gg. Vj. in %	0,5	1,4	2,9	2,9	2,8	3,5	2,5	3,7	2,5	2,3	2,5	-	-
Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren	Index	101,3	102,6	105,0	103,9	104,8	106,0	105,4	105,7	104,7	105,3	106,1	-	-
	gg. Vp. In %	1,0	1,3	2,3	0,6	0,9	1,1	-0,6	-1,4	-0,9	0,6	0,8	-	-
	gg. Vj. in %	1,0	1,4	2,3	1,8	2,0	3,9	2,0	3,3	1,1	2,1	2,8	-	-
Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren	Index	98,8	99,8	99,5	99,7	100,5	99,6	98,1	98,8	100,1	96,2	97,9	-	-
	gg. Vp. In %	-0,3	1,0	-0,3	2,0	0,8	-0,9	-1,5	1,2	1,3	-3,9	1,8	-	-
	gg. Vj. in %	-0,2	0,8	-0,1	-2,3	2,6	-1,1	0,1	3,5	4,3	-3,9	-0,1	-	-
Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik	Index	117,5	121,7	127,2	127,9	125,5	127,8	127,6	128,8	126,3	129,1	127,5	-	-
	gg. Vp. In %	1,6	3,6	4,5	1,1	-1,9	1,8	-0,2	1,6	-1,9	2,2	-1,2	-	-
	gg. Vj. in %	1,6	3,9	4,3	9,4	3,3	4,3	1,0	3,6	-0,1	2,1	0,9	-	-
Möbel, Raumausstattung, Haushaltsgeräte, Baubedarf	Index	99,7	98,9	101,2	101,3	101,2	100,4	101,7	100,8	100,6	101,9	102,6	-	-
	gg. Vp. In %	-3,0	-0,8	2,3	1,5	-0,1	-0,8	1,3	1,1	-0,2	1,3	0,7	-	-
	gg. Vj. in %	-3,0	-0,7	2,2	1,7	3,3	1,9	2,2	2,7	1,0	2,5	2,8	-	-
Handel mit Kfz einschl. Instandhaltung und Reparatur	Index	102,1	104,5	-	110,2	111,7	111,8	-	112,0	112,6	114,2	-	-	-
	gg. Vp. In %	-1,3	2,4	-	4,2	1,4	0,1	-	0,7	0,5	1,4	-	-	-
	gg. Vj. in %	-1,2	2,3	-	5,7	8,6	6,8	-	6,5	6,3	9,8	-	-	-
Umsätze im Gastgewerbe¹														
Insgesamt	Index	100,8	101,8	-	102,0	103,4	104,3	-	103,6	103,0	104,8	-	-	-
	gg. Vp. In %	-1,4	1,0	-	-0,9	1,4	0,9	-	-1,0	-0,6	1,7	-	-	-
	gg. Vj. in %	-1,6	1,0	-	0,6	2,7	2,0	-	0,2	1,5	1,4	-	-	-
Pkw-Neuzulassungen²														
Insgesamt	in Tsd.	2952	3037	3206	758	861	789	798	272	278	272	247	218	-
	gg. Vj. in %	-4,2	2,9	5,6	6,4	4,2	6,1	5,7	4,8	1,1	8,9	7,7	3,3	-
private Neuzulassungen	in Tsd.	1120	1099	1098	255	311	266	266	84	95	91	79	67	-
	gg. Vj. in %	-4,8	-1,9	-0,1	-1,3	-0,6	-2,5	4,4	-5,2	-1,0	11,7	3,3	1,5	-
Verbraucherpreise³														
Insgesamt	Index	105,7	106,6	106,9	106,4	107,0	107,1	107,0	107,0	107,0	107,1	107,0	106,1	-
	gg. Vj. in %	1,5	0,9	0,2	0,0	0,5	0,1	0,3	0,0	0,3	0,4	0,3	0,5	-
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	4,4	1,0	0,8	-0,6	1,2	0,8	1,8	1,1	1,6	2,3	1,4	0,9	-
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	1,3	1,5	1,2	1,3	1,3	1,2	1,1	1,2	1,1	1,1	1,0	1,1	-
Haushaltsenergie	gg. Vj. in %	4,1	-0,9	-5,5	-4,8	-4,6	-6,4	-6,2	-7,0	-6,5	-6,3	-6,0	-5,7	-
Kraftfahrer-Preisindex	gg. Vj. in %	-0,5	-0,8	-2,6	-3,4	-1,8	-2,7	-2,5	-3,9	-3,5	-2,5	-1,5	-0,8	-
Stimmungsindikatoren zum privaten Konsum														
ifo Geschäftsklima Einzelhandel⁴	Salden	1,8	2,9	7,0	4,1	5,3	10,0	8,8	14,8	10,9	8,2	7,3	7,2	-
Geschäftslage	Salden	6,0	8,9	15,7	11,8	13,2	20,4	17,4	25,1	18,7	18,6	15,0	13,3	-
Geschäftserwartungen	Salden	-2,3	-2,9	-1,3	-3,4	-2,3	0,1	0,6	5,0	3,5	-1,7	-0,1	1,2	-
GfK – Konsumklima⁵	Punkte	6,5	8,5	9,7	9,3	10,1	10,0	9,4	9,9	9,6	9,4	9,3	9,4	9,4
Anschaffungsneigung	Punkte	39,9	48,7	54,7	57,4	59,3	53,4	48,7	50,8	48,9	48,5	48,8	49,8	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Kraftfahrt-Bundesamt, ifo Institut, Gesellschaft für Konsumforschung.

1 Preis-, kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis preis- und kalenderbereinigter Daten;

2 Ursprungszahlen; 3 Ursprungszahlen; Index 2010 = 100; 4 Salden der positiven und negativen Antworten, Saisonbereinigung des ifo Instituts; 5 Durch GfK standardisierte und saisonbereinigte Salden der positiven und negativen Antworten; der letzte Wert ist jeweils prognostiziert.

3.2 Entwicklung des privaten Konsums



Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Gesellschaft für Konsumforschung (GfK).

1 Basis: 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Saisonbereinigung des ifo Instituts;

3 Saisonbereinigung der GfK.

4. Außenwirtschaft

4.1 Leistungsbilanz und Außenhandel nach Ländern

					2015				2015					
		2013	2014	2015	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Leistungsbilanz und Komponenten (Saldo)¹														
Leistungsbilanz	in Mrd. €	185	216	251	60	63	67	61	24,6	21,2	21,1	21,7	21,7	17,8
	gg. Vp. in %	-3,9	16,9	16,4	7,1	4,9	6,2	-8,6	14,0	-13,9	-0,7	2,8	0,0	-17,8
Warenhandel	in Mrd. €	212	228	259	61	69	66	64	23,7	21,3	20,9	22,4	21,2	20,1
	gg. Vp. in %	5,5	7,2	13,8	1,0	13,3	-4,4	-3,4	4,4	-10,5	-1,7	7,0	-5,1	-5,3
Ausfuhr	in Mrd. €	1083	1118	1175	289	299	297	291	102,1	96,6	98,3	97,1	98,3	95,9
	gg. Vp. in %	0,9	3,2	5,2	1,0	3,4	-0,5	-1,9	2,9	-5,4	1,8	-1,3	1,2	-2,4
Einfuhr	in Mrd. €	870	890	916	228	230	231	228	78,4	75,3	77,4	74,7	77,1	75,8
	gg. Vp. in %	-0,2	2,2	3,0	1,0	0,8	0,7	-1,5	2,5	-3,9	2,8	-3,5	3,2	-1,6
Dienstleistungen	in Mrd. €	-45	-40	-37	-9	-9	-9	-10	-3,1	-2,9	-3,4	-3,2	-3,2	-3,7
	gg. Vp. in %	26,8	-9,5	-7,4	-27,5	9,6	0,8	6,7	-2,5	-4,2	15,3	-6,8	1,3	14,7
Einnahmen	in Mrd. €	201	210	229	55	56	58	60	19,4	19,2	19,6	19,0	19,9	20,6
	gg. Vp. in %	4,5	4,2	9,4	4,4	2,1	3,4	2,2	1,7	-1,2	2,1	-3,0	4,7	3,5
Ausgaben	in Mrd. €	246	250	267	64	66	68	70	22,5	22,1	23,0	22,2	23,1	24,3
	gg. Vp. in %	7,9	1,8	6,7	-1,4	3,1	3,0	2,9	1,1	-1,6	3,8	-3,5	4,2	5,1
Primäreinkommen	in Mrd. €	58	67	67	18	16	18	16	6,7	5,5	5,5	5,7	5,8	4,7
	gg. Vp. in %	-13,2	16,4	0,2	3,9	-11,1	12,2	-8,4	24,0	-16,8	-0,9	4,0	1,4	-18,8
Sekundäreinkommen	in Mrd. €	-41	-39	-38	-10	-12	-7	-9	-2,7	-2,6	-1,9	-3,2	-2,1	-3,3
	gg. Vp. in %	1,1	-5,6	-2,0	5,7	23,7	-41,0	19,9	-20,0	-1,9	-27,0	68,8	-34,3	54,9

Außenhandel nach Ländern²

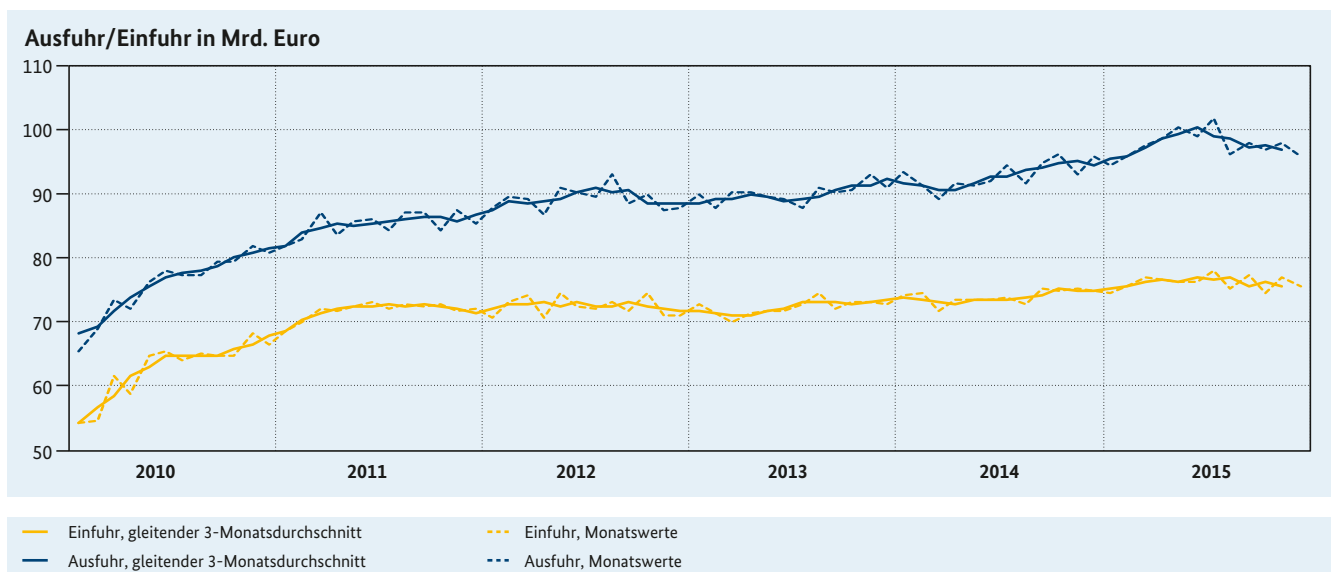
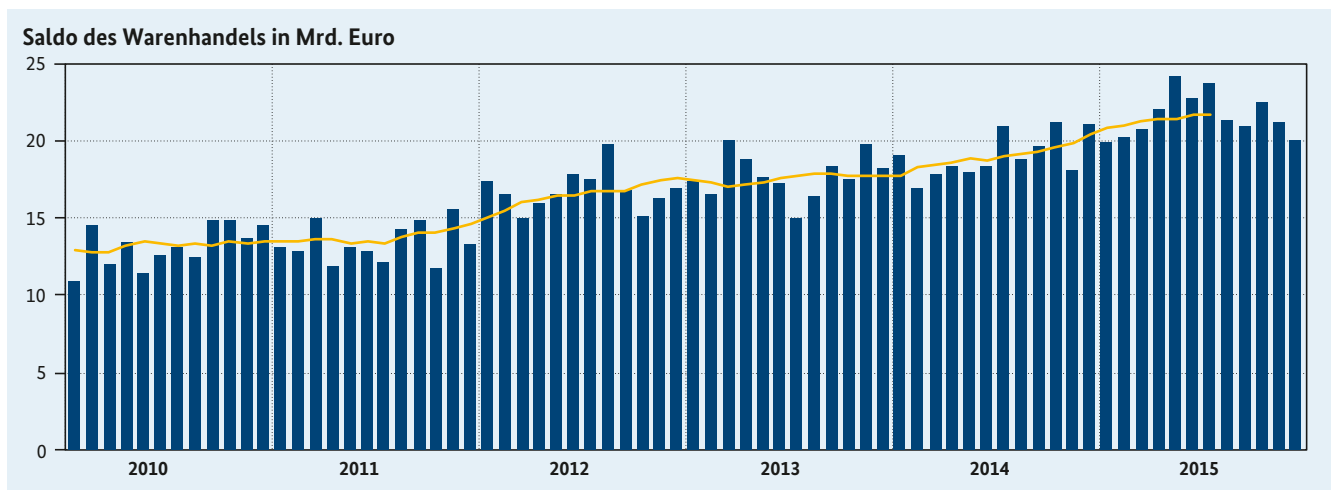
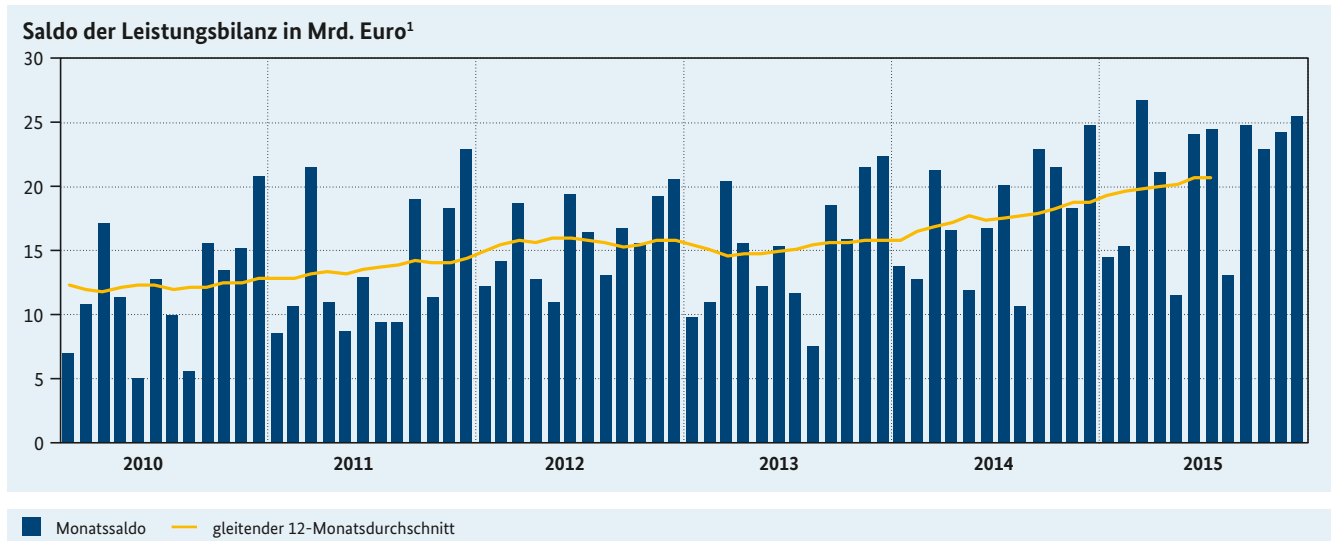
Ausfuhr insgesamt	in Mrd. €	1088	1124	1196	293	302	301	300	107,1	87,9	105,8	106,2	102,3	91,9
	gg. Vj. in %	-0,4	3,3	6,4	6,3	9,1	5,7	4,7	7,1	5,7	4,2	3,2	7,8	3,2
EU-Länder	in Mrd. €	619	649	694	172	175	172	175	60,5	49,4	62,2	62,7	60,8	51,4
	gg. Vj. in %	-0,2	4,8	7,0	6,1	8,7	6,9	6,3	7,8	5,2	7,4	6,3	9,7	2,6
Eurozone ¹	in Mrd. €	403	411	435	109	111	106	109	37,8	30,0	38,7	39,1	37,9	32,4
	gg. Vj. in %	-0,8	2,0	5,9	3,5	7,3	6,1	6,7	7,3	3,8	6,9	5,5	9,0	5,5
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	216	238	259	64	64	66	65	22,7	19,4	23,5	23,5	22,9	19,0
	gg. Vj. in %	1,2	10,1	8,9	10,9	11,1	8,1	5,7	8,7	7,4	8,1	7,5	10,9	-1,8
Drittländer	in Mrd. €	469	475	502	121	127	129	126	46,6	38,5	43,6	43,5	41,5	40,5
	gg. Vj. in %	-0,8	1,2	5,6	6,4	9,6	4,1	2,6	6,1	6,5	0,1	-0,9	5,1	3,9
Einfuhr insgesamt	in Mrd. €	890	910	948	235	237	238	239	82,2	72,7	83,1	83,8	81,8	73,1
	gg. Vj. in %	-1,0	2,2	4,2	2,7	4,8	5,2	4,0	6,9	4,4	4,1	3,0	5,5	3,5
EU-Länder	in Mrd. €	575	595	622	152	156	155	158	53,7	46,1	55,4	55,3	54,3	48,0
	gg. Vj. in %	0,7	3,4	4,5	2,0	4,8	6,5	4,8	7,4	5,1	6,7	3,4	6,5	4,6
Eurozone	in Mrd. €	401	411	427	105	108	106	108	37,0	31,3	37,9	37,4	36,9	33,2
	gg. Vj. in %	0,0	2,3	3,8	1,0	4,2	5,9	4,5	7,5	3,4	6,4	2,6	5,7	5,2
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	174	184	195	47	48	49	50	16,7	14,9	17,5	17,9	17,4	14,8
	gg. Vj. in %	2,3	6,0	5,9	4,3	6,1	7,8	5,6	7,3	8,7	7,4	5,1	8,3	3,2
Drittländer	in Mrd. €	315	315	326	82	80	83	81	28,5	26,5	27,7	28,5	27,4	25,1
	gg. Vj. in %	-3,9	0,0	3,5	4,0	4,9	2,8	2,4	6,0	3,4	-0,8	2,3	3,5	1,4

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes, Warenhandel, Ursprungszahlen.

4.2 Entwicklung der Außenwirtschaft



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungenbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

5. Arbeitsmarkt

5.1 Erwerbstätige, Arbeitslose, gemeldete Arbeitsstellen

Bundesrepublik Deutschland

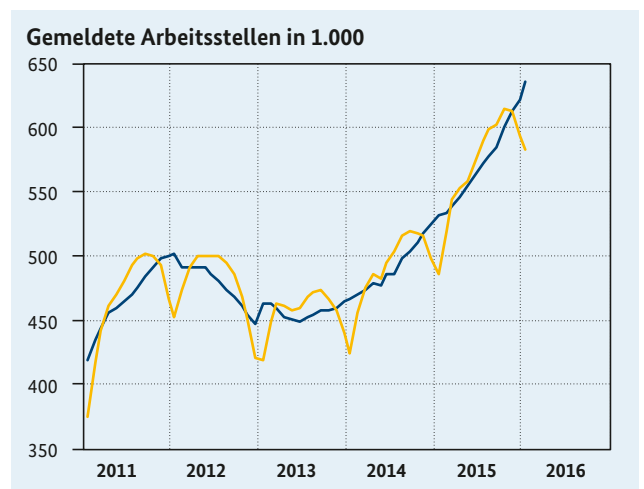
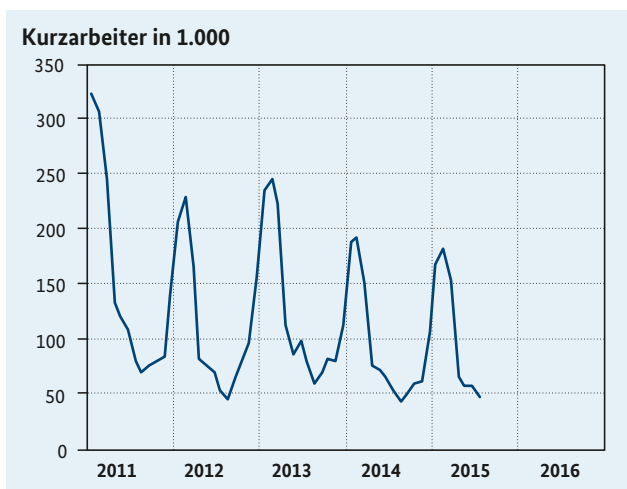
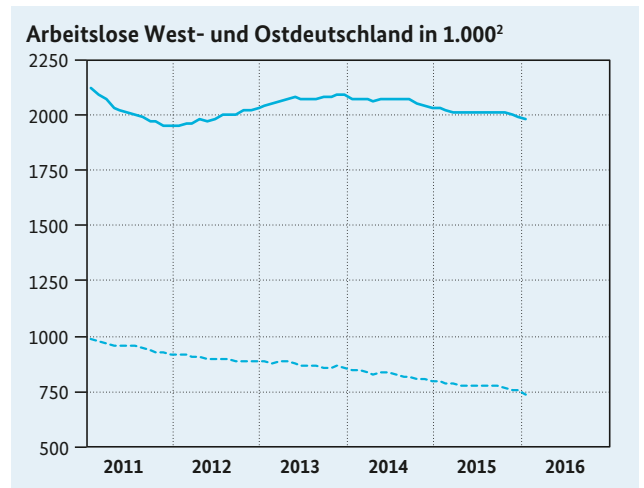
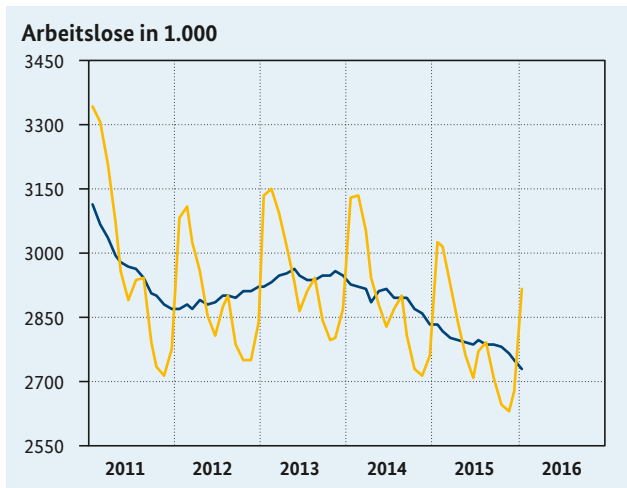
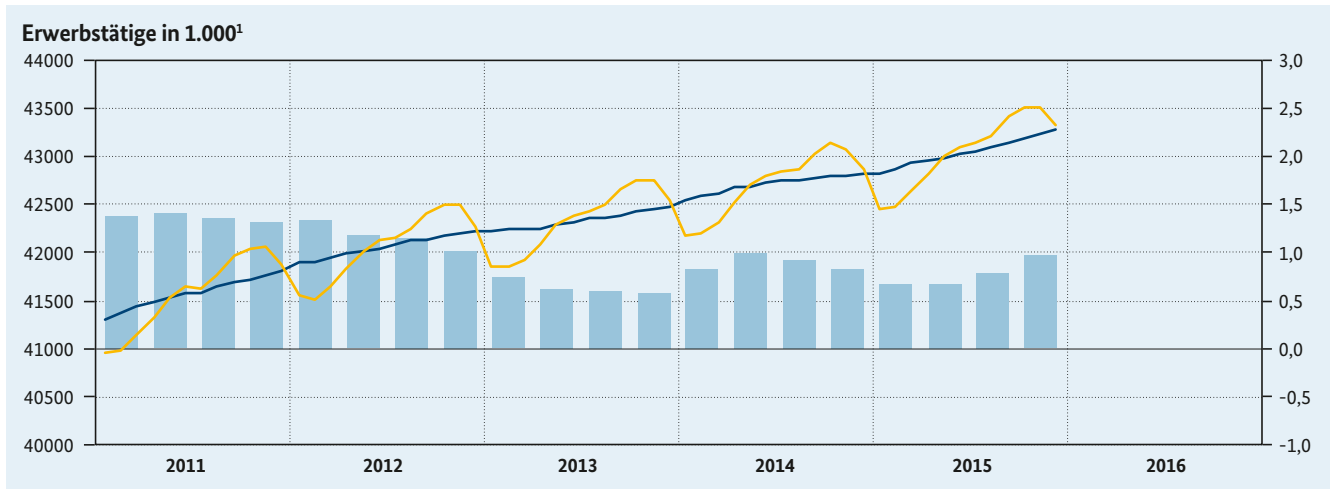
					2015				2015				2016	
		2013	2014	2015	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Ursprungszahlen														
Erwerbstätige ¹	in Tsd.	42328	42703	43032	42506	42953	43239	43428	43195	43388	43494	43490	43301	-
	gg. Vj. in Tsd.	+268	+375	+329	+281	+286	+335	+413	+338	+368	+376	+423	+439	-
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	in Tsd.	29728	30218	-	30382	30712	31028	-	30995	31344	31379	31393	-	-
	gg. Vj. in Tsd.	+367	+490	-	+564	+592	+662	-	+683	+682	+703	+757	-	-
Erwerbslose ²	in Tsd.	2182	2090	1950	2101	1953	1847	1899	1818	1808	1851	1939	1906	-
	gg. Vj. in Tsd.	-43	-92	-140	-165	-95	-187	-113	-292	-237	-166	-167	-7	-
Erwerbslosenquote	in %	5,2	5,0	4,6	5,0	4,7	4,4	4,5	4,3	4,3	4,4	4,6	4,5	-
Arbeitslose insgesamt ³	in Tsd.	2950	2898	2795	2993	2772	2759	2655	2796	2708	2649	2633	2681	2920
	gg. Vj. in Tsd.	+53	-52	-104	-116	-114	-102	-83	-106	-100	-83	-84	-82	-111
SGB II	in Tsd.	1981	1965	1936	1983	1950	1932	1879	1945	1909	1885	1869	1883	1959
	gg. Vj. in Tsd.	-14	-16	-29	-49	-36	-19	-13	-23	-14	-11	-13	-14	-30
SGB III	in Tsd.	970	933	859	1011	822	827	775	851	799	764	764	798	961
	gg. Vj. in Tsd.	+67	-36	-75	-67	-78	-83	-70	-83	-86	-73	-70	-68	-82
Westdeutschland	in Tsd.	2080	2075	2021	2137	2003	2013	1929	2042	1979	1930	1916	1943	2111
	gg. Vj. in Tsd.	+80	-6	-54	-55	-60	-59	-41	-63	-59	-45	-41	-37	-49
Ostdeutschland	in Tsd.	870	824	774	856	769	746	725	754	729	719	717	739	809
	gg. Vj. in Tsd.	-27	-46	-50	-61	-54	-42	-42	-43	-41	-39	-43	-45	-62
Arbeitslosenquote	in %	6,9	6,7	6,4	6,9	6,3	6,3	6,0	6,4	6,2	6,0	6,0	6,1	6,7
Westdeutschland	in %	6,1	5,9	5,7	6,1	5,7	5,7	5,5	5,8	5,6	5,5	5,4	5,5	6,0
Ostdeutschland	in %	10,3	9,8	9,2	10,1	9,1	8,9	8,6	9,0	8,7	8,6	8,5	8,8	9,6
Zugänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	648	637	626	679	597	629	600	645	643	596	613	591	765
Abgänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	645	647	633	623	670	630	609	622	731	655	629	543	526
Kurzarbeit ⁴ (konjunkturell bedingt)	in Tsd.	77	49	-	51	47	34	-	26	40	47	68	-	-
	gg. Vj. in Tsd.	+10	-27	-	-8	-9	-3	-	-6	+2	-1	+17	-	-
Unterbeschäftigung	in Tsd.	3901	3803	3632	3854	3630	3556	3486	3577	3509	3472	3477	3509	3681
	gg. Vj. in Tsd.	-27	-99	-171	-167	-177	-178	-162	-180	-183	-165	-159	-162	-183
Gemeldete Arbeitsstellen	in Tsd.	457	490	569	515	560	595	604	597	600	612	610	591	581
	gg. Vj. in Tsd.	-21	+33	+78	+63	+73	+83	+95	+81	+81	+95	+96	+93	+96
saisonbereinigte Angaben⁵														
Erwerbstätige ¹	gg. Vp. in Tsd.	+267	+375	+328	+68	+111	+108	+123	+35	+50	+33	+46	+44	-
	gg. Vp. in Tsd.	+367	+490	-	+206	+166	+177	-	+61	+58	+56	+76	-	-
Erwerbslose	gg. Vp. in Tsd.	-42	-86	-144	-56	-39	-54	-7	-15	-5	+1	+2	-2	-
	in %	5,2	5,0	4,6	4,8	4,7	4,6	4,5	4,6	4,5	4,5	4,5	4,5	-
Arbeitslose insgesamt ³	gg. Vp. in Tsd.	+53	-52	-103	-38	-26	-1	-25	-8	0	-7	-15	-16	-20
	gg. Vp. in Tsd.	-12	-16	-28	-13	+1	+8	-10	-6	+7	-3	-8	-12	-16
SGB II	gg. Vp. in Tsd.	+65	-37	-75	-25	-27	-8	-16	-1	-7	-5	-7	-4	-3
	gg. Vp. in Tsd.	+80	-6	-54	-22	-13	+1	-9	-4	+3	-3	-7	-7	-9
Ostdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-27	-46	-49	-15	-13	-1	-16	-4	-3	-4	-8	-9	-11
	gg. Vp. in Tsd.	-27	-46	-49	-15	-13	-1	-16	-4	-3	-4	-8	-9	-11
Arbeitslosenquote	in %	6,9	6,7	6,4	6,5	6,4	6,4	6,3	6,4	6,4	6,3	6,3	6,3	6,2
Westdeutschland	in %	6,0	6,0	5,7	5,8	5,7	5,7	5,7	5,7	5,7	5,7	5,7	5,7	5,6
Ostdeutschland	in %	10,3	9,7	9,2	9,3	9,2	9,2	9,0	9,2	9,2	9,1	9,0	8,9	8,8
Unterbeschäftigung	gg. Vp. in Tsd.	-26	-99	-171	-51	-50	-33	-32	-12	-11	-7	-13	-17	-25
Gemeldete Arbeitsstellen	gg. Vp. in Tsd.	-21	+33	+78	+17	+20	+23	+33	+5	+7	+16	+11	+10	+13
Indizes														
ifo Beschäftigungsbarometer	Index	106,1	106,8	108,4	107,7	108,0	108,1	109,8	108,4	108,6	109,1	109,9	110,5	109,7
IAB-Arbeitsmarktbarometer	Index	99,8	100,6	100,6	101,0	100,2	100,7	100,6	100,9	100,6	100,6	100,5	100,6	100,2
BA-X Stellenindex	Index	159,1	169,0	192,4	182,3	187,7	194,7	205,0	195,0	197,0	202,0	206,0	207,0	211,0

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, ifo Institut, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, Statistisches Bundesamt.

- 1 Inlandskonzept;
- 2 Aus der Arbeitskräfteerhebung; Abgrenzung nach ILO;
- 3 Abgrenzung nach SGB; Quoten auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen;
- 4 Konjunkturelle Kurzarbeit nach § 96 SGB III;
- 5 Verfahren Census X-12-ARIMA.

5.2 Entwicklung des Arbeitsmarkts

Bundesrepublik Deutschland



■ Erwerbstätige – vierteljährliche Vorjahresveränderung in % (rechte Skala)
 — Ursprungswerte
 — saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA
— Arbeitslose Westdeutschland
 - - - Arbeitslose Ostdeutschland

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt.

1 Erwerbstätige nach dem Inlandskonzept;

2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

6. Preise

6.1 Verbraucherpreise, Erzeugerpreise, Baupreise

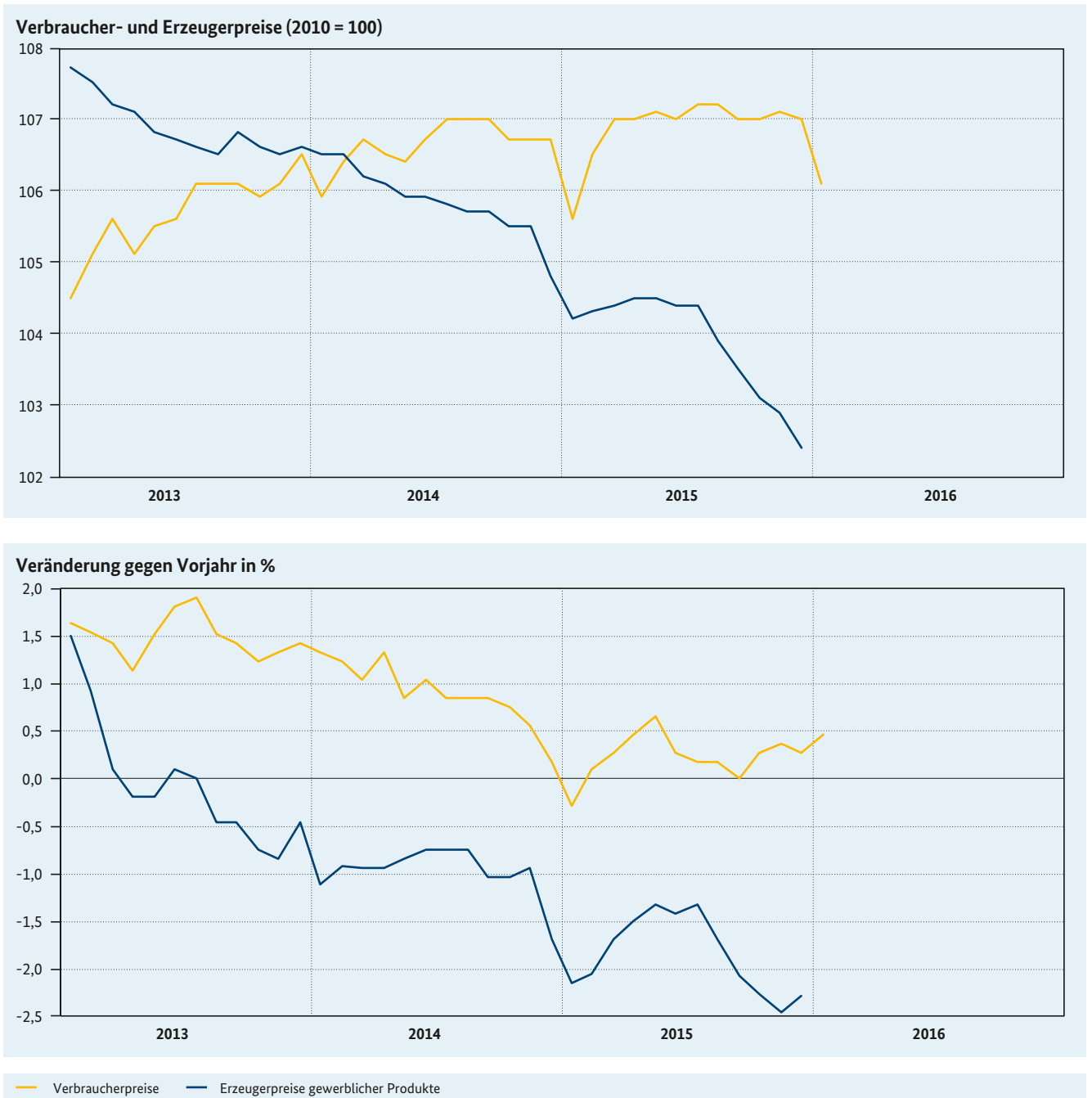
Bundesrepublik Deutschland

		2015			2015				2016					
		2013	2014	2015	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Verbraucherpreise¹														
Insgesamt (Ursprungszahlen)	Index	105,7	106,6	106,9	106,4	107,0	107,1	107,0	107,2	107,0	107,0	107,1	107,0	106,1
	gg. Vj. in %	+1,5	+0,9	+0,3	+0,1	+0,5	+0,1	+0,3	+0,2	0,0	+0,3	+0,4	+0,3	+0,5
Waren	Index	107,7	107,9	107,0	106,4	107,8	106,9	106,8	106,7	107,0	107,1	107,1	106,1	105,2
	gg. Vj. in %	+1,7	+0,2	-0,8	-1,4	-0,4	-1,0	-0,7	-0,9	-1,3	-0,8	-0,6	-0,6	-0,3
Verbrauchsgüter	Index	111,5	111,7	110,0	109,7	111,1	110,0	109,0	109,9	109,4	109,3	109,4	108,3	107,5
	gg. Vj. in %	+2,3	+0,2	-1,5	-2,1	-0,9	-1,9	-1,6	-1,8	-2,4	-2,1	-1,5	-1,3	-1,1
darunter:	Index	110,4	111,5	112,4	112,0	113,0	111,8	112,7	111,5	112,1	112,7	112,9	112,4	112,4
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	+4,4	+1,0	+0,8	-0,5	+1,2	+0,8	+1,8	+0,8	+1,1	+1,6	+2,3	+1,4	+0,9
darunter:	Index	120,6	119,5	112,8	114,4	114,5	112,2	110,3	112,0	111,6	111,1	111,0	108,7	106,8
Haushaltsenergie ²	gg. Vj. in %	+4,1	-0,9	-5,6	-4,8	-4,7	-6,5	-6,2	-6,7	-7,0	-6,5	-6,3	-6,0	-5,7
Gebrauchsgüter, mittlere Lebensdauer	Index	104,1	104,8	105,5	104,2	105,8	104,8	107,1	104,3	107,2	108,1	107,4	105,8	103,6
	gg. Vj. in %	+1,4	+0,7	+0,7	+0,2	+0,5	+0,9	+0,9	+1,2	+0,9	+1,9	+0,9	+0,1	+1,0
Gebrauchsgüter, langlebig	Index	97,4	96,9	97,3	96,8	97,2	97,3	97,8	97,4	97,4	97,7	97,8	97,9	98,0
	gg. Vj. in %	-0,6	-0,5	+0,4	-0,2	+0,3	+0,4	+1,1	+0,4	+0,7	+1,1	+1,2	+1,1	+1,2
Dienstleistungen	Index	103,8	105,5	106,8	106,3	106,3	107,3	107,3	107,6	107,0	106,9	107,1	107,9	107,0
	gg. Vj. in %	+1,4	+1,6	+1,2	+1,4	+1,2	+1,1	+1,2	+1,2	+1,1	+1,2	+1,2	+1,2	+1,2
darunter:	Index	103,8	105,4	106,7	106,2	106,5	106,8	107,1	106,8	106,9	107,0	107,1	107,1	107,3
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	+1,3	+1,5	+1,2	+1,3	+1,2	+1,2	+1,1	+1,1	+1,2	+1,1	+1,1	+1,0	+1,1
Insgesamt ohne Energie	Index	104,2	105,6	106,8	106,2	106,6	107,0	107,4	107,1	107,1	107,3	107,3	107,6	106,9
	gg. Vj. in %	+1,6	+1,3	+1,1	+1,0	+1,2	+1,0	+1,3	+1,1	+1,1	+1,4	+1,3	+1,1	+1,2
Energie	Index	118,0	115,5	107,4	107,6	110,4	107,7	104,0	107,5	105,7	104,9	105,0	102,0	99,5
	gg. Vj. in %	+1,4	-2,1	-7,0	-7,3	-5,6	-7,6	-7,6	-7,6	-9,3	-8,6	-7,5	-6,5	-5,8
Insgesamt (saisonbereinigt³)	Index	105,7	106,6	106,9	106,4	107,1	107,0	107,0	107,0	107,0	107,0	107,1	106,8	106,6
	gg. Vj. in %	+1,5	+0,9	+0,3	0,0	+0,5	+0,1	+0,4	+0,1	0,0	+0,2	+0,3	+0,5	+0,6
HVPI⁴	Index	115,3	116,2	116,3	115,8	116,5	116,6	116,5	116,7	116,4	116,4	116,5	116,5	115,3
	gg. Vj. in %	+1,6	+0,8	+0,1	-0,1	+0,3	0,0	+0,3	+0,1	-0,2	+0,2	+0,3	+0,2	+0,4
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte⁵														
Insgesamt	Index	106,9	105,8	103,9	104,3	104,5	103,9	102,8	103,9	103,5	103,1	102,9	102,4	-
	gg. Vj. in %	-0,1	-1,0	-1,8	-2,0	-1,4	-1,7	-2,4	-1,7	-2,1	-2,3	-2,5	-2,3	-
Vorleistungsgüter	Index	104,6	103,5	102,3	102,5	102,9	102,6	101,2	102,6	102,2	101,6	101,1	100,8	-
	gg. Vj. in %	-1,1	-1,1	-1,2	-1,2	-0,6	-1,0	-2,1	-1,0	-1,4	-1,9	-2,2	-2,2	-
Investitionsgüter	Index	103,0	103,5	104,2	103,9	104,1	104,3	104,4	104,3	104,3	104,3	104,4	104,4	-
	gg. Vj. in %	+0,8	+0,5	+0,7	+0,6	+0,7	+0,8	+0,7	+0,8	+0,7	+0,6	+0,7	+0,7	-
Konsumgüter	Index	108,4	109,0	108,1	107,9	108,2	108,2	108,2	108,1	108,3	108,3	108,2	108,1	-
	gg. Vj. in %	+2,0	+0,6	-0,8	-1,2	-1,1	-1,0	+0,1	-1,2	-0,7	-0,2	+0,1	+0,3	-
Gebrauchsgüter	Index	104,3	105,7	107,1	106,6	107,0	107,3	107,4	107,3	107,3	107,3	107,5	107,5	-
	gg. Vj. in %	+1,0	+1,3	+1,3	+1,1	+1,3	+1,4	+1,4	+1,4	+1,3	+1,3	+1,5	+1,5	-
Verbrauchsgüter	Index	109,0	109,5	108,3	108,1	108,4	108,3	108,3	108,2	108,5	108,4	108,3	108,2	-
	gg. Vj. in %	+2,1	+0,5	-1,1	-1,5	-1,4	-1,4	-0,1	-1,5	-1,0	-0,5	-0,1	+0,2	-
Energie	Index	112,0	108,5	102,6	104,3	104,1	102,3	99,7	102,3	101,2	100,3	100,1	98,7	-
	gg. Vj. in %	-0,9	-3,1	-5,4	-5,5	-4,3	-5,1	-6,8	-5,0	-6,1	-6,5	-7,1	-6,8	-
Baupreise⁶														
Wohngebäude	Index	107,5	109,4	111,1	110,6	110,9	111,4	111,6	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+2,0	+1,8	+1,6	+1,6	+1,6	+1,6	+1,6	-	-	-	-	-	-
Straßenbau	Index	108,9	110,3	111,4	111,1	111,3	111,4	111,6	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+2,4	+1,3	+1,0	+1,3	+1,2	+0,5	+0,7	-	-	-	-	-	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisindex 2010 = 100; Gliederung nach Waren und Leistungen; Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose); 2 Strom, Gas und andere Brennstoffe; 3 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA; 4 Harmonisierter Verbraucherpreisindex; Ursprungszahlen; Basis 2005 = 100; 5 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; 6 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; Quartalsdaten.

6.2 Entwicklung der Verbraucherpreise, Erzeugerpreise



6.3 Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Wechselkurse des Euro

Bundesrepublik Deutschland

					2015				2015				2016	
		2013	2014	2015	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Weltmarktpreise für Rohstoffe¹														
Insgesamt	Index	122,5	113,8	66,8	69,2	76,7	64,4	56,9	61,5	61,5	61,7	57,8	51,1	44,7
	gg. Vj. in %	-2,0	-7,2	-41,3	-43,1	-38,2	-45,1	-38,1	-47,6	-45,3	-39,9	-38,6	-35,2	-31,8
Nahrungs- und Genussmittel	Index	109,1	105,9	87,8	92,2	87,6	87,1	84,4	86,3	83,4	85,7	83,9	83,5	80,9
	gg. Vj. in %	-10,9	-2,9	-17,1	-14,7	-25,0	-13,3	-14,3	-15,2	-12,7	-12,2	-15,7	-15,1	-14,7
Industrie-Rohstoffe	Index	93,6	89,0	70,0	76,2	74,2	67,5	62,2	66,5	66,7	65,1	61,2	60,3	59,8
	gg. Vj. in %	-2,7	-4,9	-21,3	-16,4	-17,5	-25,5	-26,4	-27,3	-24,7	-24,4	-28,1	-26,7	-23,7
Energie-Rohstoffe (Rohöl und Kohle)	Index	129,1	119,1	64,7	66,2	76,4	62,3	53,9	58,9	59,0	59,4	55,3	47,0	39,3
	gg. Vj. in %	-1,4	-7,7	-45,7	-48,5	-41,8	-49,7	-42,0	-52,3	-50,1	-44,1	-42,1	-38,9	-35,5
Außenhandelspreise²														
Einfuhrpreise insgesamt	Index	105,9	103,6	100,9	101,5	102,9	100,6	98,8	100,3	99,6	99,3	99,1	97,9	-
	gg. Vj. in %	-2,6	-2,2	-2,6	-2,9	-0,9	-3,0	-3,5	-3,1	-4,0	-4,1	-3,5	-3,1	-
Güter der Ernährungswirtschaft	Index	112,6	111,9	112,7	113,6	113,7	111,6	111,8	111,2	111,7	112,1	111,8	111,5	-
	gg. Vj. in %	+0,9	-0,6	+0,7	+0,5	+1,3	+0,5	+0,5	+0,1	+0,3	+0,7	+0,7	0,0	-
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Index	105,3	102,8	99,7	100,2	101,8	99,4	97,4	99,2	98,3	98,0	97,8	96,5	-
	gg. Vj. in %	-2,9	-2,4	-3,0	-3,3	-1,2	-3,4	-4,0	-3,4	-4,7	-4,6	-4,0	-3,5	-
Rohstoffe und Halbwaren	Index	118,1	109,0	88,3	91,5	95,8	86,4	79,7	85,1	83,2	82,6	80,6	75,9	-
	gg. Vj. in %	-6,9	-7,7	-19,0	-19,6	-14,1	-20,8	-21,6	-21,6	-23,7	-22,7	-21,8	-20,0	-
Fertigwaren	Index	101,3	100,9	103,3	102,9	103,7	103,5	102,9	103,5	103,1	102,7	103,2	102,9	-
	gg. Vj. in %	-1,4	-0,4	+2,4	+2,4	+3,3	+2,5	+1,4	+2,6	+1,9	+1,3	+1,7	+1,4	-
Ausfuhrpreise insgesamt	Index	104,3	104,0	104,9	104,8	105,4	105,0	104,3	104,9	104,6	104,4	104,5	104,1	-
	gg. Vj. in %	-0,6	-0,3	+0,9	+0,8	+1,4	+0,8	+0,2	+0,8	+0,3	+0,2	+0,3	+0,2	-
Terms of Trade	Verhältnis	98,5	100,4	103,9	103,3	102,4	104,4	105,6	104,6	105,0	105,1	105,4	106,3	-
	gg. Vj. in %	+2,0	+1,9	+3,5	+3,9	+2,4	+3,8	+3,8	+4,0	+4,5	+4,4	+3,8	+3,3	-
Wechselkurs des Euro														
in US-Dollar	Kurs	1,33	1,33	1,11	1,13	1,10	1,11	1,09	1,11	1,12	1,12	1,07	1,09	1,09
	gg. Vj. in %	+3,3	+0,1	-16,5	-17,7	-19,4	-16,1	-12,3	-16,3	-13,0	-11,3	-13,9	-11,8	-6,5
in Yen	Kurs	129,7	140,4	134,3	134,2	134,1	135,9	132,9	137,1	134,9	134,8	131,6	132,4	128,3
	gg. Vj. in %	+26,3	+8,3	-4,3	-4,7	-4,2	-1,3	-7,0	0,0	-2,6	-1,5	-9,3	-10,0	-6,7
in Pfund-Sterling	Kurs	0,85	0,81	0,73	0,74	0,72	0,72	0,72	0,71	0,73	0,73	0,71	0,73	0,75
	gg. Vj. in %	+4,7	-5,0	-10,0	-10,2	-11,5	-9,6	-8,5	-10,4	-7,6	-7,1	-10,6	-7,9	-1,6
Effektive Wechselkurse des Euro³														
nominal	Index	101,2	101,8	92,3	93,0	91,2	92,7	92,4	93,0	93,8	93,6	91,1	92,5	93,6
	gg. Vj. in %	+3,6	+0,6	-9,3	-10,1	-11,9	-8,4	-6,7	-8,4	-6,1	-5,5	-7,9	-6,6	-1,7
real, auf Basis von Verbraucherpreisen	Index	98,2	97,9	88,4	89,2	87,5	88,7	88,3	89,0	89,7	89,6	87,1	88,2	89,1
	gg. Vj. in %	+3,3	-0,3	-9,7	-10,7	-12,1	-8,7	-6,9	-8,8	-6,5	-5,7	-8,2	-6,9	-2,2
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft⁴														
25 ausgewählte Industrieländer	Index	98,4	98,5	94,7	95,0	94,5	94,8	94,7	94,9	95,2	95,1	94,2	94,8	95,1
	gg. Vj. in %	+2,5	+0,2	-3,8	-4,2	-4,5	-3,7	-3,1	-3,6	-3,0	-2,5	-3,7	-3,0	-0,6
56 Länder	Index	90,4	91,0	86,5	86,6	85,5	86,9	86,9	87,1	87,8	87,5	86,0	87,1	87,9
	gg. Vj. in %	+2,3	+0,7	-5,0	-6,1	-6,8	-4,1	-3,1	-4,0	-2,4	-2,3	-4,0	-3,1	+0,4

Quellen: HWWI, Europäische Zentralbank, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

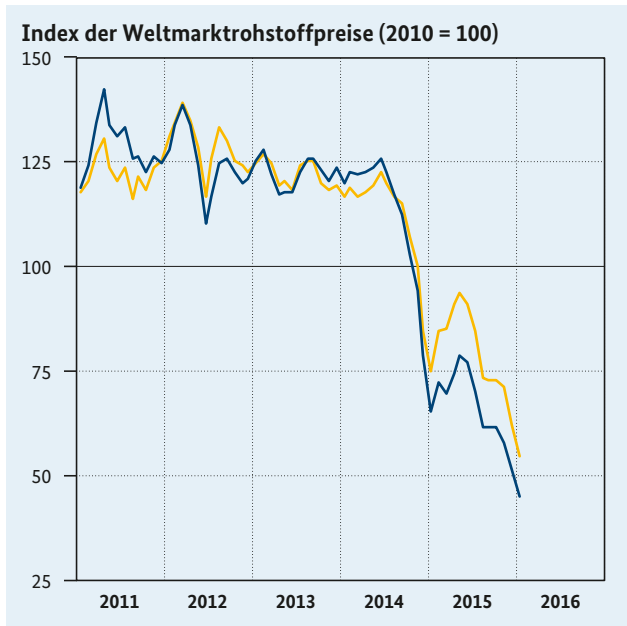
1 HWWI-Index auf US-Dollar-Basis, 2010=100;

2 Index 2010=100;

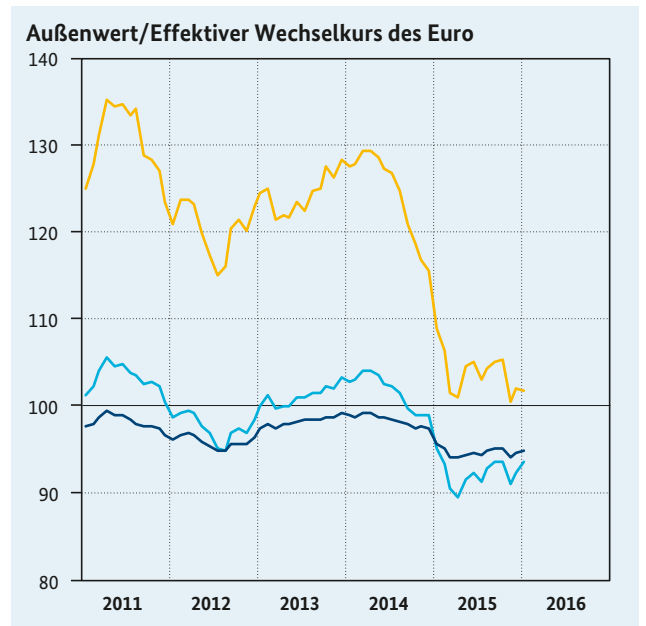
3 Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Die verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 2007 bis 2009 mit den neun nicht dem Euro-Währungsgebiet angehörenden EU-Mitgliedstaaten sowie Australien, China, Hongkong, Japan, Kanada, Norwegen, Schweiz, Singapur, Südkorea, Vereinigte Staaten;

4 Berechnung der Deutschen Bundesbank; auf Basis der Verbraucherpreise.

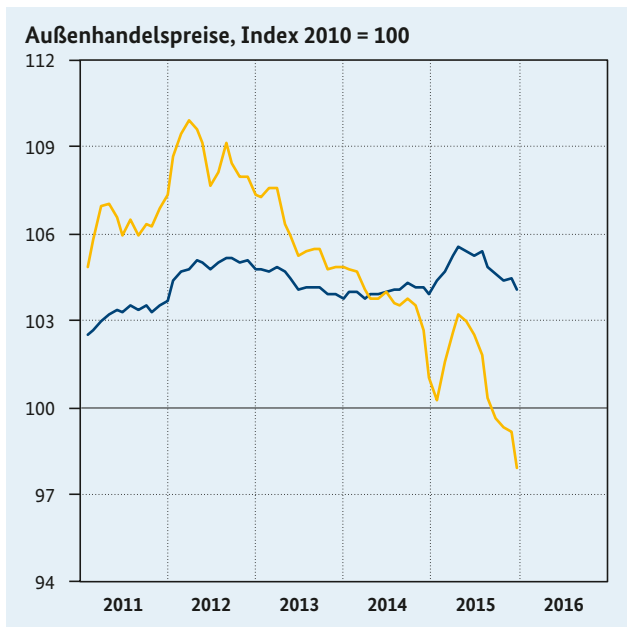
6.4 Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Außenwert des Euro



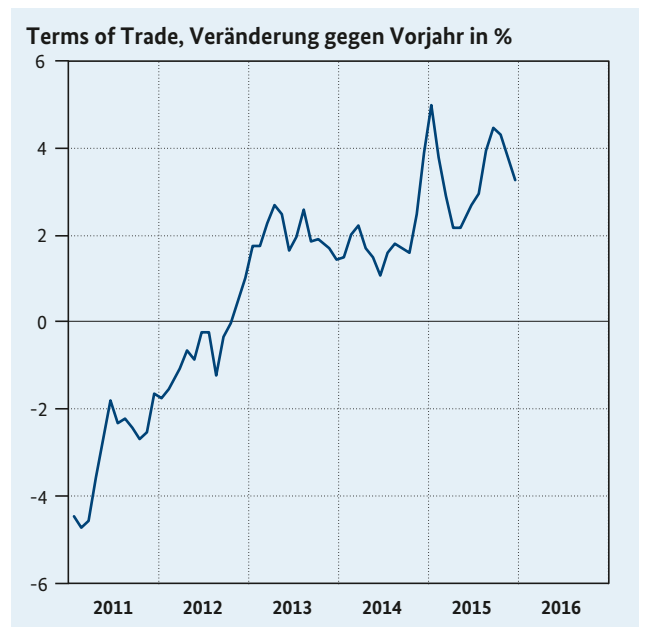
— auf Euro-Basis
— auf US-Dollar-Basis



— Außenwert des Euro gegenüber dem US-Dollar; 1999 = 100
— Nominaler effektiver Wechselkurs des Euro ¹;
1. Quartal 1999 = 100
— Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ²



— Einfuhrpreise
— Ausfuhrpreise



Quellen: HWWI, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

- 1 Erstes Quartal 1999 = 100; Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Durchschnitte der Euro Wechselkurse. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 1999 bis 2001 mit den Handelspartnern Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich sowie Vereinigte Staaten und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider;
- 2 Realer effektiver Wechselkurs Deutschlands auf Basis der Verbraucherpreise (25 Industrieländer).

7. Monetäre Entwicklung

7.1 Zinsen, Geldmenge, Kredite, Aktienindizes

					2015				2015				2016	
		2013	2014	2015	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Geldmarktsätze, Umlaufrenditen (Monatsdurchschnitte)														
3-Monats Repo-Satz ¹	Zinssatz	-	0,12	-0,13	-0,05	-0,13	-0,15	-0,20	-0,16	-0,16	-0,15	-0,18	-0,27	-0,27
3-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,22	0,21	-0,02	0,05	-0,01	-0,03	-0,09	-0,03	-0,04	-0,05	-0,09	-0,13	-0,15
6-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,34	0,31	0,05	0,13	0,06	0,04	-0,01	0,04	0,04	0,02	-0,02	-0,04	-0,06
12-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,54	0,48	0,17	0,26	0,17	0,16	0,09	0,16	0,15	0,13	0,08	0,06	0,04
Differenz														
3M-EURIBOR ./ 3M-Repo-Satz ¹	Zinssatz	-	0,09	0,11	0,09	0,12	0,13	0,11	0,13	0,12	0,09	0,09	0,15	0,12
Umlaufrendite														
3-5-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,41	0,22	-0,12	-0,14	-0,08	-0,09	-0,19	-0,11	-0,09	-0,15	-0,22	-0,20	-0,25
Umlaufrendite														
5-8-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,94	0,64	0,13	0,03	0,17	0,23	0,08	0,19	0,22	0,10	0,06	0,08	0,04
Umlaufrendite														
9-10-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	1,57	1,16	0,50	0,31	0,49	0,66	0,53	0,61	0,65	0,52	0,52	0,55	0,43
Geldmenge														
Wachstum der Geldmenge M1 ²	gg. Vj. in %	7,0	6,0	10,9	9,4	11,3	11,8	11,2	11,5	11,7	11,8	11,1	10,7	-
Wachstum der Geldmenge M2 ²	gg. Vj. in %	4,0	2,6	5,0	4,3	5,1	5,2	5,3	5,1	5,2	5,4	5,2	5,2	-
Wachstum der Geldmenge M3 ²	gg. Vj. in %	2,3	1,9	4,8	4,2	5,1	5,0	5,0	4,9	4,9	5,3	5,0	4,7	-
Wachstum der Geldmenge M3														
3-Monatsdurchschnitt ²	gg. Vj. in %	2,3	1,9	-	4,3	5,1	5,0	-	5,0	5,0	5,1	5,0	-	-
Kredite														
an den privaten Sektor im Euroraum ³	gg. Vj. in %	-0,9	-2,0	+0,6	-0,1	+0,4	+0,9	+1,1	+1,1	+0,8	+1,1	+1,3	+0,8	-
Buchkredite im Euroraum	gg. Vj. in %	-1,2	-1,6	+0,8	+0,3	+0,8	+1,0	+1,1	+1,1	+0,7	+1,1	+1,4	+0,6	-
an den privaten Sektor in Deutschland ²	gg. Vj. in %	+0,6	+1,0	+2,5	+2,5	+2,1	+2,8	+2,7	+2,9	+2,6	+2,7	+2,8	+2,6	-
Buchkredite in Deutschland	gg. Vj. in %	+0,6	+0,8	+2,1	+1,9	+1,9	+2,2	+2,5	+2,3	+2,2	+2,5	+2,5	+2,4	-
Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in D. ³	gg. Vj. in %	-0,7	-0,2	-0,6	-0,5	-1,2	-0,9	+0,1	-0,9	-1,0	-0,7	-0,6	+1,5	-
Laufzeit bis 1 Jahr	gg. Vj. in %	-4,5	-2,9	-0,8	+0,7	-1,4	-0,9	-1,6	-0,8	-0,3	0,0	-2,3	-2,3	-
Laufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	gg. Vj. in %	-1,2	+1,1	-1,5	+1,1	-2,6	-3,0	-1,6	-3,1	-3,2	-3,0	-2,2	+0,5	-
Laufzeit über 5 Jahre	gg. Vj. in %	+0,3	+0,3	-0,4	-1,1	-0,9	-0,4	+0,8	-0,4	-0,7	-0,4	+0,2	+2,6	-
Buchkredite an private Haushalte in Deutschland ³	gg. Vj. in %	+1,0	+1,2	+2,1	+1,6	+1,9	+2,3	+2,6	+2,3	+2,4	+2,5	+2,6	+2,6	-
darunter:														
Wohnungsbaukredite	gg. Vj. in %	+2,3	+2,2	+3,4	+3,0	+3,2	+3,6	+3,6	+3,5	+3,7	+3,7	+3,7	+3,5	-
Aktienmärkte (Monatsdurchschnitte)														
Deutscher Aktienindex (DAX 30) ⁴	Index	8307	9537	10969	10962	11598	10686	10630	10818	9953	10222	10986	10681	9871
	gg. Vp. in %	+21,1	+14,8	+15,0	+16,2	+5,8	-7,9	-0,5	-4,2	-8,0	+2,7	+7,5	-2,8	-7,6
Dow Jones Euro Stoxx (50) ⁵	Index	2793	3145	3445	3438	3624	3385	3335	3444	3165	3275	3440	3288	3042
	gg. Vp. in %	+15,6	+12,6	+9,5	+10,7	+5,4	-6,6	-1,5	-2,8	-8,1	+3,5	+5,0	-4,4	-7,5
Standard & Poor's 500 ⁵	Index	1642	1931	2061	2064	2102	2026	2053	2040	1943	2025	2081	2054	1923
	gg. Vp. in %	+19,1	+17,6	+6,7	+2,5	+1,8	-3,6	+1,4	-2,6	-4,7	+4,2	+2,8	-1,3	-6,4
Nikkei 225 ⁵	Index	13540	15475	19166	18173	20032	19422	19037	19919	17961	18377	19553	19182	17404
	gg. Vp. in %	+48,6	+14,3	+23,8	+8,9	+10,2	-3,0	-2,0	-2,3	-9,8	+2,3	+6,4	-1,9	-9,3

Quellen: STOXX, Europäische Zentralbank, Deutsche Bundesbank, Deutsche Börse AG, Dow Jones & Company

1 STOXX GC Pooling Index, 3 Monate

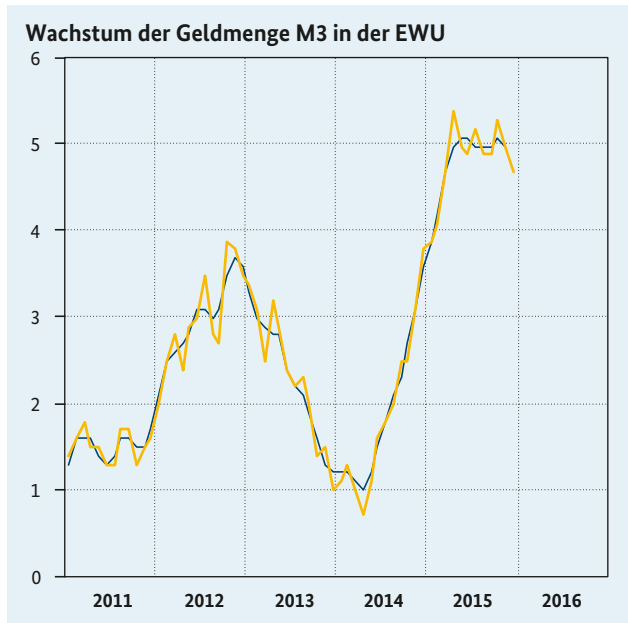
2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

3 Ursprungszahlen;

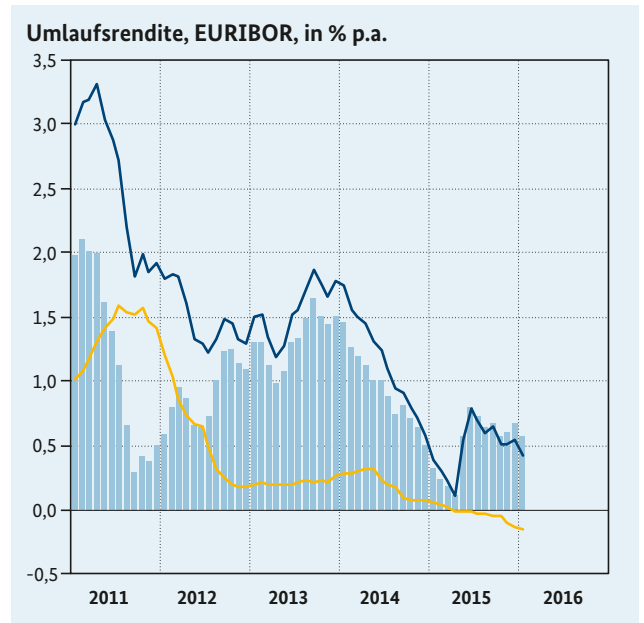
4 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);

5 Kurs- bzw. Preisindex.

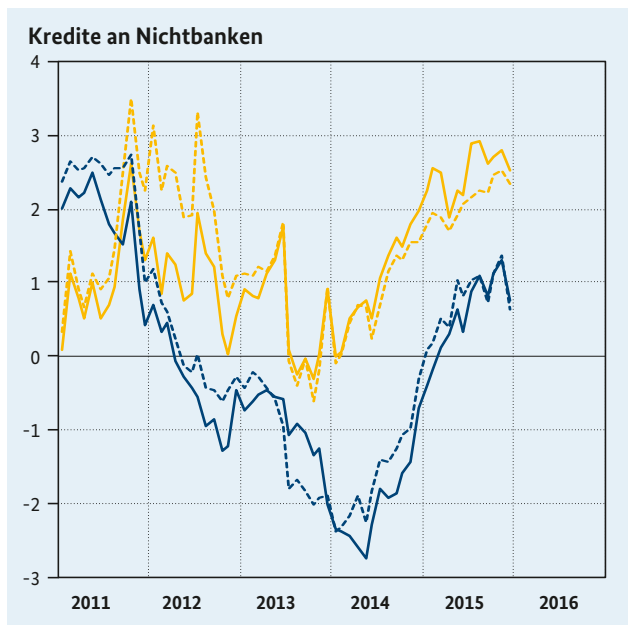
7.2 Monetäre Entwicklung und Zinsstruktur



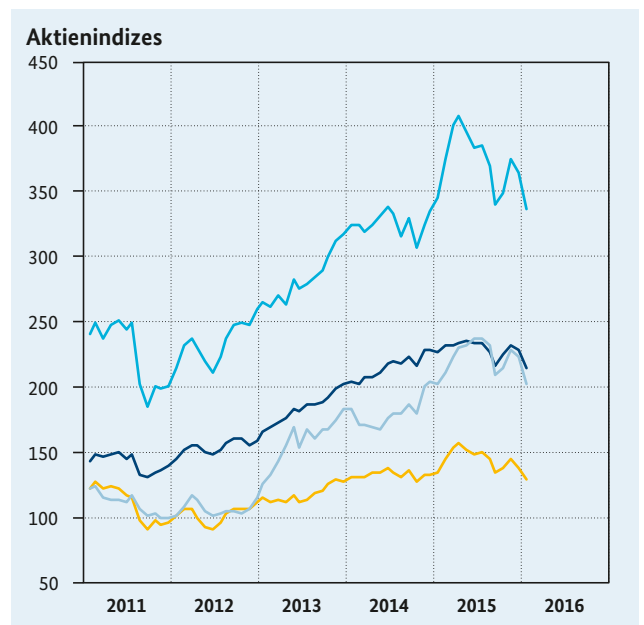
saisonbereinigt, Veränderung gegen Vorjahr in %¹
 — monatlich
 — gleitender 3-Monatsdurchschnitt



— EURIBOR 3-Monatsgeld²
 — Bundesanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit²
 ■ Differenz: Bundesanleihen – EURIBOR



Veränderung gegen Vorjahr in %
 — Deutschland
 — EWU
 - - - Buchkredite Deutschland
 - - - Buchkredite EWU



Monatsdurchschnitte, Januar 2003 = 100
 — DAX 30³
 — Dow Jones Euro Stoxx (50)⁴
 — Standard & Poor's 500⁴
 — Nikkei 225⁴

Quelle: Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA;

2 Monatsdurchschnitte;

3 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);

4 Kurs- bzw. Preisindex.

Erläuterungen zur Konjunkturanalyse

Die Resultate der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten einer Volkswirtschaft finden ihren zusammenfassenden Ausdruck in den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Die konjunkturelle Entwicklung wird daher am umfassendsten in den makroökonomischen Aggregaten der VGR widergespiegelt. Ein wesentlicher Nachteil der VGR-Daten ist es jedoch, dass sie erst vergleichsweise spät vorliegen. In der Regel sind vorläufige Daten aus dem abgelaufenen Quartal erst 6–8 Wochen, endgültige Daten oft erst Jahre später verfügbar. Daher kann auf die VGR-Ergebnisse für die Beobachtung und Analyse der Konjunktur am aktuellen Rand nur in sehr beschränktem Maße zurückgegriffen werden.

Ziel der Konjunkturanalyse ist es, auf Basis der aktuellen Konjunkturindikatoren Aussagen über die tatsächlichen konjunkturellen Bewegungen der Wirtschaft zu machen. Aus der Konjunkturanalyse sollen außerdem soweit wie möglich auch fundierte Aussagen über künftige Entwicklungen abgeleitet werden. Diese Untersuchungen können nur auf der Grundlage möglichst aktueller statistischer Daten und hierauf basierender Indikatoren erfolgen. Deshalb greift die Konjunkturbeobachtung auf bestimmte Indikatoren als Näherungsgrößen für später zu erwartende VGR-Ergebnisse zurück. Die beobachteten Indikatoren decken dabei für die konjunkturelle Entwicklung wichtige Einzelatbestände und Teilbereiche der Gesamtwirtschaft ab und lassen sich wie folgt kategorisieren:

- ▶ Indikatoren, deren statistische Datenbasis Wertgrößen sind (Produktion, Auftragseingang, Außenhandel, Einzelhandelsumsätze, Geldmenge, usw.)
- ▶ Indikatoren auf Basis von Personenzahlen und physischer Größen (Baugenehmigungen, Erwerbstätige, offene Stellen, usw.)
- ▶ Indikatoren auf der Grundlage von Umfrageergebnissen (ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, usw.)

Obleich weniger aktuell, sind die Ergebnisse der VGR für die Konjunkturbeobachtung unentbehrlich, da nur sie einen exakten quantitativen Einblick in die Entwicklung der Gesamtwirtschaft erlauben. Neben der Beobachtung der

konjunkturellen Entwicklung am aktuellen Rand auf der Grundlage von Einzelindikatoren werden im Quartals- und Halbjahresturnus daher auch die jeweils neuesten Ergebnisse der VGR in die Betrachtung einbezogen.

In Bezug auf ihre Aktualität lassen sich die Indikatoren in so genannte vorlaufende Indikatoren (z. B. ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, Auftragseingänge, Baugenehmigungen), gleichlaufende (Produktion, Umsätze) und nachlaufende Indikatoren (Erwerbstätige, Arbeitslose) einteilen.

Konjunkturelle Bewegungen unterscheiden sich sowohl in ihrer zeitlichen Abfolge als auch in ihrer Intensität in den einzelnen Bereichen und Zweigen der Wirtschaft. Die einzelnen Indikatoren werden daher nach ökonomischen Teilbereichen der Gesamtwirtschaft (z. B. Gewerbliche Wirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Handel) bis auf die Ebene einzelner Wirtschaftszweige disaggregiert und gesondert betrachtet.

Der sich in den Indikatoren auf der Grundlage der Ursprungswerte (= originäre statistische Daten) ausdrückende konjunkturelle Verlauf wird von saisonalen Schwankungen und irregulären bzw. kalendarischen Einflüssen (Arbeitstage, Ferien, u. ä.) überlagert. Indikatoren, die auf Wertgrößen basieren, können bei Veränderungen des Preisniveaus die Analyse der realwirtschaftlichen Aktivitäten zusätzlich erschweren. Durch verschiedene Bereinigungsverfahren können die genannten Einflüsse aber quantifiziert und weitgehend neutralisiert werden. Dies ermöglicht eine Betrachtung der durch realwirtschaftliche Aktivitäten bedingten konjunkturellen Entwicklung im engeren Sinne.

Der überwiegende Teil der im Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zur wirtschaftlichen Lage beobachteten Konjunkturindikatoren wird auf Basis der Ursprungswerte arbeitstäglich bereinigt und saisonbereinigt analysiert. Die auf Wertgrößen basierenden Indikatoren werden dabei so weit als möglich in nominaler (d. h. nicht preisbereinigter) und realer (d. h. preisbereinigter) Form zugrunde gelegt. Die Saisonbereinigung der aktuellen Konjunkturindikatoren einschließlich der VGR und der Erwerbstätigenreihen erfolgt in der Regel nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA.

Die Berichterstattung zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland umfasst die üblichen Konjunkturindikatoren aus der VGR, Produzierendem Gewerbe, Binnen- und Außenhandel, Arbeitsmarkt, Preisentwicklung und einige wichtige monetäre Indikatoren. Daneben werden Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest (Geschäftsklima) und einige weitere wichtige, aus Umfragen gewonnene Indikatoren berücksichtigt. Im internationalen Vergleich werden die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Leistungsbilanz, der Arbeitslosigkeit und der Verbraucherpreise ausgewiesen.

Ansprechpartner im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie:

André Eid, Dr. Kai Hielscher, Dr. Sibylle Grabert und Dr. Sören Enkelmann
(Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss in der Kritik)

Dr. Ron Lipka und Dr. Matthias Hildebrand
(Startschuss für eine Modernisierungsoffensive im Gebäudebereich: das neue Anreizprogramm Energieeffizienz)

Andreas Liessem
(Forschungsprojekt PEGASUS)

Referat IC 1 Beobachtung, Analyse und Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
(Wirtschaftliche Lage)

Fragen und Anregungen können Sie gerne an sdw@bmwi.bund.de richten.

Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben

Ausgabe	Fachartikel
März 2015	<p>Sinkende Arbeitslosigkeit ist nicht genug</p> <p>Neue Märkte in Subsahara-Afrika – Herausforderungen und Chancen</p> <p>Vertragsverletzungsverfahren der Europäischen Kommission gegen Deutschland – eine Bestandsaufnahme</p> <p>Mehr Energieeffizienz bei Staubsaugern</p>
April 2015	<p>Das Momentum für mehr Weitblick in der Europapolitik nutzen</p> <p>Ausschreibung der Förderung erneuerbarer Energien beginnt</p> <p>Partner Indien – Perspektiven 2015</p> <p>Auf dem Weg zu mehr Forschung und Innovation in Deutschland</p>
Mai 2015	<p>Frühjahrsprojektion 2015 der Bundesregierung: Deutsche Wirtschaft im Aufschwung</p> <p>Stärkung von Investitionen in Deutschland</p> <p>Online-Befragung zeigt großen kommunalen Investitionsbedarf</p> <p>Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss im Fokus</p> <p>Das Nationale Reformprogramm 2015</p> <p>Expo Milano 2015</p>
Juni 2015	<p>ZIM – optimiert: Neue Richtlinie für das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand</p> <p>Reformierte EU-Kohäsionspolitik 2014 – 2020</p> <p>Intelligent vernetzt</p>
Juli 2015	<p>Auswirkungen höherer öffentlicher Investitionen in Deutschland auf die Wirtschaft des Euroraums</p> <p>Durch Vernetzung Energiezukunft gestalten</p> <p>Erneuerbare Energien und Energieeffizienz: Exportschlager „made in Germany“</p> <p>Elektromobilität mit System</p> <p>G7-Energieminister beschließen „Hamburg Initiative“ für nachhaltige Energiesicherheit</p>
August 2015	<p>Unter Strom: Die Elektroindustrie leistet einen wichtigen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit Deutschlands</p> <p>Mit Mittelstand 4.0 in die digitale Zukunft gehen</p> <p>„Klein, aber fein“ – Neuauflage des Mikrokreditfonds schließt Marktlücke in der Kreditfinanzierung von Kleinstunternehmen</p>
September 2015	<p>Neue Erkenntnisse zu den volkswirtschaftlichen Effekten der Gesundheitswirtschaft</p> <p>Gesundheit – made in Germany</p> <p>Neuer Schwung für eine bessere Rechtsetzung in der Europäischen Union</p> <p>„Versprochen – gehalten“ – Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung in Deutschland</p> <p>Die Stromversorgung bleibt sicher und kostengünstig</p>
Oktober 2015	<p>Wachstumsdynamik und „Kleinteiligkeit“ der ostdeutschen Wirtschaft</p> <p>Stärkung der Berufsaufsicht über die Wirtschaftsprüfer</p> <p>Ein Jahr Digitale Agenda 2014 – 2017</p>

Ausgabe	Fachartikel
November 2015	Herbstprojektion der Bundesregierung vom 14. Oktober 2015 Gemeinsam die Industrie stärken Die Bundesregierung zieht Bilanz: 25 Jahre Deutsche Einheit Kernenergie-Rückstellungen: Unternehmen sind in der Lage, die Verpflichtungen des Kernenergieausstiegs zu tragen Die Zukunft des Mittelstands ist digital: „Mittelstand-Digital“ unterstützt Unternehmen Genossenschaften – modern und zeitgemäß?!
Dezember 2015	Mindestlohn: Bisher keine Nebenwirkungen! Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz Die Europäische Investitionsinitiative – eine Chance auch für kleine und mittlere Unternehmen Netze neu nutzen – Strategie und Initiative Intelligente Vernetzung Technologiespezifische versus technologieoffene Forschungsförderung: Warum beides wichtig ist
Januar 2016	Energieeffizienzstrategie Gebäude Fünf Schaufenster für die intelligente Energieversorgung der Zukunft Modelle für das Energiesystem der Zukunft 9. Nationaler IT-Gipfel 2015 in Berlin: Digitalisierung und Vernetzung weiter ausbauen Keine Beschäftigungsverluste durch Digitalisierung
Februar 2016	Der Jahreswirtschaftsbericht 2016: Zukunftsfähigkeit sichern – Die Chancen des digitalen Wandels nutzen Das Klimaschutzabkommen von Paris Ladestationen für Elektroautos – einfach, sicher, bedarfsgerecht Einigung auf der 10. WTO-Ministerkonferenz



Alle Ausgaben der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik
finden Sie im Internet unter
<http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht>
